

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille Seite 60 Pfennig, Reklameseite 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wort 15 Pfennig (auflage zwei Freitagabende). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktion, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 19. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonto: Berlin 17 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Distrikto-Gesellschaft, Dönhofsplatz 1.

Vandervelde feiert Matteotti.

Vergleich mit dem Mörderregiment der Borgia.

Brüssel, 18. Oktober (CP.) Außenminister Vandervelde hielt am Sonntag bei einer Gedächtnisfeier für den ermordeten italienischen Sozialistenführer Matteotti eine Rede, in der er den Mord an Matteotti mit der Ermordung des Herzogs von Gandia im Jahre 1497 durch Cesar Borgia verglich. Vandervelde sagte weiter, es stehe jetzt fest, daß man in gewissen Ländern ungestrast einen Menschen ermorden könne, der Sozialist oder Revolutionär sei.

Neue Hausfuchung bei Genossin Oda Olberg-Lerda?

Einem Telegramm von WTB. aus Rom zufolge sind wieder Hausfuchungen bei verschiedenen bekannten Persönlichkeiten der Opposition vorgenommen worden, darunter in Bologna beim republikanischen Abgeordneten Bergamo, beim republikanischen Rechtsanwalt Bini und „in Rom bei der Vertreterin des Berliner „Vorwärts“.

Gemeint kann nur sein die Genossin Oda Olberg-Lerda, die, wie allgemein bekannt, in den Zeiten der italienischen Pressefreiheit, also vor dem faschistischen Regime, ständige Korrespondentin des „Vorwärts“ in Rom war.

Heberwachung Guglielmo Ferreros.

Wie die „Voce Repubblicana“ meldet, ist der berühmte italienische Historiker Guglielmo Ferrero beim Verlassen seiner Wohnung in Rom in Begleitung des Sekretärs der Republikanischen Partei, des Abgeordneten Bergamo, und des Direktors des genannten Blattes, Dr. Schiavetti, von der Polizei festgehalten worden, die

alle drei nach ihren Personalien befragte. Nach einem lebhaften Protest des Abgeordneten Bergamo wurden die Personalien abgegeben. Die Polizeibeamten gaben zur Rechtfertigung ihres Vorgehens an, man habe einen — polizeilich gesuchten Studenten anzutreffen vermutet.

Fügen wir noch hinzu, daß der berühmte Historiker Guglielmo Ferrero neben dem nicht minder hervorragenden Philosophen Benedetto Croce wegen seiner entschiedenen antifaschistischen Haltung das von der Regierung Mussolini bestellte Mitglied der italienischen Gelehrtenwelt ist.

Mussolini verdient 30 Jahre Gefängnis.

Neues zum Fall Dumini.

Aus Chiasso wird uns geschrieben:

Amerigo Dumini, der für die Ermordung Matteottis unmittelbar Verantwortliche, ist, wie schon berichtet, von der Strafkammer in Rom wegen beleidigender Äußerungen gegen Mussolini am 11. Oktober zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Jetzt erfährt man, daß die von mehreren Zeugen vor Gericht wiedergegebene Äußerung folgende ist:

„Wenn ich für das Verbrechen an Matteotti zu sieben Jahren verurteilt worden bin, so hätte der Ministerpräsident zu dreißig Jahren verurteilt werden müssen!“

Wenn einer in der Lage ist, dies richtig zu beurteilen, so ist es Dumini, der nur einen Auftrag ausgeführt hat.

Karl Renner in Berlin.

Drei Reden für den Anschluß.

Hg. Genosse Dr. Karl Renner-Wien, der der erste Staatskanzler der Republik Deutschösterreich gewesen ist, hat am Sonntagmittag neben Gen. Scheidemann auf einer imprompto Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, am Sonntagabend in einer Versammlung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes im Grottrian-Steinweg-Saal und am gestrigen Montagabend im Berliner Rundfunk gesprochen. Nach einer Schilderung der geschichtlichen Entwicklung Österreichs von seiner Errichtung als schützende Ostmark für das übrige Deutschland durch die Habsburgerzeit bis zum heutigen Abend des „selbständigen“ aber nicht lebensfähigen, und an der naturnotwendigen Heimkehr ins Reich gewaltsam verhindertem Staates, führte Gen. Renner noch aus:

Wir haben uns in Österreich stets eins gefühlt mit allen deutschen Ländern. Wenn wir auch die von den Siegesdiktatoren beschlossene Trennung einstweilen respektieren müssen, wollen wir im Geiste eins sein und immer wieder den Anschlußwille bekunden. Für die Anschlußfreunde im Reich und in Österreich bedeutet der Zusammenschluß die Heimkehr eines in die Fremde verirrten Familienmitgliedes. Darüber hinaus ist er aber zu einem europäischen Problem geworden. Nach dem Kriege hat sich zwar die Bildung von Nationalstaaten vollzogen, aber die kleinen Staaten können heute wirtschaftlich kaum bestehen. Österreich als Kleinstaat kann nicht leben. Wirtschaftlich unumgänglich notwendig erscheint die Herstellung von Wasserstraßenverbindungen Donau-Rhein und Donau-Ostsee-Nordsee. Dann wäre der Verkehr mit der Weltwirtschaft hergestellt. Um die Befürfnisse gewisser Staaten gegen den Anschluß wegzuräumen, müßte ein Locarno an der Donau geschaffen werden.

Die gedankenreichen Ausführungen Renners haben die allgemeine Ueberzeugung von der Selbstverständlichkeit des Anschlusses noch vertieft.

Deutschösterreichs republiktreue Wehrmacht.

Wien, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Trotz allem offenen Terror gewisser Offiziere und trotz der Abkommandierungen und Verfehlungen, durch die der reaktionäre Wehrminister Baugoin das Wahlgeld zu korrigieren versuchte, hat auch die diesjährige Vertrauensmännerwahl in der Wehrmacht, wie bisher immer, einen überwältigenden Sieg der Sozialdemokratie ergeben. Es erhielten: der sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Militärverband 11 130 Stimmen und 201 Mandate, während der christlich-sozialistische Wehrbund es trotz aller Förderung von oben nur auf 3770 Stimmen und 49 Mandate bringen konnte. Von den 2000 „Jungmännern“ haben 1500 rot gewählt, obwohl bei den Neueinstellungen immer versucht wird, möglichst viel sichere „Wehrbündler“ in die Wehrmacht hineinzubringen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beweist aufs neue, daß lange nicht jene 30 000 Mann im Wehrdienst stehen, die dem Staat in den Bestimmungen von Saint-Germain gestattet sind; da man die Truppe nicht reaktionär gestalten kann, hält man sie eben möglichst klein!

Preussisch-österreichischer Schulvertrag.

Am Montag wurden im Preussischen Kultusministerium die Ratifizierungsurkunden über den preussisch-österreichischen Schulvertrag ausgetauscht. Der Vertrag verpflichtet beide

Staaten, die Schulpflicht der Staatsangehörigen durchzuführen, so daß Kinder von Oesterreichern, die in Preußen leben, der gleichen Schulpflicht unterworfen sind, wie die Kinder von preussischen Staatsbürgern. Preussische Kinder in Oesterreich unterliegen den gleichen Bestimmungen, die dort über den Schulbesuch getroffen sind. Bisher mußten Oesterreicher, die in Preußen leben, für ihre schulpflichtigen Kinder Fremdenzuschlag zahlen, wie andere Ausländer. Der jetzt ratifizierte Vertrag tritt 14 Tage nach Austausch der Urkunden in Kraft.

Holland und der Exkaiser.

Besuch des Innenministers in Doorn.

Amsterdam, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Innenminister Dr. Raaijke hat heute nachmittag eine Unterredung mit dem Wilhelm Hohenzollern, Deutscher Kaiser a. D., in Doorn. Ueber den Inhalt der Unterredung wird nichts mitgeteilt. Man vermutet, daß die holländische Regierung durch ihren Innenminister dem Exkaiser habe eröffnen lassen, sie würde ihre Zustimmung zu einer Abreise aus Holland nicht zu geben vermögen, da sie seinerzeit den Entenemächten gegenüber gewisse Pflichten übernommen habe, daß der ehemalige Kaiser Holland nicht verlasse. Ob diese Vermutung zutrifft, läßt sich nicht sagen. Der Minister des Innern hat den Schloßherrn von Doorn im Laufe der Jahre öfter besucht.

Dorpmüller bestätigt.

Als Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft.

Amlich wird gemeldet: Die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Verwaltungsrat der Reichsbahn in der Frage einer möglichst engen tätigen Zusammenarbeit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsverkehrsministerium sind heute zum Abschluß gekommen. Nachdem die diesbezüglichen Richtlinien sowohl seitens der Reichsregierung als auch des Verwaltungsrats der Reichsbahn am vergangenen Sonntagabend ihre offizielle Zustimmung gefunden haben, konnte nunmehr durch den Herrn Reichspräsidenten heute nach seiner Rückkehr nach Berlin auf Vorschlag der Reichsregierung die Bestätigung der Wahl des bisherigen stellvertretenden Generaldirektors der deutschen Reichsbahngesellschaft ausgesprochen werden.

Zweite Werbebeilage des „Vorwärts“: Sozialistische Kultur

- A. Stein: Kulturmission des Sozialismus.
E. Ollenhauer: Partei und Jugend.
R. Lohmann: Kampf um die Schule.
S. Nestriepke: Volksbühne und Arbeiterschaft.
A. Guttman: Die Kunst dem Volke.
F. Rothenfelder: Der Höhe zul

Weder Krieg noch Frieden!

Der Moskauer Ausgleich.

Von D. Dalin.

Der amtliche Bericht aus Moskau bringt die Nachricht über einen Friedensschluß innerhalb der kommunistischen Partei. Was ist der Sinn dieses Paktes? Der Versuch einer aufrichtigen Versöhnung, ein Locarno des Kommunismus? Oder die endgültige Niederlage einer Partei, ein Brest-Litowsk, ein Versailles? Nein, weder das eine noch das andere. Eher ist er ein Waffenstillstand, bei dem noch ganz unbestimmt bleibt, ob und wie es zu einem Friedensschluß kommen wird.

Darauf deutet sogar der Moskauer Bericht selbst. Die Opposition der Sinowjew, Trocki und Genossen hat ihre Truppen zurückgelassen und sich insofern den Forderungen der Stalinschen Zentrale unterworfen; damit ist aber, laut dem amtlichen Kommuniqué nur „das Mindestmaß der Anforderungen erreicht“. Die Opposition hat keine Buße getan. Von einer Neue ist keine Rede. Im Gegenteil, „unseren Auffassungen bleiben wir treu“, sagt die Opposition. Sie bleibt nach wie vor bei ihrem politischen Programm. Ein Waffenstillstand, nichts als Waffenstillstand! Zugleich aber der wichtigste Wendepunkt in der ganzen Geschichte der Richtungskämpfe im russischen Kommunismus.

Der Ausgleich war der einzig mögliche, der einzig gegebene vorläufige Abschluß der dramatischen Parteikrise der letzten Wochen. Ein anderer Ausweg war zunächst unmöglich. Die Parteizentrale, d. h. die Regierung, hat ihre Gegner im offenen Kampfe, d. h. in den Parteiversammlungen siegreich geschlagen; sie hat es erreicht, daß die überwältigende Mehrheit sich gegen jede Parteidiskussion auflehnte und die Redner der Opposition oft gar nicht zum Wort kommen ließ. Sie hat es ferner erreicht, daß auf der Parteikonferenz die für den 25. Oktober vorgesehen ist, die Opposition durch eine sehr schwache Minderheit vertreten sein wird. In mehreren Leitartikeln hat ferner die „Prawda“ die bekannten Drohungen offen ausgesprochen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die schwere Hand Stalins alle Hebel in Bewegung gesetzt hätte, um die Auflehnung gegen seine Parteidisziplin durch Ausschluß zu bestrafen. Für Mittwoch, den 20. Oktober, war bereits der obere Gerichtshof der Partei, die sogenannte „Kontrollkommission“, einberufen, die die Befugnis hat, Parteimitglieder auszuschließen. Und davor gerade graute es den Führern der kommunistischen Zentrale. Es war nicht schwer, vorauszu sehen, daß die ausgeschlossenen weiter in Verbindung mit bestimmten Parteitreffen bleiben und eine illegale Tätigkeit entfalten werden. Was dann? Die GPU, die politische Polizei, in Bewegung setzen, um die meuternden Kommunisten, mit Sinowjew an der Spitze, in die Gefängnisse zu schicken? Die glänzendsten Namen des Kommunismus, seine Päpste und Priester in die sibirische Tundra, auf die Inseln des weißen Meeres verbannen? Stalin hat klug gehandelt, wenn er jetzt versuchte, einen schlechten Pakt zu schließen, statt sich in den gefährlichen Krieg auf Leben und Tod einzulassen. Denn so lautete das Dilemma für ihn: Entweder Waffenstillstand — oder Vernichtung des Gegners mit allen Mitteln des polizeilichen Terrors.

Ähnlich stand die Frage für die Opposition. Sie hat nicht nur den Einfluß ihrer Namen, sondern auch die politische Aktivität, die Energie und Hingebung der Mitglieder-masse weit überschätzt. Es war eine fürchterliche Niederlage, als man feststellen mußte, daß nicht einmal 1 Proz. der Mitgliedschaft für die Opposition gestimmt hatte, die doch mindestens drei Viertel der in der Welt bekannten Führer des Kommunismus in ihren Reihen zählt. Einen Sinowjew wollte man in den Butiflow-Werken beinahe nicht anhören. Sapronow wurde niedergeschrien.

Sicherlich besitzt die Opposition viel mehr Anhang, als in diesen Abstimmungen zum Ausdruck kam. Aber die große Parteimaschinerie, die in den Händen Stalins verblieb, hat alle Abstimmungen zu einer Farce gemacht. Offen wurde die Parole ausgegeben, die Opposition nicht zum Reden kommen zu lassen. Offen wurde die Diskussion, d. h. der Ideenkampf für Kommunisten, verboten. Und jedes Mitglied dieser Partei weiß ganz genau, welche Gefahr es läuft, wenn es versucht, sich diesem Befehl zu widersetzen. Wurden doch schon im Laufe der letzten Wochen sehr viele Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, und unzähligen anderen wurde eine „Rüge“ in s Parteibuch eingetragen. Verlesungen und Verbannungen standen auf der Tagesordnung. Die mächtige Diktatur hat nichts unversucht gelassen, um die große Parteimasse vor einer offenen und ehrlichen Diskussion abzuschrecken.

Und es kam noch eins hinzu. Die russischen Kommunisten von heute sind keineswegs die unentwegten, furchtlosen Meuterer, die Himmelsstürmer von anno dazumal. In neun Jahren hat sich der größte Teil dieser Partei in gehorsame und ruhige Beamte verwandelt, als man die heidenhafte, aber schreckliche Zeit der Bürgerkriege und der Hungerjahre noch nicht vergessen hat. Man sehnt sich

nach Ruhe, und jeder Friedensstörer bringt das so schwer errichtete kleine private Glück in Gefahr. Man pariert Stalin, weil er die Regierung verkörpert. Man fühlt seinen Druck; man stöhnt, aber man fürchtet ihn. Es ist nicht Disziplin, sondern Gehorsam.

So stand die Opposition, genau wie die Parteileitung, vor einem Dilemma. Entweder Waffenstillstand oder Krieg bis zum Ende. Keine von beiden Richtungen war darauf vorbereitet. So mußte man sich zunächst auf einen faulen Friedenspakt einigen, der alles andere als dauernden Frieden verspricht. Es werden jetzt Wochen und Monate verhältnismäßiger Ruhe vergehen, und die Gegensätze werden für die Außenwelt vielleicht verschwinden. Beide Parteien werden ihre Lehren aus der letzten, der größten aller bisherigen Krisen innerhalb des Kommunismus ziehen. Sie werden ihre Reihen umgruppieren und sich auf neue Kämpfe vorbereiten. Die neuen Kämpfe werden aber sicherlich in ganz anderen Formen, und ganz andere Mittel als bisher werden vielleicht eine entscheidende Rolle spielen.

Ueber kurz oder lang müssen aber diese Gegensätze wieder hervortreten. Stalins Stärke ist sein besseres Verständnis für politische Realitäten, für wirtschaftliche Notwendigkeiten und die Gesamtlage der kapitalistischen Welt; seine Versuche, sich mit der Bauernschaft auszusöhnen und die Landwirtschaft in die Höhe zu heben, sein Bestreben, die kommunistische Internationale zurückzudrängen und das Wahlrecht der Bevölkerung, wenn auch ohne politische Demokratie, zu erweitern. Sein schwacher Punkt aber — und darin besteht eben die große Stärke der Opposition — ist die beispiellose und schrankenlose Diktatur, nicht nur über das Volk überhaupt, sondern auch über seine eigene Partei. Selbst kommunistischen Führern wird sie unerträglich, wie es die Entwicklung der Opposition beweist.

Nun verbindet aber die Opposition ihren Schrei nach „Parteidemokratie“ mit einem utopischen Programm, mit wirtschaftlichen Forderungen, die in der Richtung zum Volkommunismus wieder zurückführen, mit hirnoberbrannten Plänen für die kommunistische Internationale; mit Einschränkung des Wahlrechts zu den Sowjets, mit einem neuen wirtschaftlichen Druck auf die Bauernschaft, und mit einer Finanzpolitik, die nichts anderes als eine neue Inflation bedeutet. Deshalb konnte die Opposition nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb ihrer Partei keine großen Sympathien in der Arbeiterchaft wecken.

Beide Armeen haben jetzt Zeit zur Umgruppierung und Umformierung. Programme und Forderungen werden revidiert und geprüft. In dem großen Wirrwarr, in dem Hin und Her, das seit Monaten eingeseht hat, wird die russische Arbeiterchaft und darunter auch ein gut Teil der kommunistischen Arbeiter, nach einer Pause und nach einem Programm suchen, die Realpolitik der einen Seite mit der Demokratie der anderen Seite vereinigt, und dazu nach einer Politik, die über die engen Grenzen der kommunistischen Organisation gewisse Rechte und demokratische Grundsätze erweitert. Und die große Frage ist, ob und welche von den beiden kämpfenden Parteien diese Forderung des Tages, diesen Schrei der Zeit, dieses Verlangen des arbeitenden Volkes in ihr Programm aufnimmt und sich auf diese Weise den Sieg in den unvermeidlichen neuen Kämpfen sichert.

Das Recht der Untersuchungsausschüsse. Ein Gutachten der Reichsregierung.

Die Rechtsstellung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gegenüber widerpenstigen Zeugen ist durch ein Gutachten aus dem Reichsjustizministerium zur öffentlichen Erörterung gestellt. Einen Teil dieses Gutachtens, der die Ordnungsgewalt des Ausschusses gegenüber Ungehör behandelt, hat der

„Soz. Pressedienst“ bereits behandelt. Jetzt wird auch der zweite Teil des vom Reichsinnenministerium und dem Justizministerium gemeinsam, und zwar schon am 26. August erstatteten Gutachtens bekannt. Danach hat der parlamentarische Untersuchungsausschuss (nicht dessen Vorsitzender) das Recht, Zeugen und Sachverständige zum Erscheinen zu zwingen, ihre Aussagen und ihre Eidesleistung entsprechend der §§ 51 und 70 der Strafprozessordnung ebenfalls zu erzwingen bzw. im Falle der Weigerung einzuschreiten. Zur Anordnung dieser Maßnahmen ist ein Mehrheitsbeschluss des Untersuchungsausschusses erforderlich. Da der Untersuchungsausschuss selbst nicht über die erforderlichen Einrichtungen verfügt, um die Vollstreckung von Zwangs- und Strafmaßnahmen von sich aus vornehmen zu können, ist er auf die Hilfe der Behörden, besonders der Gerichte angewiesen. Für die zuständigen Verwaltungsbehörden (Staatsanwaltschaften) und Gerichte besteht eine grundsätzliche Verpflichtung, den Vollstreckungsversuchen des Untersuchungsausschusses nachzukommen. Der Untersuchungsausschuss kann bei Verweigerung der Amtshilfe Beschwerde einlegen.

Auftakt zur Werbeweche in Köln. Eine Rede Sollmanns.

Köln, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Sozialdemokratie eröffnete die Partei-Werbeweche mit einer Massenversammlung im Kölner Volkshaus, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann sich in längeren Ausführungen mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen beschäftigte. Sollmann betonte, daß man in der Werbeweche die große Linie der Partei herausarbeiten müsse. Es gelte, Recht zu gewinnen. Ueber deren Anwendung werde man sich dann schon einigen. Der Redner führte eine Reihe von parlamentarischen Erfolgen unserer Reichstagsfraktion gerade im letzten Jahre an. Er legte dann zur Regierungsfrage: „Es ist natürlich unsinnig, wenn behauptet wird, unsere Preußenfraktion habe sich bei dem Hohenzollernvergleich der Stimme enthalten, um der Großen Koalition in Preußen die Wege zu ebnen. Sie hat so taktiert, um die republikanische Weimarer Koalition nicht zu sprengen. Wenn auch die Kommunisten fragen, ob wir im Reiche in die Große Koalition gingen, so antwortet ihnen, daß unsere Partei in die Regierung geht, wenn sie glaubt dort für die Volksmasse etwas erreichen zu können und daß sie Opposition treibt, wenn sie annimmt, auf diesem Wege den Volksmassen besser dienen zu können. Bei der Frage der Großen Koalition im Reiche müssen die bürgerlichen Parteien endlich begreifen, daß durch die Beruhigung in der Masse die latente Freiheit der Sozialdemokratie gewachsen ist. Seit August 1914 hat unsere Partei so gut wie ununterbrochen unter außerpolitischen Katastrophen und Bedrückungen handeln müssen. Unser erster Regierungseintritt im Oktober 1918 sah Deutschland in einer außenpolitisch verzwiefelten Situation und bei unserem letzten Regierungseintritt im August 1923 war es kaum besser. Jetzt haben sich die von uns vertretenen außenpolitischen Richtlinien beinahe ganz durchgesetzt.“

Die Ausführungen Sollmanns wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Der erste Werbetag brachte unserem Kölner Parteiblatt bereits eine recht hohe Zahl von neuen Lesern.

Sozialpolitik und Reichstag. Wiederbeginn der Ausschussarbeiten.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten trat Montag früh wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der sozialdemokratische Antrag zu Verhandlung, wonach sofort ein Unterausschuss einzusetzen ist, der die dringlichsten Fragen für die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge zu beschleunigt vorzubereiten hat, daß dem Plenum bei seinem Zusammentritt am 3. November bereits eine Vorlage gemacht werden kann. Genosse Hoch betonte in seiner Begründung, daß die Sozialdemokratie auf der sofortigen Behandlung der Erwerbslosenfrage bestehen müsse, aber gleichzeitig auch keine Verzögerung der Ausschussberatung über das Arbeitsgerichtsgesetz wünsche. Die Einsetzung des Unterausschusses gebe die Möglichkeit, bis zum

3. November die erste Lesung des Arbeitsgerichtsgesetzes im Ausschuss zu beenden und gleichzeitig die erforderlichen Beschlüsse hinsichtlich der Erhöhung der Gewerkslosenunterstützung, der Aufhebung der Berufsprüfung, der Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten, der Beseitigung der Pflichtarbeit und des Schutzes der älteren Arbeiter und Angefallenen herbeizuführen. Von der Zentrumsfraktion war inzwischen auch ein Brief eingegangen, worin die Beratung der Erwerbslosenfrage verlangt wird. Die Kommunisten brachten einen Antrag für die Neuregelung ein, verlangten aber gleichzeitig, daß der soziale Ausschuss in der nächsten Woche mit Rücksicht auf die sächsische Landtagswahl wieder nach Hause geschickt werden solle. Das Arbeitsgerichtsgesetz erschien dem Redner der SPD., dem Abg. Kädel, als nicht so dringlich. In gleicher Weise setzten sich Dr. Rademacher (Dnat.) und Thiel (D. Vp.) dafür ein, daß der Ausschuss Ende dieser Woche wieder vertagt werde. Es wurde dann gegen die Rechtsparteien und die Kommunisten beschlossen, die vorgelegene Ausschussberatung durchzuführen und den Stoff derart aufzuteilen, daß vormittags das Arbeitsgerichtsgesetz beraten wird und der Nachmittag, soweit erforderlich, für die Beratungen des Unterausschusses zur Erwerbslosenfürsorge frei bleibt. Die erste Beratung über die Erwerbslosenfürsorge im Vollausschuss soll bereits am 19. Oktober beginnen.

Alsdann setzte der Ausschuss seine Beratungen über das Arbeitsgerichtsgesetz fort. Die Rechtsparteien versuchten, die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für die Festsetzung von Strafen nach der Gewerbeordnung (§ 80/2) einzuschränken, blieben aber in der Minderheit. Zu § 3 des Entwurfs beantragte die Sozialdemokratie, daß die Arbeitsgerichte auch für solche Klagen zuständig sein sollen, bei denen der Streitfall in einem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit den in § 2 aufgezählten Rechtsfällen steht. Die Regierungsvorlage erkennt zwar eine solche erweiterte Zuständigkeit grundsätzlich an, will die erwähnten Fälle (Streitigkeiten aus dem Mietverhältnis bei Werkverhältnissen) aber nur dann vor die Arbeitsgerichte bringen, wenn sie mit einem bereits anhängigen Zusammenhang. Von den bürgerlichen Parteien hatten die Arbeitnehmervertreter ähnliche Anträge gestellt, die aber unmittelbar vor der Abstimmung mit Ausnahme des demokratischen Antrags zurückgezogen wurden, so daß die Regierungsvorlage in ihrer unzugänglichen Fassung zur Annahme gelangte.

Herabsetzung der Anwaltsgebühren.

Reichstag und Fürstentage. — Mißglückte deutsch-nationale Attake.

Der Rechtsausschuss des Reichstages nahm gestern seine durch die Parlamentarier unterbrochenen Beratungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Stoeker namens kommunistischer Fraktion, die Auseinandersetzung mit den Fürsten, die durch den Hohenzollernvergleich im Mienum nicht erledigt worden sei, zu beraten. Auch das Wilhelm II. bewilligte Wohnrecht in Preußen müsse zur Beratung kommen. Vorsitzender Kahl stellte fest, daß dem Ausschuss ein Antrag zur Fürstenausschließung nicht vorlege, mithin eine Beratung nicht möglich sei.

Genosse Rosenfeld erklärte, daß für die sozialdemokratische Fraktion die Frage der Fürstenausschließung keineswegs erledigt sei. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Thüringen und Mecklenburg und in anderen Ländern bedürfe die Fürstenfrage noch einer Regelung. Auch vor den Anführern der Standesherrn müßten die Länder in Schutz genommen werden. Der Rechtsausschuss habe nur die Aufgabe, ihm vom Plenum überwiesene Anträge zu beraten. Ein solcher Antrag liege nicht vor, deshalb könne auch eine Beratung nicht stattfinden. Der Ausschuss beschloß demgemäß, lediglich die ihm vorliegenden Anträge zu beraten.

Ueber die Strafprozessreform konnte der für ihre Beratung eingesetzte Unterausschuss nicht beraten. Der Bericht soll später gegeben werden. Bei der Beratung der Vorlage über die Herabsetzung der Gerichts- und Anwaltsgebühren versuchten die Deutschnationalen einen Vorstoß gegen unsere Fraktion, der aber schnell zerbrach. Abg. Barth (Dnat.) wies nämlich darauf hin, daß bei der Beratung der Anwaltsgebühren gerade auf der Linken besonders viele Rechtsanwältinnen seien. Die Vertreter der Linken hätten aber bei der Beratung der Fürstenfrage daran Anstoß genommen, daß ein ebenso an der Sache beteiligter Anwalt,

Das erloschene Licht.

Gegenüber, in der Vorstadt, nur vom breiten Havelwasser getrennt, steht ein Haus. Ganz allein, inmitten eines Bauplatzes, Einsam und grau. Es ist ein Mietshaus. Abends sehe ich es nie. Es ruht schon im Nachtdunkel, wenn ich heimkehre. Aber in der Frühe: da wächst es aus dem Morgennebel. Wie ein Schiff. Mit einem leuchtenden Auge. Das ist ein Fenster, aus dem ein warmer rotgoldener Schein flutet. Das Licht einer Petroleumlampe. Schatten bewegen sich im goldenen Licht hin und her. Ein Fensterflügel wird geöffnet: eine Frauenhand streckt sich heraus. Greift eine Kerze, nimmt sie herein und schlüpft das Fenster wieder. . . . So an jedem Morgen. Nach einiger Zeit wußte ich: es war die Milchkanne, die hereingeholt wurde. Und ich sah genauer zum Fenster hinüber. Ein Mann stand in der Küche und wusch sich. Kämmte sich. Zog sich an. Ging. Das Fenster öffnete sich: der rote Schein gebar einen Frauentopf. Wieder streckte sich eine Hand heraus. Winkte. . . .

Ueber den Platz schritt ein Mann. Zur Arbeit. Das Licht im Fenster erlosch.

Über jeden Morgen erglomm es neu. Jeden Morgen sah ich hinüber. Bis auf den einen. . . . Da blieb das Fenster dunkel. Das Haus stand drohend im brandenden Nebel. Keine Hand griff zum Fensterbrett hinaus, um die Milchkanne hereinzuholen. Und von diesem Tage an blieb das Fenster dunkel — tot.

Ich fragte meine Wirtin, wer drüben im Hause wohne — oben, in der Dachstube. Die Antwort, vom Erstaunen über meine Neugier getragen, war: Ein junges Ehepaar mit zwei Kindern, der Mann ist jetzt arbeitslos. —

Ich habe den Mann und die Frau nie deutlich gesehen — nie ihre Gesichter gesehen. Aber ich stelle sie mir vor: jung, erstarrt in einem erlebten Glück, daß mit dem Tage zu Ende ging, als das Licht in ihrer Dachstube nicht mehr angezündet wurde. Ihre Augen werden suchend sein, der Glanz in ihnen aber erloschen. . . .

A. F.

Docteur Gullbert hat erst im vergangenen Jahre mit zahlreichen Berliner Bekanntheit geschlossen — denn lange Kriegsjahre lagen zwischen jener Zeit, da man ihr bei uns auf dem Podium jubelte — aber aus der Bekanntheit ist jetzt Freundschaft geworden. Was den eigentlichen Reiz dieser durchaus nicht mehr jungen Französin ausmacht, läßt sich schwer sagen. Es ist ein Unbestimmtes. Ob sie verliebt, ob sie kokette Lieder singt, es geht ein unbeschreiblicher Charme von ihr aus, wenn sie mit einer andeutenden Geste, einem Versehen des Mundes, einem Zucken der Schultern den Inhalt interpretiert. Aber vielleicht am stärksten wirkt sie in den Chansons des „vieilles“, in den „Großmutterliedern“. In der weichen Perrücke im Nehsitz sitzend ist sie Altersweisheiten an die Jugend aus. Hier ist sie eine Charakterdarstellerin allerersten Ranges, wie sie mit imaginärer Redel und Faden nährend ihre Rede begleitet, bald hastig die Stiche nimmt, bald langsam,

den Faden verliert und ihn dann mit weißfichtigen Augen einfadelt, die abgebrochene Rede wieder aufnimmt. Oder wenn sie als Lisette in Erinnerungen an „ihren“ Dichter Béranger schwelgt und an jene fernen Zeiten, da sie die anmutige Gräfinne von fünfzehn Jahren war. Dann, zum Schluß, kommt die Guilbert als die verrückte Alte, mit gezacktem Haar, die mit unruhigen Schritten die Enge des abgeschlossenen Hofes mißt und immer wieder als Refrain mit ihrem Krückstock die Worte nachhimmelt: „Die Tür! öffnet mir doch die Tür!“ Die Zuschauer im Theater am Kurfürstendamm gaben nicht Ruhe, bis sie nicht wenigstens noch als Zugabe „La glu“, die ergreifende und doch so gar nicht gefühlsschmalzige Dichtung von der Mutterliebe, gehört hatten, die vielleicht das eindringlichste Stück im Repertoire der Guilbert ist. Ihre Begleiterin am Flügel, die ihr mit feiner Einfühlung nachgeht, sei indessen nicht vergessen, trotzdem ihre Bescheidenheit so weit ging, daß sie rot wurde, als sie wie durch ein Versehen den Zuschauern sichtbar wurde und sie ihr spontan den wohlverdienten Beifall spendeten. Sie heißt: Madame F. de Faye Dozain.

Beginn der Märchenpiele. Es geht auf den Winter und auf Weihnachten zu, und die Theater entlassen sich ihrer gern geübten Pflicht, die Rachmittage für das Märchenpiel zu reservieren. Zwei Berliner Theater haben bereits mit dieser weihnachtlichen Vorlesung begonnen. Im Deutschen Künstlertheater gibt es „Das böse Prinzgehen“ von Gabriele Reuter mit einer hübschen Musik von Max Marshall. Es ist eine sehr epigonenhafte Märchenoper, die sich hier spiegelt. Nicht echt genug, um eine gebührende Wirkung auszuüben, die man mit Märchenstimmung bezeichnet. Aber das ist vielleicht heute überhaupt nicht mehr so leicht möglich. Auf der Bühne löst sich immerhin einiges Lustige sehen; es treten die Eisen, die Zwerge und die Waldhege auf, und das ist ja die Hauptsache. — Im Trianon-Theater gibt es zwei Märchen: „Hänsel und Gretel“ und „Rottkäppchen“ und einen Hund. Der Hund, es ist der Boffshund „Haffan“, ist nämlich die Hauptsache dabei. Er soll den bösen Wolf vortauschen, der die Großmutter fraß. Er tut das auch sehr schön, aber fressen wollte er die Großmutter nicht, was ihm schließlich nicht abzunehmen war. Die beiden Märchenpiele, in denen solches geschieht, unterscheiden sich von anderen dadurch, daß in ihnen nicht gesprochen wird. Es sind richtige kleine Pantomimen, und deshalb ist die Wirkung des Märchenhaften viel stärker und ursprünglicher. Es ist ein gelungenes Experiment, das man ausbauen sollte.

Der diesjährige Tagung des Verbandes für Volks- und Bühnenpiele ging als Auftakt eine öffentliche Kundgebung im ehemaligen Herrenhause voraus, die beachtenswert war, weil das Referat des Abends, das der Generalsekretär Karl Weber hielt, Grundsätzliches über die Volkspielbewegung brachte. Begrüßenswert war es, daß er den Mut fand, die allerdings sehr offenkundigen Schäden einzugehen. Zurzeit ist Pessimismus an der Bewegung kaum festzustellen. Was heute in den meisten sogenannten Theatervereinen geboten wird, ist überflüssig, verbalhornte Operetten oder abgeschmackte Volksstücke. Der Redner gab das ehrlich zu und begründete die Stellung, die wenigstens nach dem jetzt vorliegenden Referatentwurf, das Reichsausschussgesetz künftig zur Volkspielkunst einnehmen will. Diese Vereine, die nur davon

leben, daß sie kassierte Eintrittspreise — pro Vorstellung einen Mitgliedsbeitrag — nehmen und jedesmal im Anschluß an den Theaterabend Tanz bieten, werden dadurch einengen müssen. Die Vorbelebenden aber werden sich erneut und ernsthaft mit dem Problem „Volkspielkunst“ beschäftigen müssen. Vor allen Dingen kommt es darauf an, nicht den Spielplan, sondern die Ideen der Vereine des vorigen Jahrhunderts zu konservieren. Damals waren die Theatervereine mit die Bahnbrecher für Osen und Hauptmann; heute bringen die ernsthaften Vereine noch etwa diese selben Autoren, die anderen begnügen sich mit Singstücken und Werken im Stile der Birch-Pfeiffer. Es ist aber wichtig, daß die Vereine heute wieder sich ernsthaft der jungen Autoren annehmen. Nur damit werden sie sinnvolle Arbeit leisten und das Publikum zum Verständnis der Literatur der Gegenwart erziehen — und es vorbereiten für den Besuch ernsthafter Theater. Die Pressevertreter, gewillt, einem so löblichen Tun, sobald es sichtbar in Erscheinung tritt, ihren ehrlichsten Beifall nicht zu versagen, hörten die Beschaft gern. S.

Annemarie von Nathusius gestorben. Im Alter von 50 Jahren starb Annemarie von Nathusius, die talentierte Verfasserin zahlreicher Romane aus dem Milieu der deutschen Aristokratie. Allerdings arbeitete die Phantasie der scheidenden Dame mit sehr viel Hingabe. In ihrem Roman „Ich bin das Schwerk“ stellte sie die blaubbärtigen Leute so dar, als wenn sie alle insgesamt vom sexuellen Wahnsinn befallen wären. Annemarie von Nathusius muß die Gesellschaft, aus der sie selbst stammte, und zu der sie sich auch durchaus bekannte, immerhin gut studiert haben, denn ihre Beschreibungen machen durchaus den Eindruck des scharf und wahrhaftig Beobachteten. Es ist festzuhalten, daß Schriftstellerinnen, die ihre Feder für solche schmalen Zustände in Tätigkeit setzen, von einer geradezu niederschmetternden Aufrichtigkeit sind. Das, was während der letzten zwanzig Jahre an unverhüllter Erotik am deutlichsten durch Erotik und Roman glorifiziert wurde, kam aus der Feder von Frauen, besonders von Frauen altadeligen Ursprungs. Dabei versagen diese Damen, wie auch Annemarie von Nathusius, über sehr viel literarische Gewandtheit, ja sogar über einen blühenden Stil. So kann man sagen, daß der Roman „Eros“ der Nathusius zugleich ein sehr aufregendes und ein sehr ernsthaftes Buch wurde. Die Verfasserin plauderte über die sogenannte fashionable Welt mit Anmut und nicht ohne Kritik. Ihr Lob erregt viele Trauer, da zahlreiche Leser ihre Bücher solchen vorzogen, die sich mit allseitigen und dunkleren Problemen als denen vom Kampf der streitbaren Geschlechter beschäftigten.

Die Friedensbrücke über den Niagara. Die internationale „Friedensbrücke“, die zwischen Fort Erie in Kanada und Buffalo in den Vereinigten Staaten erbaut wird, soll im Mai nächsten Jahres eröffnet werden als ein Denkmal des Friedens, der zwischen den beiden Ländern seit mehr als einem Jahrhundert herrscht. Bei den Bauten, die zu der Brücke hinführten, mußten die Forts von Buffalo und Erie vernichtet werden. Die Einweihung soll mit großen Feierlichkeiten erfolgen.

Ein Kardinal im Film. Kardinal Dubois hat in Begleitung seines Sekretärs und eines Bräutlers in einem Film mitgewirkt, der nach einem Roman Gerbicus in Paris vorbereitet wird. Die katholische Kirche weiß sich also auch den modernsten Berbermitteln zu bedienen.

ein Vertreter des Fürsten, an der Verhandlung teilnahm. Es sei eigentümlich, daß Rechtsanwältin an der Beratung teilnahm. Die Genossen Landsberg und Rosenfeld leuchteten diesem Deutschnationalen beim. Inzwischen hatte bei den Deutschnationalen Abgeordneter Schneider, ein Rechtsanwalt in Erfurt, Platz genommen.

Nach diesem Interpezzo trat der Ausschuss in die sachliche Beratung der Regierungsvorlage ein. Nach längerer Diskussion, in welcher Genosse Rosenfeld erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion für die von der Regierung vorgeschlagene Herabsetzung der Anwaltsgebühren einträte, daß sie aber auch die Pflicht zur Vorauszahlung von Gerichtskostenvorschüssen befürworten wolle, um die Rechtspflege zu verbilligen, wurde die weitere Beratung auf morgen vertagt.

Die Reichsdienststrafordnung.

Der Reichstagsausschuss für Beamten-Angelegenheiten beriet am Montag die §§ 23 und 24 der neuen Reichsdienststrafordnung, durch die die Befugung der Dienststrafkammern als der Gerichte des ersten Rechtszuges geregelt wird. Die Kammern sollen aus einem Präsidenten, dessen Stellvertretern und Beisitzern bestehen. Die Zahl der Stellvertreter des Präsidenten und der Beisitzer hat sich nach dem Bedürfnis zu richten. Die Kammer entscheidet mit einem Vorsitzenden und zwei Beamtenbeisitzern. Die Mitgliederzahl des Gerichts ist somit gegenüber dem jetzigen Zustand um zwei verringert. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter sollen stets Berufsrichter oder unabhängige und unabsehbare Verwaltungsrichter sein. Von den Beisitzern soll einer zunächst der Dienstlaufbahn des Beschuldigten oder einer gleichwertigen, keiner einer geringeren angehören. Beide Beisitzer müssen, falls sie nicht richterliche Beamte sind, Reichsbeamte und mindestens zehn Jahre Beamte sein. Wie bisher, ernennt auch künftig der Reichspräsident die Mitglieder der Kammern; soweit sie Landesbeamte sind, ist das Einverständnis der Landesregierungen erforderlich. Die Amtsdauer der Mitglieder ist im Entwurf von 3 auf 5 Jahre verlängert.

Die Gendarmen beim „Rheinpfälzer“.

Keine Hausdurchsuchung, sondern nur Ermittlungen?

Im Gegensatz zu der auch in unserer Montag-Abendausgabe wiedergegebenen WTB-Meldung über ein Vorgehen der Befehlsbeholdungen gegen die Landauer Zeitung „Der Rheinpfälzer“ meldet das Wirbelschädel-Telegraphen-Bureau aus Landau:

Die in verschiedenen Blättern verbreitete Meldung, daß in der hiesigen Tageszeitung „Der Rheinpfälzer“ eine Hausdurchsuchung durch die französische Befehlsbehörde stattgefunden habe, entspricht nicht den Tatsachen. Bei dem Besuch der französischen Gendarmen, der am Sonnabend mittags im Verlogshaus des „Rheinpfälzer“ vor sich ging, handelte es sich nicht um eine Hausdurchsuchung im gerichtlichen Sinne, sondern um Ermittlungen über die Veröffentlichung einer Unterredung, die ein Landauer Berichtserstatter mit dem französischen Kriegsgerichtsrat Tropé hatte. (Klarheit über den Tatbestand bringt diese Meldung auch nicht. Red. d. „B.“)

Der Faschistenkronprinz.

Carol von Rumänien.

Bukarest, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Kronprinz Carol wird zurückgeholt. Zu der bestehenden Faschistenherrschaft kommt dieser Carol als ihr Oberprotector. Da sein Vater Ferdinand infolge seiner Krankheit demnächst zurücktreten soll, dürfte Carol Gelegenheiten haben, seine Absichten bald zu verwirklichen. Ein Hindernis steht allerdings im Wege; damit er in die königliche Familie wieder aufgenommen werde, muß die Verfassung revidiert werden. Das kann jedoch nur eine aus Neuwahlen entstandene Nationalversammlung tun und dies wird nicht ganz leicht sein.

Gegen die Diktatur.

Forderungen der bulgarischen Sozialdemokratie.

Sofia, 18. Oktober. (Eigener Bericht.) Die Sozialistische Partei Bulgariens hat ihren 29. Kongress abgehalten, den eine große Rede des Genossen Bastuchoff eröffnet hatte. Er wies auf die großen Erfolge der Arbeiterbewegung in den mitteleuropäischen Staaten und England hin, die durch engsten Zusammenschluß des Proletariats und durch größte Parteidisziplin erreicht werden konnten; beides lasse in der eigenen Partei leider noch beträchtlich zu wünschen übrig. Der Kongress forderte von der Regierung

Beendigung der Diktatur,

eine rationellere Wirtschaft- und Finanzpolitik und wirkliche Durchführung der nur auf dem Papier bestehenden Arbeiter-schutzgesetze gefordert. Der Kongress konstatierte mit Zufriedenheit den erfolgreichen Kampf, den die sozialistische Partei gegen den oft blutigen Terror geführt und führt. Dieser Kampf wird mit gleicher Energie weitergeführt werden müssen, da auch das Kabinett Bastuchoff in den Fußstapfen der abgetretenen 9-Männer weiterregiert und nicht in der Lage ist, die Bedingungen und Möglichkeiten für eine Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu schaffen. Weiter erklärt sich der Kongress für eine unabdingbar friedliche Außenpolitik mit allen Staaten, in erster Linie mit den Nachbarn, mit denen eine auf Gegenseitigkeit gerichtete Verständigung erreicht werden müsse. Er fordert endgültige Abkehr von den Methoden der Vergangenheit und unverantwortlichen militärischen Vergrößerungen, die nur eine Politik der Revolution und das Recht des Stärkeren kennen. Dieser für den Balkanfrieden gefährliche Kurs werde und müsse aufhören, wenn die selber sehr schwachen demokratischen Kräfte des Landes gemeinschaftlich gegen den gemeinsamen Feind

kämpfen. Wenn es der Kongress auch nicht offen ausspricht, verurteilt er doch die Tätigkeit der legalen und illegalen revolutionären Organisationen und Bänden des Landes, die den Balkan seit Jahrzehnten nicht zum Frieden kommen lassen. Hinsichtlich der bevorstehenden Kreiswahlen hat der Kongress sich dahin entschieden, aus prinzipiellen Gründen sich einem Oppositionsblock nicht anzuschließen, er überläßt es aber dem Ermessen der einzelnen Organisationen, lokale Koalitionen einzugehen. In dem Wunsche, den

Streikfertigen innerhalb der Partei,

die seit einem halben Jahre bestehen, ein Ende zu setzen, hat der Kongress alles Mögliche versucht, eine Veröhnung herbeizuführen. Man nahm schließlich eine Entschiedenheit an, in der es heißt, daß alle aus der Partei ausgeschlossenen und Ausgeschiedenen mit Ausnahme von zwei durch den außerordentlichen Parteikongress ausgeschlossenen Abgeordneten wieder von der Partei aufgenommen werden, sofern sie sich den Parteibeschlüssen unterwerfen. Dasselbe soll automatisch für die Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitungen „Napred“ („Vorwärts“) und „Sozialdemokrat“ gelten, sobald diese Organe eingestellt worden sind. Das neugewählte Zentral-Komitee blieb in der alten Zusammensetzung bestehen mit Ausnahme von zwei Mitgliedern.

Amerika voran! Bei der Neuaufgabe des nordamerikanischen Geschichtsbuchs von Twain und Kendall sind auf Protest der Deutsch-Amerikaner die Behauptungen über deutsche Gräueltaten während des Weltkrieges gestrichen worden.

Die Diktatur in der Republik.

Ein unmögliches Ausführungsgesetz zu Art. 48.

Das gegenwärtige Reichskabinett hat sich zur Aufgabe gesetzt, das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung auszuarbeiten und dem Reichstag vorzulegen. Seine Absicht ist loblich. Seit sieben Jahren ist die Verfassung in Kraft, seit sieben Jahren wird Reichsregulation und Diktaturgewalt auf Grund der zwei, drei kurzen Verfassungssätze des Artikels 48 angeordnet, ausgeübt und verhängt. Noch ist das Ausführungsgesetz über Reichsregulation und Diktaturgewalt nicht erlassen, noch hat sich die Republik gegen den Mißbrauch der republikanischen Staatsgewalt nicht geschützt, und wenn nicht bald das Ausführungsgesetz erlassen wird, dann sieht es so aus, als ob sich die Republik das Kaiserreich zum Vorbild nehmen wollte; dessen Verfassung sah auch ein Gesetz über den Ausnahmezustand vor, aber dieses Gesetz wurde niemals erlassen, und so wurde in Ausnahmeseiten, wie bei Kassenstreiks oder während des Weltkrieges, auf Grund von alten preussischen Gesetzen der Reaktionszeit regiert.

Es wird Zeit, daß die Republik ein Ende macht mit den Traditionen der Monarchie. Die Absicht des Reichsministers des Innern, ein Ausführungsgesetz für Artikel 48 vorzubereiten, ist loblich. Und ein Referentenentwurf liegt im Ministerium bereits ausgearbeitet vor. Das ganze Gesetz wird dadurch charakterisiert, daß dieser Referentenentwurf einfach das „Gesetz betr. die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des

Kriegszustandes und des Belagerungszustandes“

vom 4. Dezember 1916 (unterzeichnet Wilhelm II.—Helfferich), wieder als Schutzhafengesetz aufleben lassen will. Ein Gesetz der gestürzten Monarchie, ein Gesetz, das im Kriegsfall galt und in einem Welt-

Jeder Genosse, jede Genossin
wirbt in dieser Woche Mitglieder
der Partei, Leser dem „Vorwärts“

kriege um die Existenz des Kaiserreichs allenfalls gelten durfte, das soll erneuert werden inmitten aller Bemühungen, in Europa dauernden Frieden zu schaffen! Das ist ein unmöglicher Gedanke. Sollte es zu kriegerischen Auseinandersetzungen gegen den Willen der Massen je wieder kommen: die Republik wird dann Mittel und Wege genug wissen, um sich zu schützen. Das Ausführungsgesetz zu Artikel 48, das Ausführungsgesetz für den außerordentlichen Notfall der Republik darf nicht von vornherein auf den Kriegszustand angelegt werden. Das hieße militärischen Tendenzen Vorschub leisten, das hieße den Militaristen die Macht über die Republik in die Hände spielen. In dem Ausführungsgesetz den alten Begriff des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes in dieser oder jener Form wieder einzuführen, das hieße wider den Geist des Friedenspolitik machen.

Aus dem gleichen Geiste der Reaktion stammt eine andere Bestimmung oder vielmehr Lücke des Referentenentwurfes. Er will keine Bestimmungen über die Eingriffe ins Eigentum von sich aus vorschlagen, sondern das Reichsministerium des Innern habe Vereinbarungen mit dem Reichswehrministerium zu treffen. Denn das Kriegseinsatzgesetz, unter dem die Militärbehörden die Bürger und ihre Habe für Kriegseinsätze requirieren können, ist aufgehoben, und „das Reichswehrministerium habe bereits Erfahrbestimmungen vorbereitet“. Diesem Vorschlage gegenüber haben Gesichtspunkte des Militärs überhaupt nicht zu gelten. Es handelt sich eben nicht um die Vorbereitung eines Krieges, sondern es handelt sich um die Sicherung der Republik im äußeren Frieden, wo die öffentliche Sicherheit und Ordnung von innen her bedroht ist.

Der Mangel an Klarheit über das, was er eigentlich will, zeichnet den Referentenentwurf auch in anderer Hinsicht aus. Artikel 48 der Reichsverfassung ist zu gesetzgeberischen Zwecken in den verflochtenen Jahren außerordentlich oft mißbraucht worden. Ueber

einshundert Verordnungen

sind in den verflochtenen Jahren aus seiner Grundlage erlassen worden. Es gab ungefähr kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf das sich nicht das Notverordnungsrecht der Reichsregierung erstreckt. Es mag eine ernsthafte Lücke der Verfassung sein, ein solches Notverordnungsrecht für außerordentlich wirtschaftliche Nöte zu schaffen; wenn der Reichstag nicht versammelt ist und z. B. nach Ablauf der Wahlperiode oder nach einer Auflösung nicht zusammenzutreten kann. Aber dies Notverordnungsrecht in den Artikel 48 einbauen, das hieße dem Mißbrauch des Ausnahmezustandes Tür und Tor öffnen. Diese Rechtsfrage wird vielleicht zweckmäßig gleichzeitig mit dem Artikel 48 geregelt, aber sie darf nicht in dem gleichen Gesetz wie dieser geregelt werden.

Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung umfaßt zwei verschiedene Dinge. Der Absatz 1 regelt die sogenannte Reichsregulation gegen Länder, die ihre Pflicht nicht erfüllen, die Absätze 2 bis 5 die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten oder der Landesregierungen für die Bekämpfung ungewöhnlicher Störungen oder Gefährdungen der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 soll den Mißbrauch beider Bestimmungen verhindern. Was die

Reichsregulation

angeht, so hätte bisher der Reichspräsident — d. h. also die Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten — die Entscheidung, ob ein Land seine Pflichten nicht erfüllt hat, ob es exekutionsreif geworden ist. Die Reichsregierung ist nicht nur der Polizei, der gegen ein Land vorgeht, sie ist auch der Richter, der dieses Vorgehen verfügt. Wohin das führt, hat sich in der verschiedenen Behandlung von Sachsen und Thüringen einerseits, von Bayern andererseits gezeigt. Gegen Bayern wurde keine Exekution unternommen, obwohl die bayerische Regierung durch die „Anspitznahme“ des bayerischen Teiles der Reichswehr nach dem Verfassungbruch begangen hatte; gegen Thüringen und Sachsen wurde marschiert, obwohl feinerlei Verfassungsvorgänge dieser Länder vorlagen. Diesen

politischen Mißbrauch der Reichsregulation

will sogar der Referentenentwurf eindämmen. Er verlangt vom Reichspräsidenten, daß er vor seinem Einschreiten den Staatsgerichtshof gutachtlich höre. Demgegenüber wird zu prüfen sein, ob ein Gutachten genügt, um einen Mißbrauch des Artikels 48 Absatz 1 zu verhindern. Daß in einem Gerichtsverfahren die Verfassungsvorgänge durch Urteil festgestellt wird, dürfte darum vorzuziehen sein, weil dann das angeklagte und schuldige

Land nachdrücklicher zur Befinnung gebracht wird. Es gilt nicht, die gewalttätige Reichsregulation zu erleichtern, sondern es kommt darauf an, möglichst ohne militärische Gewalt ein Land zum Gehorsam gegenüber dem Reich zurückzuführen.

Was nun aber die Freiheitsrechte der Bürger, was die

„Ausübung der Diktaturgewalt“,

was die „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen“ angeht, da verlagert der Referentenentwurf vollständig. Nicht nur nimmt er die Schutzhafbestimmungen des Kriegszustandes wieder auf, nicht nur will er es dem Reichsjustizministerium überlassen, Bestimmungen über außerordentliche Gerichte vorzuschlagen, sondern er führt auch den militärischen neben dem bürgerlichen Ausnahmezustand ein, beschränkt die Rechte des Reichstages und verweist jeden, der sich über eine Maßnahme des Ausnahmezustandes zu beschweren hat, nicht an unabhängige Gerichte, sondern an den Vorgesetzten dessen, der die Verfügung erließ. Das heißt nicht den Mißbrauch der Diktaturgewalt verhindern, das heißt, ihn gesetzlich verankern!

Die Rechte der Volksvertretung sollen beschränkt werden: der § 8 des Referentenentwurfes sieht vor, daß der Reichstag nur die Aufhebung der allgemeinen Anordnungen der Reichsregierung oder einer Landesregierung verlangen kann, also nicht die besonderen, von den einzelnen Beauftragten der Diktaturgewalt erlassenen Verfügungen (z. B. Verhaftungen, Auflösung von Parteien usw.). Und wenn der Reichstag das Verlangen nach Aufhebung gestellt hat, dann sollen — wider den klaren Wortlaut der Verfassung — die Ausnahmeverordnungen nicht etwa damit aufgehoben sein, sondern der Staatsgerichtshof soll in dem Fall des Konfliktes zwischen Reichstag und Reichspräsident oder Landesregierung über die Aufhebung einer allgemeinen Verordnung entscheiden. Darüber aber, was geschehen soll, wenn der Reichstag nicht versammelt ist oder sich nicht versammeln kann, darüber schweigt der Entwurf. Den „Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ möchte dieses Gesetz offenbar gänzlich ausschalten. Hier sind die Rechte der in Zeiten der Diktatur doppelt und dreifach notwendigen Volksvertretung auf das größte vernachlässigt.

Aber schlimmer noch: der Entwurf sucht das alte militärische Recht des

Kriegs- und Belagerungszustandes

wieder herzustellen. Er kennt zwar (§ 16) einen „bürgerlichen Ausnahmezustand“, wo der Reichspräsident seine Befugnisse „nicht auf einen Militärbefehlshaber“ überträgt, oder auch über dieses weicht der Entwurf nichts weiter zu sagen, als daß der zivile Beauftragte das Militär zur Hilfeleistung heranziehen kann. Kein Wort ist darüber gesagt, wann der „bürgerliche Ausnahmezustand“ zu verhängen ist, wenn der „militärische“ nicht angeordnet werden darf. Dieser „militärische Ausnahmezustand“ (§ 15) steht offensichtlich im Vordergrund des Entwurfes. Hier sollen die Befugnisse des Reichspräsidenten auf einen Militärbefehlshaber übergehen, dem ein „bürgerlicher Beauftragter“ zur Seite gestellt wird. Der soll zwar das Recht der Zustimmung oder das auch der nachträglichen Genehmigung oder auch der Wiederaufhebung von „Beisungen“ des Militärbefehlshabers haben, aber darunter sind keine Einzelverfügungen (z. B. Verhaftung von Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären eines Ortes) offensichtlich nicht verstanden. Auf jeden Fall sind die Befugnisse des „bürgerlichen Beauftragten“ so unklar definiert, daß Gegenfragen und Zweifeltäten in der vollziehenden Gewalt Tür und Tor sich öffnen in einem Augenblick, wo es auf Festigkeit und Entschlußkraft ankommt. Um dem Mißbrauch des Ausnahmezustandes zu steuern, darf es nur einen einzigen, den „bürgerlichen Ausnahmezustand“, geben. Die Wiederkehr der Befugnisse der königlichen General-Kommandos in Kriegszelten ist in der Republik unmöglich. Gerade ein Ausnahmezustand darf nur in die Hand von Bürgern und von Republikanern gelegt werden.

Daß der Entwurf an das Recht des Kriegs- und Belagerungszustandes der Militärmonarchie wiederanknüpft, zeigt sich auch in den

„Beschränkungen der persönlichen Freiheit“.

Wieder soll unter der Überschrift „Schutzhafengesetz“ die Polizei das Recht erhalten, vorläufige Festnahmen vorzunehmen, auch „wenn ein Schutzhafbefehl des Beauftragten nicht vorliegt“. Und wenn dieser vorliegt, dann ist nur die Anrufung der Verwaltungsgerichte gegen die Verhaftung möglich. Also keine sofortige Verhandlung über eine Haft, sondern wochenlang, wenn nicht monatelanger Kampf vor den zwei Instanzen nicht der ordentlichen, sondern der Verwaltungsgerichte. Und über Beschwerden gegen die Verfügungen der militärischen oder bürgerlichen Beauftragten ist entscheidend der Vorgesetzte (§ 18): Beim „militärischen“ Ausnahmezustand also soll der Reichswehrminister, beim „bürgerlichen“ soll der Reichsminister des Innern über die Beschwerde entscheiden, die gegen seine Untergebenen oder Beauftragten erhoben werden. Gerade in außerordentlichen Zeiten aber hat die obere Instanz die untere zu decken, auf deren Gehorsam sie ja beruht. So ist weder das Haftbeschwerdeverfahren (Artikel 21) noch das Reichsbeschwerdeverfahren (Artikel 18) ausreichend, um die Freiheitsrechte der Bürger zu schützen.

Der Referentenentwurf zu Artikel 48 der Reichsverfassung ist unmöglich. Er mag die Ausübung der Diktaturgewalt gewährleisten. Aber er tut nichts, um den ins Unrecht zu setzen, der sie mißbraucht. Statt die Gefahr des Ausnahmezustandes zu verringern, verleiht er dazu, ihn zu weisensremden Zwecken zu mißbrauchen. Er ist reaktionär und militaristisch: ein Schlag ins Gesicht der sozialen Demokratie.

„Nur ein Referentenentwurf.“

Im späteren Nachhinein meldet WTB, daß der hier besprochene Entwurf „nur ein Referentenentwurf“ sei. „Die gesetzgeberischen Vorarbeiten zu dieser Materie“, sagt die Meldung weiter, „sind gegenwärtig nur soweit gediehen, daß zwischen den beteiligten Reichsministerien Besprechungen und Verhandlungen eingeleitet sind. Um für diese Besprechungen einen Anhalt zu schaffen, ist vom Reichsministerium des Innern ein Referentenentwurf zur Verfügung gestellt worden. Von dem Ergebnis der Besprechungen zwischen den beteiligten Reichsministerien wird es abhängen, welche Gestalt der vom Reichsministerium des Innern vorzulegende Gesetzesentwurf erhalten wird. Die Reichsregierung als solche hat bisher keine Gelegenheit gehabt, sich mit der Frage zu befassen, da das Reichsministerium des Innern einen Gesetzesentwurf auch dem Kabinett bisher nicht vorgelegt hat.“

Dazu sei bemerkt, daß dieser Entwurf als „Anhalt“ für Besprechungen der beteiligten Ressorts beklagenswert ist. Wertvoll ist er höchstens nach der negativen Seite, indem er zeigt, wie das Gesetz nicht aussehen darf.

Der Spreetunnel bei Friedrichshagen.

Ueber die Arbeiten am Spreetunnel wurde bereits im Juli berichtet. Damals war mit dem Versenken des Tunnels begonnen worden. Wie erinnerlich, wird der eigentliche Tunnel in zwei Hälften auf je einer künstlichen Insel nacheinander fertiggestellt und versenkt. Das mittlere, kurze Verbindungsstück wird dann in offener Baugrube geschaffen. Es wird damit gerechnet, daß das Bauwerk im Frühjahr nächsten Jahres dem öffentlichen Verkehr übergeben werden kann. Zum erstenmal wird ein derartiges Verfahren bei einem Tunnelbau angewandt. Die Fachleute aller Länder verfolgen den Verlauf der Arbeiten mit größtem Interesse. Vertreter aus Schweden besichtigten kürzlich den Bau, weil dort beachtlich wird, einen Eisenbahntunnel unter Wasser auf dieselbe Art herzustellen. Auch die Stadt Köln sandte Fachleute, da auch dort die Absicht besteht, unter dem Rhein einen 300 Meter langen Tunnel zu schaffen. Bei Friedrichshagen ist die nördliche Hälfte des Tunnels versenkt. Der südliche Teil wird in etwa vier Wochen versenkt sein. Diese Arbeiten sind die bemerkenswertesten des ganzen Baues. Das zu versenkende Betonstück besteht aus dem eigentlichen Tunnel und einem Senkfaß, der durch Verankerung der Seitenwände nach unten gebildet wird. Das Erdreich wird dann zwischen diesen Wänden entfernt und von Röhren aufgenommen. Dadurch senkt sich das ganze Bauwerk infolge seines eigenen Schweregewichts von selbst. Obwohl der Arbeitsraum unter dem Tunnel nach außen hin völlig abgeschlossen ist, wird er noch, um eindringendes Wasser fernzuhalten, unter Luftdruck bis zu 1,3 Atmosphären gesetzt. Die Arbeiter werden von oben, unter allmählicher Erhöhung des Druckes, in den Arbeitsraum geschleust und verbleiben dort während der achtstündigen Schicht. Der Aufstieg geschieht in derselben Weise unter langsamer Minderung des Druckes in etwa 15 bis 30 Minuten. Die Arbeiter dürfen nicht herztrennen sein. Sie erhalten dort unten Tee und Milch. Der Lohn beträgt bis 50 Proz. über den Tarif der Tiefbauarbeiter. Nach Beendigung der Versenkung wird der Arbeitsraum mit Beton ausgefüllt und bildet dann eine feste Grundlage für den Tunnel. Durch eine Verbreiterung des südlichen Ufers wird Platz für einen Zugangsweg geschaffen werden.

Ein ungetreuer Bankbeamter.

Nahezu eine halbe Million verwehrt.

Die Riesensumme von nahezu einer halben Million Mark will der 26jährige Bankbeamte Herbert Bangel verwehrt haben, der sich vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte wegen Unterschlagung, Untreue und Betrug zu verantworten hatte. Der Angeklagte behauptet, diese ganze Summe innerhalb drei Monaten dem Wetteufel geopfert zu haben. Diese Behauptung erregte erheblichen Zweifel beim Gericht. Es konnte ihm aber weder nachgewiesen werden, daß er ein leichtfertiges Leben geführt habe, noch daß er von den unterschlagenen Beträgen bei dem Bankhaus, bei dem er angestellt war, und die 290 000 M. betragen, etwas beiseite gebracht hat.

Als Bolontär hatte der Angeklagte schon durch seinen Fleiß sich eine Vertrauensstelle errungen und wurde frühzeitig Proturist. Als im Jahre 1925 infolge Abbaues der Kassierer ausfiel, bekam er dessen Stelle. Die täglichen Kassenaufrechnungen stimmten auf den Pfennig. Niemand ahnte, daß Bangel seit Monaten immer größere Beträge aus der Kasse entwendet hatte. Er hatte von dem Guthaben der Bank bei der Reichskreditbank nach und nach immer größere Beträge abgehoben. Um die Unterschlagungen zu verdecken, hatte er die Kontoauszüge abgefangen und vernichtet. Auch durch Barschecks hatte er unter dem Vorwand, daß er bares Geld brauche, sich von dem Proturisten Unterschriften geben lassen. In der letzten Woche vor der Entdeckung hob er noch 70 000 M. ab. Landgerichtsdirektor Fielich hielt dem Angeklagten vor, daß er die ganze Summe doch nicht verwehrt haben könne. Der Angeklagte blieb aber dabei. Vorliegender: Nun haben Sie doch auch nicht immer verloren, Sie haben doch auch gewonnen, nach der Auskunft des Wettbureaus. Angekl.: Auch diese Summen habe ich wieder in Betten angelegt, weil ich die Verluste einbringen wollte. Vorl.: Wie sind Sie denn überhaupt auf diese schiefse Bahn gekommen? Angekl.: Ich fürchtete, daß ich auch abgebaut werden würde, und da wollte ich mir ein kleines Vermögen schaffen, um etwas anderes anfangen zu können. Nach der Befundung eines der Bankinhaber war die Befürchtung des Angeklagten durchaus grundlos. Man hat bei der Bank gar

Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Eine tiefe Stimme hinten fühlte sich von der Sensation um Bruno verlegt. „Dessentliche Liebeserregung!“ schimpfte er. „Menschen von guter Erziehung sind ohne jede natürliche Scham!“ Er rührte sich nicht vom Platze, ließ sich nicht vorstellen. „Ein junger, hoffnungsvoller Philosoph,“ erklärte man Bruno; „nur leider von unmäßigem Kotsaugenuß zuzeiten arg zerrüttet.“ „Ist das Mädchen hübsch?“ fragte Fräulein Kritik von anderen Tische herüber. „Ich glaube,“ antwortete Bruno, „Vorgefetzte und Bedienstete machten zuweilen Bemerkungen über ihre schöne Gestalt.“ „Hatte es einen besonderen Reiz für Sie, daß sie für hübsch galt?“ Jemand mochte eine entlegte Miene gemacht haben, denn Ulysses, bei dem man Ernst von Ironie schwer unterschied, äußerte mit Betonung: „Wissenschaftliche Sachlichkeit lasse sich bei freigeordneten Menschen durch Sentimentalität nicht aufhalten.“ „Man sagt, solche von der Natur Benachteiligte seien unmäßig in allem,“ flüsterte jemand. „Besonders in der Liebe!“ „Biel leichter erregbar!“ „Wieviel fiebernder, unbeherrschbarer,“ träumte ein junger Mensch leise. „muß es hinreißten, in Händen zu halten, was Klang der Stimme, Schritte, Bewegungen ahnen lassen! Wenn die Geliebte vor einem steht, die Hand reicht, vor Bewegtheit schweigt oder Beglückendes flüstert, und man hat nichts vor ihr als den Schall, die Stimme ohne Körper! Ein wenig grauenhaft, als gehöre der Körper gar nicht zu ihr! Eine Unbekannte, Fremde, andere umarmt man beim ersten Kuß!“ „Hat nicht jeder an seiner Abnormität genug? Warum macht Ihr gerade mit dieser Art Blindheit so viel Wesens?“ fragte die Stimme hinten. Aber die Unterhaltung ging weiter, als hätte er nichts gesagt. „Er hofft,“ entschuldigte Ulysses den leisen Schwärmer, „daß neben den vielen neuen Lehrstühlen an den Universitäten auch einer für Liebestunde errichtet wird und wittert hier den Stoff für eine Habilitationsschrift.“ Ulysses sagte alles trocken und unbeteiligt, und doch gab's ein unbändiges Gelächter, wenn er begann,

nicht daran gedacht, ihn zu entlassen, da man seine Arbeitskraft sehr hoch einschätzte. Durch die Vernehmung des Inhabers des Wettbureaus, bei dem der Angeklagte seine Betten auf in- und ausländische Pferde anlegte, ergab sich, daß er tatsächlich in Summen in kurzer Zeit verwehrt hat. Das Schöffengericht verurteilte Bangel zu einem Jahr Gefängnis und lehnte mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe und die Art der Straftat eine Haftentlassung ab.

Das Hoheitsrecht der Wohnungsämter.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsgerichts.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie notwendig die Instandsetzung von Altbäufern ist, da der Zustand verschiedener Altbäufern geradezu lebensgefährlich ist. Es ist dankenswert, daß die Wohnungsämter sich in jüngster Zeit dieser Fragen mehr als bisher angenommen haben und daß sie bei Hausbesitzern, die sich nach Aufforderung weigern, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen, diese selbst ausführen lassen.

Ein Wohnungsamt hat nun versucht, die ihm dadurch entstandenen Kosten auf dem Klagewege einzutreiben, da der Hausbesitzer freiwillig nicht zahlte. Mit dieser Klage wurde es in allen Instanzen abgewiesen, und zwar nicht etwa deswegen, weil die Berechtigung des Ersatzungsanspruches bestritten, sondern weil die Zulässigkeit des Rechtsweges als nicht gegeben erachtet wurde. Das Reichsgericht hat in seiner Entscheidung darauf hingewiesen, daß durch die Mieterschutz- und Wohnungsmangelgesetzgebung weite Teile des Rechtsrechtes dem bürgerlichen Rechte entzogen und dem öffentlichen Rechte unterstellt worden sind, daß die Behörde in den Fällen der §§ 6 und 8 des Reichsmieterschutzgesetzes kraft Hoheitsrechtes handelt und daß hierfür der Rechtsweg unzulässig ist. Von Seiten der Hausbesitzer wird es nun so dargestellt, und zwar nicht ohne Absicht, als ob diese Entscheidung die Wohnungsämter veranlassen würde davon abzusehen, selbst Ausbesserungsarbeiten und Befreiung von Wohnungsschäden vorzunehmen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Denn dadurch, daß die Gerichte die Unzulässigkeit des Rechtsweges für die Erstattung der Ausbesserungskosten erklärt haben, sind die Behörden in diesen Fällen auf das Verwaltungszwangsverfahren gewiesen worden, ähnlich wie es bei Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben gehandhabt wird. Und dieses Verwaltungszwangsverfahren ist ein bedeutend kürzerer Weg, als wenn die Rechtsansprüche durch den Zivilrechtsweg verfolgt werden. Es ist also jetzt festgestellt, daß die Behörden in diesen Fällen viel schneller zu ihrem Ziele kommen können. Und das ist gerade das Erfreuliche an dieser Entscheidung.

Photographie ohne Platten.

Schwindelien eines Arbeitslosen.

Auf eine ganz neue Art schlug sich ein junger Mann durch, der zu Fuß von Dresden nach Berlin wanderte. Ein 23 Jahre alter Mechaniker Richard K., der in einem Vorort von Dresden bei seiner Mutter wohnte, konnte in der Heimat in seinem Beruf und auch sonst keine Arbeit finden und beschloß deshalb, es einmal in Berlin zu versuchen. Weil er aller Mittel bar war, mußte er zu Fuß gehen. An Werktagen besaß er nur einen Photoapparat, den er vom Vater geerbt hatte. Ihn zu Geld machen oder auch nur verkaufen, wollte er auch nicht. Da kam er auf den Gedanken, ihn zum Erwerb zu benutzen. Überall in den Dörfern, die er berührte, sprach er bei den Leuten vor und veranlaßte sie, sich selbst oder auch ihr Haus photographieren zu lassen. Meistens wurde sein Angebot auch angenommen. Der junge Mann stellte sich dann in Positur und arbeitete wie ein richtiger Photograph, nur daß er keine Platten im Apparat hatte. Die so „photographierten“, deren Bilder „sprechend ähnlich“ werden sollten, zahlten ihm ohne weiteres den Vorschub, je nach Größe und Art des Bildes 3 bis 10 M., weil er versprach, die Bilder in Berlin, seinem Reflekt, entwickeln und den Auftraggebern zuschicken zu wollen. Während die Leute überall auf die Bilder warteten, bemühte sich K. auch in Berlin erfolglos um Arbeit. Von den vielen fruchtlosen Versuchen ermüdet, ging er jetzt zur Kriminalpolizei und offenbarte ihr, was er angestellt hatte. Der junge Mann war bisher ganz unbescholten. In 64 Fällen hatte er auf seine Art „photographiert“.

Eine Verzweifelte.

Uneheliche Mutter und Staatsanwalt.

Es war diesmal keine alltägliche Geschichte. Vor den Richtern stand nicht ein verführtes Gretchen, das aus Scham und Furcht zur Kindesmörderin geworden ist. Eine Mutter dreier Kinder war es, die unter Tränen und verzweifelt die Hände ringend, in den Gerichtssaal rief: „Ich hatte doch schon drei Kinder geboren, weshalb sollte ich nicht auch von diesem Mann eins kriegen? Und nun bin ich des Kindesmordes angeklagt. Ich wollte nicht morden. Ich liebe Kinder.“

Eine mutige Frau ist diese schlante, trotz Schlafloskämpfe und Unterernährung immer noch schöne Angeklagte. Sie lernte vor dem Kriege den Privatlehrer S. kennen und gebar ihm zwei Kinder; kurz nach Kriegsausbruch ein drittes. Dann starb der Mann und hinterließ ihr nichts als die drei Kinder und seinen Namen. Den trägt sie jetzt. Seit 1918 mußte sie sich und ihre Kinder durch Schneiderarbeiten ernähren. Sie gab ihre Dreizimmerwohnung auf und bezog zwei Zimmer und eine Küche, lebte völlig zurückgezogen und arbeitete Tag und Nacht. Kein Wunder, daß sie sich mit dem jungen und intelligenten Unterrentier anfreundete. Und eines Tages wußte sie, daß sie zum vierten Male Mutter werden würde. Sie sagte davon nichts ihrem Freunde, denn sie fürchtete, er könne ihr raten, das Kind nicht auszutragen. Vielleicht hoffte sie auch, ihn durch das Kind an sich zu binden; er hatte versprochen, sie zu heiraten. Und eines Tages wurde sie plötzlich von den Wehen im Badezimmer überrascht. Sie hatte etwas Schweres geboren und im Ru war das Kind da. Fast ohnmächtig schleifte sie sich zu ihrem Bett. Als sie zu sich kam, mußte sie, daß etwas geleschen sein mußte. Sie fand im Badezimmer im Eimer das neugeborene Kind. Dann legte sie sich zurück ins Bett; abends wurde sie in fast bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Sieben Tage später fand ihre Freundin im Eimer die Leiche des Kindes im Badezimmer, zugebedt mit einem blutigen Laken. Im Krankenhaus stellte man fest, daß im Grunde des Reugeborenen ein Knebel steckte. Die Obduktion zeigte, daß das Kind bereits geatmet hatte. Vor dem Landgericht III, das über die Angeklagte zu Gericht saß, erklärte sie, den Knebel dem Kinde nicht in den Mund gesteckt und den Eimer nicht mit der Wäsche zugebedt zu haben. Sie sei von den schrecklichen Wehenschmerzen völlig verwirrt gewesen. Der Sachverständige, Professor Dr. Strauch, war der Ansicht, daß man der Darstellung der Angeklagten Glauben schenken dürfe. Das Gericht schloß sich jedoch dem Gutachten des Sachverständigen nicht an und verurteilte die Angeklagte zu der geringsten gesetzlich zulässigen Strafe, zu zwei Jahren Gefängnis. Es stellte ihr Bewährungsfrist in Aussicht.

Mag sein, daß das Gericht geglaubt hat, nicht anders handeln zu können. Die Geschworenen, die an den Buchstaben des Gesetzes nicht gebunden sind, hätten in diesem Falle anders geurteilt. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß sich der Offizialverteidiger seiner Klientin mit großer Wärme angenommen hatte, und peinlich fiel die Herzlosigkeit auf, mit der der Staatsanwalt gegen die Angeklagte plädierte. Und schließlich, wo bleiben eigentlich die weiblichen Schöffen?

Neue Eisenbahnhaltestelle im Südwesten.

An der Bororistrecke zwischen Papestrasse und Südenende soll eine neue Eisenbahnhaltestelle eingerichtet werden. Das Bezirksamt Schöneberg hat einen Vertrag mit der Reichsbahn-Gesellschaft vereinbart und die Bezirksversammlung Schöneberg wird jetzt um ihre Zustimmung ersucht. In diesem Teil des Südenlandes von Schöneberg waren die Verkehrsmittel bisher verhältnismäßig, obwohl der Friedhof an der Enghofstraße und die von etwa 3000 Personen bewohnte Siedlung Lindenhof längst eine eigene Eisenbahnhaltestelle erfordert hätten. Willkommen sein wird die jetzt geplante Haltestelle auch den Arbeitern der da draußen liegenden großen Fabriken, den Besuchern des Auguste-Viktoria-Krankenhauses, den Bewohnern des Friedenauer Ostteils vom Bezirk Schöneberg sowie den Bewohnern der angrenzenden Bezirke Tempelhof und Steglitz. Die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung reichen schon bis 1908 zurück, sie sind aber mehrfach unterbrochen worden, bis es endlich gelang, sie zum Abschluß zu bringen. Der Bahnhof wird etwa in der Mitte des Südenlandes, nahe der im Bau begriffenen Bahnumföhrung, angelegt werden. Berlin soll 180 000 M. zu den Kosten beitragen.

„Nur lustig, lustig,“ dachte Bruno, „was gehe ich Euch an?“ — — Wie konnte er auch zwischen diesen Menschen sitzen? Er, der nicht wußte, wo in der nächsten Stunde hin? — Er rief sich zusammen: An wen konnte er sich wenden? Lorenz, in fernem Univeritätsstädten Dozent, immer noch vom Vater abhängig, und Meili, von krankem Mann, Geschäft, Sorgen schon ganz alt und stumpf geworden — sollte er vielleicht reuig zum Vater zurück, dem er auf die Dauer immer weniger unbewußte Beeinträchtigung der Bequemlichkeit werden müßte?

„Interessant wird es sein, ob das Kind ohne Augenlicht zur Welt kommt,“ sagte die unterdrückte Stimme wieder, die er jetzt als des leisen Schwärmers erkannte. Kröth nahm einen Anlauf und erzählte Bruno, Ulysses habe ihn gleich früh anrufen, er möge ihm und seinem Freund eine greifbare materielle Sicherung für die nächste Zukunft zu schaffen suchen; er habe getan, was er konnte. Aber alle die hohen Herrschaften, denen er die Türen eingerannt habe, waren Bekannte Direktor Kapetans oder Bekannte seiner Bekannten und wurden dochteif, wenn dessen Auskunft nicht als Grundlage dienen sollte. „So eine Autorität im Blindenwesen —“ sagten sie.

Mutter Geit, die neben Bruno saß, berichtete schnell, Kröth wolle nur entschuldigen, daß er nicht gleich am ersten Tag den fertigen Garantiebrief vom Himmel heruntergeholt habe. „Was ist ein Tag!“ sagte sie, „deshalb braucht man noch lange nicht zu verzweifeln.“ „Nein, das gewiß nicht,“ beeilte sich Kröth zuzustimmen, „ich habe noch bei weitem nicht alle abgegrast!“ „Ja, ja,“ dachte Bruno — „es ist schon ganz recht!“ Und seine Finger schoben sich ruhelos spielend auf dem Tisch hin und her wie selbstständig belebte Wesen.

„Schwer muß es sein,“ klang es von der gedämpften Unterhaltung am anderen Tische herüber — „wenn die ersten Stufen fehlen: Kokettieren, Lächeln, Mienen überhaupt —“ „Mit dem Wort gleich in zarlestes Gewebe der Anfangsempfindungen hineinspringen!“ „Der Ton ganz gleichgültiger Gespräche färbt sich wohl,“ meinte Kröth, der hinzutrat, nachdenklich. „Ehe man sagt: Du bist das Glück für mich, sagt man: „Guten Morgen“ so, als sagte man: „Du bist das Glück für mich!“ „Guten Morgen!“ stöhnte die Kritik, und alle lachten. Es wurde dann bis abends gesungen und gespielt. Bruno hörte wenig. Er baute sein Leben weiter, wie es nach seinen kindlichen Hoffnungen geworden wäre. Dazwischen durchschauerte ihn manchmal ein Fegen Klänge von eigenartiger Schönheit aus dieser fern, immer ferner versinkenden Welt. Und ein Grauen aus Kindertagen fleg in ihm auf; Er war gestorben (oder diese anderen vielleicht?), er lag da im Zimmer und niemand wußte, daß er da war. Schreckliches hatte sich mit ihm zugetragen, und niemand konnte ihm helfen, ihn zurückbringen, weil niemand wußte, wo er war und es nie wissen würde.

Froh schredte er beim Lärm allgemeinen Aufbruchs auf. Er hatte Zeit, sich zurechtzufinden. Alle standen noch lange im vergnügten Durcheinander, stritten — vertrauliche Anzüglichkeiten in Gründen und Gegengründen — über Tag und Ort der nächsten Zusammenkunft, bei der ein junger Pianist den ersten Satz seiner Sinfonie vorspielen sollte und Baron Ulysses einen Freund, einen in letzter Zeit vielgenannten jungen Dichter mitzubringen versprach. Bruno fühlte, er sollte versuchen, unbemerkt noch vor den anderen davonzukommen. Aber er war im Stillen vor Würdigkeit schwer und schlief geworden; diese Stunden hatten seinen Willen stark verbraucht. Das Redegewirr schlug ihm um die Ohren. Immerhin war er schon fast zur Vorzimmertür gekommen; da fachte ihn jemand beim Arm, und zwei große, warme, fleischige Hände umschlossen seine Finger: „Wo wohnen Ihre Verwandten?“ Mutter Geit war es. „Ihr Koffer ist hier im Vorzimmer stehen geblieben; auch Hut und Mantel liegen Sie hängen. Wunderte sich niemand, daß Sie so ankamen?“ Sie wartete vielleicht neugierig: „Ich möchte Ihnen die Sachen zuschicken; sagen Sie nur Ihre Adresse!“ „Ich werde sie morgen holen lassen!“ „So, morgen?“ fragte Mutter Geit gedehnt. Kröth trat auf Bruno zu: „Ich kann am besten nachmittags um fünf kommen; ist Ihnen das recht?“ „Er weiß noch nichts; ich hab' ihm noch nichts gesagt,“ wehrte Frau Geit ihm ängstlich.

„Das macht nichts!“ Kröth fand Brunos verdichtetes Gesicht sehr belustigend; „Also morgen um fünf!“ rief er noch zurück und ging. „Wohin?“ dachte Bruno. Draußen auf der Treppe verklang schon das laute Durcheinander der vielen fröhlichen Stimmen. Ulysses kam zurück, das Lachen vom letzten nachgerufenen Gruß noch in der Kehle; sie sang eine reizende kleine Melodie. (Fortsetzung folgt.)

Nachlänge zum Lühow-Prozess.

Ein ehemaliger Zeuge des Prozesses als Angeklagter.

Das schriftliche Urteil gegen Dr. Freiherrn von Lühow, der befanntlich vom Schöffengericht Vahlefeld freigesprochen wurde, ist nunmehr fertiggestellt. Es umfaßt 320 Schreibmaschinen-Setzen und es sind ungefähr 100 Exemplare davon hergestellt worden, da zahlreiche Behörden Exemplare angefordert haben. Die Akten gehen nunmehr an die Staatsanwaltschaft, die sich schlüssig werden muß, ob überhaupt die Berufung durchgeführt werden soll und, falls dies im bejahenden Sinne ausfallen sollte, in welchem Umfang. Inzwischen sind Hunderte von Schreiben von Pädagogen usw. beim Gericht eingelaufen, die sich aus erzieherischen Gründen gegen eine nochmalige Aufrollung des Ständlungsprozesses im Interesse der Jugend aussprechen. Erst nach Rechtskraft des Prozessesverfahrens wird die Schulabteilung der Regierung sich schlüssig werden können, ob Dr. von Lühow die Konzeption zu entziehen ist. Vorläufig wird die Landeserziehungsanstalt in Jossen im kleinen Umfang von dem Schwiegervater von Lühow, Prof. Grothe, weitergeleitet. Das Verfahren der ersten Instanz hat etwa 120 000 M. Gerichtskosten verursacht, wovon der größte Teil auf die Gutachten der Sachverständigen entfällt.

Am Montag sollte sich vor dem erweiterten Schöffengericht einer der Schöffen aus dem Lühow-Prozess, der Gärtner Kahl aus Dabendorf, wegen Sittlichkeitsverbrechens verantworten, und zwar vor demselben Gericht, dem er als Schöffe während des Lühow-Prozesses angehört hatte. Er wird beschuldigt, sich in mehreren Fällen an Kindern in unfittlicher Weise vergangen zu haben. Ein Fall liegt bereits sieben bis acht Jahre zurück. Es war bereits einmal ein Verfahren gegen ihn im Gange, war aber eingestellt worden. Dieser Fall ist wieder aufgenommen worden, nachdem nach neue Verdachtsmomente entstanden sind. Die neueren Fälle sollen gerade in die Zeit fallen, in der er als Schöffe in Moabit mitwirkte. Die Verhandlung wurde aber noch in letzter Stunde vertagt, da der Verteidiger eine Reihe von Entlastungsbeweisen für den jede Schuld leugnenden Angeklagten eingebracht hatte. Den Vorsitz in der Verhandlung gegen Kahl hat Land- und Amtsgerichtsrat Feuchner abgelehnt. Er hat erklärt, daß er sich gewissermaßen besungen fühle. Nachdem er in 21 Sitzungen mit Kahl zusammen im Gericht gesessen habe, würde er, falls sich dessen Schuld erweisen sollte, gegen den Angeklagten besonders scharf eingestellt sein. An die Stelle des Vorwandes wird in dem kommenden Prozeß Amtsgerichtsrat Kumbier treten. Dieser war Beisitzer im Lühow-Prozess, hat sich jedoch für unbefangenen erklärt.

Das Urteil im Glasower Meineidsprozeß.

In dem seit Donnerstag im Großen Schwurgerichtssaal verhandelten Meineidsprozeß gegen den früheren Gemeindevorsteher von Glasow, Landwirt Lehmann, und die beiden Justizbeamten kam das Schwurgericht zu dem Ergebnis, daß die beiden Beamten objektiv etwas Falsches geschworen haben. Da aber nicht anzunehmen ist, daß es wesentlich geschehen sei, hat das Schwurgericht angenommen, daß sie fahrlässig gehandelt haben. Bei Lehmann nahm das Schwurgericht jedoch an, daß er den beiden Beamten suggeriert habe, an dem fraglichen Tage in Moabit gewesen zu sein. Er wurde daher schuldig befunden der Verleitung zum Meineid. Es wurden verurteilt: Lehmann zu 6 Monaten Gefängnis, Kohn und Mager zu je 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht berichtigte bei den beiden Beamten, daß sie eine lange Dienstzeit hinter sich haben und sich tadellos und einwandfrei geführt haben.

Der Drohbrieff.

Ein dreifacher Erpressungsversuch führte die bereits wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung zweimal vorbestrafte 23jährige Elise B. vor das Schöffengericht Charlottenburg. Nach ihrer Vorstrafe befragt, verneinte sie, jemals bestraft zu sein, und als ihr von Landgerichtsdirektor Braunhausen das Strafregister vorgehalten wurde, meinte sie ganz naiv, sie habe doch Bewährungsfrist bekommen. Die gegenwärtige Anklage zeigte aber, daß Elise keineswegs so unschuldig ist, wie sie sich vor Gericht zu geben versuchte. Im Sommer war auf einem dem Magistrat gehörenden Grundstück in der Kaiserin-Augusta-Allee ein Brandstiftung entstanden, und wenige Tage später erhielt der Direktor der Fiat-Gesellschaft, deren Gebäude der Brandstiftung benachbart sind, ein Schreiben, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, daß das Feuer durch eine fahrlässige Schuld der Gesellschaft entstanden sei. Es hieß darin: „Meine Nachforschungen haben das ergeben, natürlich habe ich auch Beweise dafür, da ich in nächster Nähe wohne. Dem Magistrat ist nach den Zeitungsberichten ein Schaden von 30 000 M. entstanden. Da ich dem Magistrat nicht freundlich gesinnt bin, will ich es für mich behalten. Ihnen werden Unannehmlichkeiten erspart, und Sie könnten sich mir deshalb wohl erkenntlich zeigen.“ Die Antwort war postlagernd bestellt worden, und der Brief war mit G. Friedländer unterzeichnet. Der Direktor erkannte sofort den plumpen Erpressungsversuch und legte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Als die Briefschreiberin auf die an sie gegangene Aufforderung hin in dem Bureau des Direktors erschien, sah diesem, anscheinend als ein Angestellter, ein Kriminalbeamter am Schreibtisch gegenüber. Als Elise B. gefragt wurde, wie hoch die von ihr beanspruchte Summe sei, erwiderte sie: „Ueber die Höhe habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.“ Damit war die Erpressungsversuch einwandfrei erwiesen, und der Kriminalbeamte zog seine Karte hervor und verhaftete die Erpresserin. Das Schöffengericht verurteilte Elise B. zu drei Monaten Gefängnis.

„Sozialistische Unternehmer.“

„Einheitsverband Sozialistischer Unternehmer“, gibt es so etwas, steht in dieser Organisation nicht ein Widerspruch zu der sozialistischen Forderung überhaupt? Diese nachliegenden Fragen werden am besten beantwortet durch die Darlegung der Absichten des Verbandes und durch die Darlegung über seine Betätigung. Der Verband, der in Leipzig seinen Sitz hat und eine Vereinigung von sozialistisch eingestellten, wirtschaftlich selbständigen Unternehmern ist, bezweckt die Wahrung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder unter Ablehnung an die Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft. Dies soll erreicht werden durch Beteiligung an den Wahlen zu Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Vertretungen in den sozialen Versicherungseinrichtungen. Wie wesentlich eine derartige Betätigung ist, erkennt man, wenn man sich die gegenwärtigen Zustände vor Augen führt. Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sind die Unternehmerbeisitzer arbeitnehmerfeindlich. Kommt dann der sogenannte unparteiliche Vorsitzende hinzu, der der Arbeiterschaft mehr als kritisch gegenübersteht, dann haben wir den Zustand in den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, wie er typisch außerhalb der Großstädte ist. Es wäre ein Verdienst des Einheitsverbandes sozialistischer Unternehmer, wenn es ihm gelänge, die fortschrittlich gesinnten Teile des Unternehmertums (und es soll auch solche geben) aufzurufen und Unternehmer „seiner Couleur“ als Beisitzer in die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hineinzubekommen. Die Kammern, in denen diese Unternehmer tätig sind, werden sicherlich ein weitgehendes Verständnis für die Interessen der Arbeiterschaft haben, als die Kammern, in denen sie fehlen. Auch bei den Gewerbe- und Handelskammern wäre die Beteiligung sozialistischer Gewinnter ein sehr wesentlicher Fortschritt, weil von diesen Kammern eine gutachtliche Tätigkeit für die Gerichte und für die gesetzgebenden Körperschaften ausgeht wird. Darüber hinaus aber will der Verband auch seinen Einfluß auf die Steuererhebung gewinnen, damit bei der Verteilung der Lasten die Stimme der Kleinen im Gewerbe und Handel vernehmbar zu Gehör kommt. Alle Ziele werden im Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung zu erreichen versucht. Diese Tatsache schließt also aus: Aufstellung eigener Kandidaten bei Reichs-

tags-, Landtags- und Gemeindevahlen. Der Einheitsverband will das Sammelbecken werden für alle Kleinunternehmer sozialistischer Gesinnung, die aus materiellen Gründen eine Betätigung ihre Bestimmung unterlassen haben. Im Vordergrund der Vereinstätigkeit steht im Zusammenhang hiermit die Auffklärung der Mitglieder im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus.

Neue Baumethoden.

Ein vierstöckiges Wohnhaus in 60 Tagen.

Die Rationalisierung im Bauwesen ist in Deutschland bis jetzt noch nicht so recht vorwärts gekommen, trotzdem infolge der geradezu katastrophalen Wohnungsnot hier Vereinfachung, Verbilligung und Leistungssteigerung mehr als dringend notwendig sind. Daß die Technik aber nicht ruht, hier zu Fortschritten zu kommen, zeigte ein Diskussionsabend, der soeben in Berlin vom Bund der Deutschen Architekten abgehalten wurde. Von besonderem Interesse war der Vortrag des bekannten Direktors Müller über „Neue Baumethoden“.

Müller stellte als Ziel des künftigen Wohnungsbaues solideste Ausführung trotz Verbilligung des Endproduktes auf und erklärte, daß dieses Ziel trotz Erhöhung der Grundlöhne zu erreichen sei. So hat man bei Betonarbeiten, obwohl man die Löhne wesentlich erhöhte, große Ersparnisse erzielt, indem es gelang, durch die Anwendung neuer Arbeitsmethoden einen Raummeter fertigen Betons in 24 Arbeitsstunden statt wie bisher in 6 bis 8 Arbeitsstunden fertigzustellen. Müller wies auch darauf hin, daß Amerika zwei- bis dreimal höhere Löhne zahle als Deutschland und trotzdem billiger baue als wir. Rein technisch läßt sich, wie Müller in seinem Vortrag weiter darlegte, das Bauen verbilligen, indem man einen großen Teil von Arbeiten, die früher auf der Baustelle selbst erledigt wurden, in die Werkstatt verlegt, so daß hier auch während der Wintermonate gearbeitet werden kann, während man auf den Baustellen nur reine Montagearbeiten ausführt. Dadurch wird es möglich, ein vierstöckiges Haus in 60 Arbeitstagen, vom ersten Spatenstich an gerechnet, zu errichten. Der Vortragende zeigte an einem sehr lehrreichen Film, wie bei einem solchen Hausbau gearbeitet wird. Auf der Baustelle ragt ein Kran auf, der noch über das fertige Haus hinwegfahren kann, wie die Kranerüste auf den Helgen der großen Schiffswerften. Er vermag jedes Teil an seinen Platz zu befördern. Am fünften Arbeitstag sind bereits die Fundamente fertig, die aus Beton in Schalenform gestampft wurden, die in der Werkstatt vorbereitet wurden. Daneben erheben sich die ersten T-Träger, aus denen das

Eisengerüst des Hauses gebildet wird. Diese Träger sind zur Vereinfachung der Herstellung ohne Rücksicht auf die in den höheren Stockwerken auftretenden geringeren Belastungen aus überall gleich starkem Material gebildet. Diese Konstruktion hält jeder Belastung stand. Sie gestattet den gleichzeitigen Ausbau mehrerer Stockwerke. Die Wände werden ebenfalls in vorbereitete Schalenform gestampft. Bereits am 15. Arbeitstag ist das Dach gerichtet und am 60. steht das bezugsfertige Haus. Die Materialkosten des neuen Hauses sind nicht höher als die eines Hauses alter Bauart, dagegen werden bei der Herstellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und gleichmäßiger Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr erhebliche Ersparnisse erzielt. Der Vortragende war der Ansicht, daß durch diese Methode die Baukosten auf die Vorkriegeshöhe gesenkt werden könnten.

Die Geschichte einer Ehe.

Eine zerrüttete Ehe, mit der sich die Gerichte schon mehrfach beschäftigt hatten, fand endlich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III ihren Abschluß. Unter der Anklage des versuchten Totschlages an seiner Ehefrau stand der Oberkellner Fritz Rikarske. Als der Angeklagte für seine Frau ein Konsumgeschäft durch die Vermittlung eines Ingenieurs Neugebauer gekauft hatte, erlitt die bis dahin harmonisch verlaufene Ehe einen Riß, weil der Argwohn in ihm wach wurde, daß aus dem Geschäftsmittler mit der Zeit der Liebhaber seiner Frau geworden war. Der Argwohn fraß in dem bedauernswerten Menschen weiter, brachte ihn feilsch ganz aus dem Gleichgewicht und war im übrigen tatsächlich nicht unbegründet, denn der Ingenieur Neugebauer mußte, als Zeuge vernommen, in dem Prozeß zugeben, daß er mit der Ehefrau schon lange in Beziehungen gestanden hatte. Jedenfalls war R. schließlich so wenig Herr seiner selbst, daß er eines Tages mit einem Hammer auf seine Frau und seinen Stiefsohn einschlug und beiden schwere Verletzungen beibrachte. Nach der Tat unternahm er einen Selbstmordversuch. Das Gericht kam auf Grund des Sachverständigengutachtens nach dem Antrag des Staatsanwalts zu einem Freispruch.

Zehnjahresfeier einer Mädchen-Mittelschule.

Am Freitag feierte die Luise-Otto-Peters-Schule (Subener Str. 53) das Fest ihres zehnjährigen Bestehens. 1916 wurde sie aus einer Privatschule am „Grünen Weg“ in eine Mittelschule umgewandelt. Die Schule soll vor allem der erwerbstätigen Frau dienen und trägt darum auch den Namen einer Frau (Luise Peters, geb. Otto), die in der Frauenbewegung tätig war. Die 1. Bediener-Mädchen-Mittelschule hat zurzeit 16 Klassen und wird von 500 Schülerinnen besucht. Zu Ostern 1927 soll auf den sechsjährigen Lehrgang eine Hausfrauen-Schule aufgesetzt werden, eine Einrichtung, die gerade dem Osten Berlins fehlt. Die Feier fand im Beisein von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, des Elternbeirats und ehemaliger Schülerinnen statt. Nach einer Ansprache der Leiterin der Schule, Frau Rektorin Görte, überbrachte Herr Schulrat Kühn die Glückwünsche der Stadt Berlin. Schülerinnenchor und ein Schauturnen verabschiedeten die eindrucksvolle Feier.

Chodowicki-Ausstellung im Märkischen Museum.

Zur Zweihundertjahrfeier des Geburtstages von Daniel Chodowicki (geb. 16. Oktober 1726 in Danzig, gest. 7. Februar 1801 in Berlin) veranstaltet das Märkische Museum der Stadt Berlin eine Ausstellung von Hauptwerken des Künstlers. Aus Sammlungen von Mulem Berlins und anderer Städte (z. B. Hamburg, Weimar, Leipzig, Frankfurt a. M., Wien) und aus Privatbesitz verschiedener Familien ist eine beträchtliche Auswahl von Bleistiftzeichnungen, Federzeichnungen, Aquarellen, Ölgemälden, Miniaturmalereien, Emailmalereien zusammengeestellt worden. Sie gibt einen Überblick über das Schaffen Chodowickis und läßt uns seine Entwicklung verfolgen. Die Ausstellung ist im Erdgeschoß des Märkischen Museums untergebracht und kann bis 15. November täglich (außer Sonnabenden) in den Stunden von 10—3 Uhr besichtigt werden. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Sonntagstreife nach Hamburg.

Hamburg war diesmal das Ziel, das die Reichsbahndirektion Berlin für ihren Sonderzug gewählt hatte. Die Reisenden opfereten sogar ihren Sonntagsschlaf als es galt, die größte Hafenstadt des Kontinents zu besuchen, und der Zug fuhr vollbesetzt im Morgenrauschen aus der Halle des Behrter Bahnhofes. Im Hamburg hatte der Fremdenverkehrsverein Automobile für die Stadtrundfahrt zur Verfügung gestellt. Im Anschluß daran gab es eine Hafenrundfahrt. Die Vielfältigkeit der alten Hansestadt konnten die Besucher selbst nach Abschluß der langen Autotour nur leise ahnen. Das Auge nahm zu viel neue Eindrücke auf, um alles zu erfassen. Der Clou des Tages war wohl die Hafenrundfahrt, als deren Abschluß die Besichtigung des Hapag-Dampfers „Deutschland“ auf das Programm gesetzt worden war. Bald nach 7 Uhr fuhr man, erfüllt von den neuen Eindrücken und mit dem Tag vollauf zufrieden, nach Berlin zurück. Es dauerte wieder fünf Stunden, bis man auf dem Behrter Bahnhof eintraf, und was über die zu lange Fahrtdauer der Sonntagstreifen vor kurzen hier gefogt wurde, traf auch diesmal zu.

Die Stadterochnetenversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 4½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht unter anderem wieder der Nachtragshaushalt, dessen Vorberatung im Haushaltsausschuß erst am Donnerstag vormittag erledigt werden soll.

Der Referendar als Rädelshüter. Auf dem Parteitag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Potsdam kam es vor acht Tagen zu einem feigen Ueberfall auf das Lokal Braut in Potsdam. Die Ermittlungen haben dazu geführt, daß sich in hervorragender Weise der Hafentragler Referendar Dr. Walter Graesche aus Friedrichshagen hervorgeragt hat. Dieser Edelreferendar ist beim Amtsgericht Berlin-Mitte beschuldigt. Gegen die Hafentragler wird Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern abend kurz nach 6½ Uhr im Vorderhaus des Grundstückes Bademarsstr. 16 zum Ausbruch. Auf den Feueralarm eilten drei Löschzüge unter Leitung des Baurates Rood an die Brandstelle. Beim Eintreffen der Wehren brannte der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung bereits lichterloh. Ueber eine mechanische Leiter und über die Treppenhäuser wurde gegen das Feuer mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder, dagegen gelang es, ein Uebergreifen auf die anschließenden Dächer, für die einige Zeit Gefahr bestand, zu verhindern. Die Entstehungsurache konnte noch nicht geklärt werden, ist aber möglicherweise auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Die Aufräumarbeiten nahmen bis gegen 10 Uhr in Anspruch. — Ein weiterer Dachstuhlbrand kam abends gegen 10 Uhr in der Schönholzer Straße 20 zum Ausbruch. Bewohner des Vorderhauses nahmen auf den Treppenhäuser eine starke Bergqualmung wahr und riefen die Wehr herbei, die mit ihren drei Löschzügen erschien. Nach kurzer Zeit gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Ein großer Teil des Dachstuhls konnte erhalten bleiben. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Der Generalversammlung der Berliner Sportpalastkassen-Gesellschaft lag ein Abschluß vor, der bis zum 30. Juni 1926 geht und einen Verlust von 1 625 505 M. aufweist. Für diesen Verlust macht die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht einmal die Tatsache verantwortlich, daß infolge des Umbaus des Sportpalastes zu einer Eislaufarena eine Ausnutzung der Räumlichkeiten monatelang nicht erfolgen konnte. Das Wesentliche hätten aber die hohen Steuern veranlaßt, die mit 267 289 M. in der Bilanz aufgeführt sind. Von der Verwaltung wurde bekanntgegeben, daß für das Sechstagerennen des Vorjahres 30 Proz. der Bruttoeinnahmen an Steuern abgeführt worden sind, im ganzen 108 000 M. Die Aktienmajorität ist in neue Hände übergegangen, in die Hände von Schweizer Kapitalisten. Nach den Mitteilungen der Verwaltung sind die Schulden der Gesellschaft gelöst worden. Es stehen jetzt reichlich Betriebsmittel zur Verfügung, und es sind eine große Anzahl von Abschlüssen gemacht worden.



Zuerst glaubt man, daß der „Rosentavaler“ sich wenig für eine Uebertragung eignet. Einige Bilder sind ganz auf das Schauspielersche und Szenische gestellt. Man denkt an den „Ritter Blaubart“ zurück und erwartet das schlimmste, aber man erlebt eine Uebertragung, die bereits nach den ersten Akten und Szenen alle Zweifel zerstört. Das Orchester unter der Leitung von Richard Strauß entwickelt beständenden Klang, glühert und bringt die feinsten Nuancen dieser herrlichen Partitur. Im dritten Akt treten stellenweise Unklarheiten auf, doch die Gesamtwirkung wird dadurch kaum gestört. Und selbst diese Szenen, die zu ihrer Bekleidung durchaus die Bühne verlangen, ermüden nicht, denn auch in ihnen lebt eine Musik von solcher Melodie, von solcher spielerischen Leichtigkeit und Beherrschung, von beinahe Mozartischem Geist, daß sie allein durch diese Musik den Hörer paden. Neben Richard Strauß die erste Besetzung der Staatsoper: Barbara Kemp als Marichallin auf der Höhe ihrer Künstlerkraft, jede musikalische Phase ist klar gegliedert und belebt. Die Sophie der Debilka und Delia Reinhardts Octavian sind stimmlich hervorragend, aber der Größte bleibt Michael Bohner als Ochs von Verchenau. Er, der heute der überragendste Gestalter der Opernbühne ist, kann im Radio nicht zur vollen Geltung kommen. Es fehlt die Geste und Mimik, aber selbst aus seinem Gesang zeigt sich in klaren Umrissen das Porträt des Verchenauer, dem Bohner trotz aller Ungefährlichkeit die Züge eines Edelmannes verleiht.

Der „Robert Guiscard“ wird am Montag im Rundfunk zu einer Pathosorgie. Jeder, der auftritt, singt seine Arie schlecht und recht herunter. Man spielt dieses grandiose, kleistche Fragment etwa wie das Drama eines schwachbrüstigen Schiller-Epigonens. Nur Ebert in der Titelrolle macht eine Ausnahme. Er gibt das Herbe, Kantige der Kleist'schen Sprache, sein Guiscard hat Form, ist nicht nur Possist. Sonst geschieht Schlimmes. Der Chor am Anfang ist zwischen einem Kreis und einer alten Frau geteilt, die sich bemühen, das Ganze so larmoyant wie möglich zu sprechen, der alte Krieger kultiviert abgestandenes Hoftheaterpathos, und dazu wird das Tempo mit kaum geahnter Virtuosität verhaspelt. Hier lebt nichts, aber auch gar nichts von Kleist'schem Geist, nichts von seinem explosiven, gewaltigen und beinahe verkrampften Temperament. Gerade die ersten Szenen, vorbildlich gestreift in ihrer Komposition, nehmen sich bei der Sendung aus wie die Einleitungs-szenen zu einem steiltlosen Oberlehrerdrama. Es besteht kein zwingender Grund, an Kleist's Geburtstags Kleist zu spielen, wenn man ihn nicht spielen kann. Wertwürdig ist es allerdings, daß sich in der Theaterstadt Berlin ein derartiges Unheil zuträgt. Hände weg von Kleist'schen Dramen, wenn man unfähig ist, sie zu meistern. Vorher las Ebert aus den Werken. Manchmal zu betont, edler Brustton, sonst aber martig und ohne pathetisch zu werden.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 19. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12.30 Uhr abends: Die Viertelstunde für den Landwirt.
4 Uhr nachm.: Dr. phil. Eugenie Schwarzwald, Wien: Erziehung zum wirklichen Leben. 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert des Etté-Kammerorchesters. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Stunde mit Büchern. Ernst v. Wolzogen: Norddeutsche Geschichten. Theodor Mügge: Afraja. Rudolf Stratz: Filmgewitter. Walter Julius Bloem: Das steinerne Feuer. Emil Lucka: Die Jungferprobe. 7 Uhr abends: R. Herdman Pender: Aspects of modern England (in englischer Sprache). 7.30 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Volkswirtschaftslehre. Dr. Oskar Stille: Einführung in die Nationalökonomie (Wertbegriff und Werttheorien). 8 Uhr abends: Dr. C. Kaßner: Deutschlands wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Bulgarien. 8.30 Uhr abends: Stadt-medizinrat Professor Dr. v. Drigalski: Typhusentstehung und Typhusverbreitung. 9 Uhr abends: Thomas-Mann-Abend. 1. Thomas Mann liest einen unveröffentlichten Essay. 2. Erika Mann liest aus dem Roman „Zauberberg“. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 19. Oktober.

3—3.30 Uhr nachm.: G. v. Eyseren, O. M. Altker: Spanisch. 3.30—4 Uhr nachm.: Prof. Dr. Lewandowski: Ernährungs- und Erholungsfürsorge der Schuljugend. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Hans Lebedo: Klassische Dramen auf der Bühne: Schiller. 4.30—5 Uhr nachm.: Aus der pädagogischen Welt. 5—6 Uhr nachm.: Prof. Dr. Weber, Halle: Ueber die Gründe des Verfalls der Weltreligion. 6—6.30 Uhr abends: Geh. Ob.-Reg.-Rat Geitel: Die deutsche Technik. 7—7.30 Uhr abends: Dr. phil. Wagner: Feinde der Vogelwelt. 7.30—8 Uhr abends: Dr. Ignaz Gentges: Stunde mit Büchern: Jacob Böhm. Ab 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

so daß es möglich sein wird, den Sportplatz mit wenigen Ausnahmetagen das ganze Jahr über auszunutzen. Die ersten Veranstaltungen der Radrennsaison beginnen am Sonntag, den 24. Oktober.

Zu einem Herbstfest unter Schwarzrotgold hatte die Deutschdemokratische Partei für Sonnabend in den Sportplatz gebeten. Es war alles sehr nett. Viele Schwarzrotgoldene Fahnen wälzten von den Emporen. Es waren sehr viel Prominente und noch mehr Intellektuelle da. Auch das Reichsbanner war zahlreich vertreten. Kultusminister Dr. Becker hielt die Festansprache. Es folgten künstlerische Darbietungen. Die Sichtenberger Reichsbannerkapelle spielte flott und den mächtigen Raum voll beherrschend, zum Tanz auf. Das Sichtenberger Reichsbanner stellte unter Führung des Sportlehrers Lindstädt mit einer Anzahl prächtiger Jünglingsgestalten sehr gut gelungene und wirksame Pyramiden.

In der Philharmonie in der Bernburger Straße veranstaltete der Reichsverband der Rheinländer seinen ersten Rheinischen Gesellschaftsabend, der im Zeichen der notleidenden Winter unter dem Motto: „Vom Rhein der Wein“ stand. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Rheinländer, Dr. Kaufmann, in der er besonders auf die soziale Notlage der Winter, die bis hinein in den November auf den Weinbergen bei Wind und Wetter, früh und spät ihre mühselige Arbeit verrichten müssen, hinwies, fand Reichskanzler Marg, selbst ein Rheinländer, gleichfalls warme Worte für die in ihrer Existenz bedrohten Winter. Erste Künstler von der Städtischen und Staats-Oper trugen im künstlerischen Teil zum Gelingen des Abends bei. Unter den zahlreichen Ehrengästen sah man u. a. den Polizeipräsidenten Jörgel und Vertreter des Auswärtigen Amtes.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S 28 64, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Rep. rechts, zu richten.

6. Kreis Kreuzberg, Freitag, 22. Oktober, 7 1/2 Uhr, sehr wichtige Sitzung des Kreis-Bildungsausschusses bei Biel, Diefenbachstr. 7. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

8. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, im Bilderverein, Wilhelmstraße, großer Saal, Kreismitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Stellungnahme unserer Partei in der Bodenreform. Referent Hermann Ebdemann, R. d. L. Wegen der Wichtigkeit der Sache müssen alle Genossinnen und Genossen erscheinen. Abteilungsleiter und Gruppenführer müssen, soweit möglich, noch persönlich einladen.

9. Kreis Wilmersdorf, freie Schulgemeinde, heute, Dienstag, 19. Oktober, 8 Uhr, im Wilmersdorfer Saal, Cafe Jähringer Straße (Saal der freien Turnerschaft), Versammlung. Vortrag: „Kunst und Religion“. Referent Georg Schwan. Gäste willkommen.

11. Kreis Schöneberg-Preussen, Die Jungsozialisten veranstalten am Freitag, 22. Oktober, 8 Uhr, im Jugendheim Schöneberg, Hauptstr. 15, einen Auswahlabend über: „Partei und Jugend“. Referent Franz Reinisch. Wir bitten alle jungen Genossen sowie die Funktionäre, an diesem Abend bestimmt zu erscheinen.

14. Kreis Reinickendorf, Achtung! Am Dienstag, 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, in Gebes Heilheim, Posenstraße (früher Rilken), wichtige Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenerhebung“. Referent Hermann Ebdemann, R. d. L. Sämtliche Genossinnen und Genossen werden dringend gebeten, sich diesem Abend freizubehalten und bestimmt und zahlreich zu erscheinen.

17. Kreis Wilmersdorf, heute, Dienstag, 19. Oktober, 7 Uhr, findet im Rahmen der roten Woche eine wichtige Kreismitgliederversammlung in der Aula der Anodenmittelschule Marktstr. 10/11 statt. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenerhebung“. Referent Ernst Sellmann, R. d. L. Die Mitglieder, auch der Außenabteilungen, werden zur teilweisen Teilnahme dringend aufgefordert.

18. Kreis Wilmersdorf, heute, Dienstag, 19. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Bauhaus-Brauerei, Berliner Allee, kleiner Saal, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Die Sozialdemokratie und der Bodenreform“. Referent Erich Kuttner, R. d. L. Wir erwarten das vollständige Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen. Niemand darf fehlen.

Heute, Dienstag, 19. Oktober:

- 64. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Wallentin, Schilder Str. 72, Sitzung sämtlicher Funktionäre und der arbeitslosen Genossen. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Charlottenburg, 65. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Zug, Sultenstr. 26, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Bezirksführern. - 66. Wkt. 8 Uhr bei Bierck, Ronifstr. 62, wichtige Funktionärsitzung. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen. - 67. Wkt. Die erwerbslosen Mitglieder werden gebeten, nachmittags 3 Uhr bei Thunau, Wilmersd. 4, bestimmt zu erscheinen.
- 73. Wkt. Schöneberg, Pünktlich 8 Uhr bei Rettko, Gedantr. 60, wichtige Verhandlung. Hierzu müssen sämtliche Bezirksführer und Bezirksleiter erscheinen. Es kommt Werbematerial zur Verteilung. Die „Frauenstimme“ ist erschienen und wird am Mittwoch zur Verteilung gebracht.
- 85. Wkt. Tempelhof, 8 Uhr bei Stuhmann, Poststr. 59, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenerhebung“. Referent Rudi Wittenberg. Die Bezirksführer müssen unbedingt einladen. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, bestimmt zu erscheinen.
- 99. Wkt. Reichsbad, 7 1/2 Uhr in der Wohnung des Genossen Günther, Reichhaus, wichtige Verhandlung mit den Bezirksführern. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
- 106. Wkt. Köpenick, Die Parteigenossinnen und -genossen und die Arbeiterjugend treffen sich 6 1/2 Uhr zum geschäftlichen Umgang durch die Stadt. Anschließend daran öffentliche Rundgebung im Stadttheater. Niemand darf fehlen!

Öffentl. Werbeveranstaltungen

Heute, Dienstag, den 19. Oktober:

- Mitte (4. Abteilung): 7 1/2 Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Straße 6. Referent: Bezirksleiter Karl Lette.
- Contwiltz: 8 Uhr in Behmanns Festhölle, Kaiser-Wilhelm-Str. 29-31. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.
- Treptow: 7 1/2 Uhr im Lokal Ritzke, Am Treptower Park 26. Referent: Siegfried Aufhäuser, R. d. L.
- Köpenick: 7 Uhr Antritt am Bahnhof Köpenick. Anschließend öffentliche Werbeveranstaltung im Stadttheater. Referent: Willig Steinkopf, R. d. L.

Morgen, Mittwoch, den 20. Oktober:

- Wedding (17. Abteilung): 7 1/2 Uhr im Saal von Schreiber, Triftstraße 63. Referent: Bürgermeister Karl Weid, R. d. L.
- Friedrichshain (34. Abteilung): 7 1/2 Uhr in den Comeniusfäden, Remer Straße 67. Referent: Siegfried Aufhäuser, R. d. L.
- Friedrichshain (36. Abteilung): 7 1/2 Uhr in der Schulaula Straßmannstraße 6. Referent: Wilhelm Landa.

Öffentliche Frauenkundgebung

Charlottenburg: Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Schiller-Realgymnasiums, Schillerstr. 26. Mitwirkende: Frauenchor des Gesangsvereins „Liederlaube“. Rezitationen: Wolf Truh vom Staatstheater Berlin. Vortrag: Frauen und Völkerverständigung. Referentin: Adele Schreiber.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

- 119. Wkt. Wilmersdorf, Heute 7 Uhr in der Knaben-Mittelschule, Marktstr. 10/11, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenerhebung“. Referent: Ernst Sellmann, R. d. L. - Die Mitglieder unserer Abteilung werden gebeten, sich zu beteiligen.
- 127. Wkt. Reinickendorf, Heute, Die Genossen treffen sich 7 Uhr am Bahnhof Schöneberg zum Umgang mit Musik. Umwacht 8 Uhr vom Volkshaus, Schönebergstr. 114. - Beteiligung aller ist Pflicht.

Morgen, Mittwoch, 20. Oktober:

- 24. Wkt. 2. Gruppe, 8 Uhr bei Müller, Schweizerhölle, Großmader Straße, Flugblattverteilung.
- 26. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Reinick, Weissenburger Str. 1, Mitgliederversammlung. Vortrag: Die Vorgänge im Landtag und unsere Werbemaße. Referent: Eduard Jocher, R. d. L. - Die Bezirksführer werden dringend gebeten, einzuladen. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
- 29. Wkt. Schöneberg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Bismarck, S. II Hof III, wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag: „Reise durch Welt-Stromen“. Referent: Rainer Angenheiser. - Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. - Gäste herzlich willkommen.
- 32. Wkt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr außerordentliche Sitzung bei Zug, Sultenstr. 26 und Schreiber, Triftstr. 63. - Gäste willkommen.

Jungsozialisten, heute, Dienstag 19. Oktober:

Gruppe Schöneberg-Preussen, 8 Uhr im Jugendheim Hauptstr. 15 beim Abend „Politische Ansprache“. Die Veranstaltung fällt aus. - Wir beteiligen uns geschlossen an der Kreismitgliederversammlung der Partei in der Knaben-Mittelschule, Marktstr. 10/11.

Arbeiterverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufsleute, heute, Dienstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, Monatsversammlung in der Rummelstr. 24. Tagesordnung: 1. Einträge, Geschäftsliches. - 2. Vortrag: „Was ein Unternehmer vom Arbeiter und Arbeiterbewegung wissen muß“. Referent: Rudi Jocher. - 3. Aussprache. - 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Restpause. - 5. Verschiedenes. - Alle müssen erscheinen. - Gäste herzlich willkommen.

Ausflug für Helfer in der Kränkerfürsorge, Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Postbahnhof, 28. Vortrag: „Die Fürsorge für Alkoholtrinker“. Referent: Dr. Pittner, Leiter der Fürsorge für Alkoholtrinker im Bezirk Charlottenburg.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Groß-Berlin, Die Helfer beteiligen sich heute, Dienstag, abends, an der großen sozialistischen Rundgebung im Kulturvereinhaus, Alexanderplatz. - Gruppe Reinickendorf, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Parade, Ganghoferstraße, wichtige Helferversammlung.

Frauenveranstaltungen heute, Dienstag, 19. Oktober:

8. Kreis Spandau, In Rode's Bismarckfäden, Feldstr. 22, Unterhaltungsabend mit Ansprache der Genossin Kathilde Barm. Mitwirkende: Agnes Schulz-Lichtschid, Gesang, Walter Lichtschid, Gesang, Anita Lohm im Filial, Trause Sultin, Rezitation. Anfang pünktlich 8 Uhr, Conzertung 7 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Kinder unter 14 Jahren sind nicht mitzubringen.

Morgen, Mittwoch, 20. Oktober:

- 15. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Goldbach, Wilmersd. 7, Vortrag: „Warum muß die Frau in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sein?“ Referent: Emma Reichel. - Gäste herzlich willkommen.
- 24. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Seidler, Jablonstr. 62, Wilmersd., Aufzugbeginn: „Einführung in den Sozialismus“. Referentin: Dr. Clara Denckwits. Gäste willkommen.
- 30. Wkt. Regen für die Veranstaltung am Freitag, den 22. Oktober, in der „Neuen Welt“ sind bei der Genossin Welfenberg, Rausowstr. 8, zu haben.
- 42. Wkt. 7 1/2 Uhr in den Wilmersd. Wilmersd. 61, Lichtbildvortrag: „Die Frau in Palästina“. Referentin: Irma Jochenbach. - Gäste herzlich willkommen.
- Schöneberg, 77. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Jürgens, Barbarossastr. 36, Vortrag: „Der Wirkungsreis der Sozialistin“. Referentin: Hedwig Roeder. Bericht von der Frauenkonferenz. Gäste willkommen. - 78. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Böhm, Feuerstr. 62, Preis-Gesang. Vortrag: „Arbeiterkultur“. Referentin: Genossin Albrecht. - 79. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Groß, Gedantr. 17, Vortrag: „Der Kampf um die politische Macht“. Referentin: Hanna Sobhanian, Einberufung. - Gäste können eingeführt werden.
- 128/129. Wkt. Vansow, 8 Uhr bei Beck, Berliner Straße, Ecke Lindenbrunnstraße, Vortrag: „Sozialistische Kindererziehung in der Familie“. Referentin: Clara Bohm-Schuch R. d. L. - Gäste herzlich willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:

Schuhbrunn: Schule Golenburger Str. 2, Vortrag: „Schule, Elternhaus und Welt“. - Wedding-Wkt: Jugendheim See, Ecke Turiner Straße, „Alt-Berliner Humor“. - Ballen: Schule Wilmersd. 306, Vortrag: „Stellungnahme der Arbeiterjugend zur Republik“. - Köpenick II: Jugendheim Dönniger Straße 62, Vortrag: „Lebensreform“. - Schöneberg Wkt: Schule Dreifelder Straße 22, Vortrag: „Geschichte und Aufgaben der SAJ“. - Genesee-Bezirk: Schule Obermayer Str. 10, Vortrag: „Was will die SAJ?“. - Friedrichshain: Jugendheim Dichtelmeierstraße, Wichtige Funktionärsitzung. - Halensee: Bodenhalt Bismarckstr. 64, Einführungabend. - Schöneberg I: Jugendheim Hauptstr. 15, Tagespolitische Aussprache. - Reinickendorf: Alle Schule, Poststr. 1, Werbeabend. - Wilmersd. III: Schule Bismarckstr. 19, Vortrag: „Der englische Arbeiterkampf“. - Wilmersd. VI: Jugendheim Schule Bergedorfplatz, Köpenick. - Bernau: Jugendheim Roonstraße, Einführungabend. - Reinickendorf-Wkt: Jugendhaus in der Seidelstraße, Vortrag: „Kaderner Kampf und Volkskampf“. - Niederschönhausen: Schule Bismarckstr. 62, Einführungabend. - Bezirksglied Schöneberg: Sprechchor. Sämtliche Genossen müssen erscheinen.

Bezirksglied Kreuzberg: Morgen, Mittwoch, einmündiger Leistungsabend zum Gedächtnis Jugendheim Reichsrufer Str. 64.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bezirk der Arbeiter für Feuerbekämpfung, Hermann-Waldmannstr.: Lichtbildvortrag in Bernau, Restaurant Bellvue, Dienstag, 19. Oktober, 8 Uhr.

Verband der in der Wahlrechtsfrage ehrenamtlich tätigen Personen, Charlottenburg, Röhle Wilmersd. 21. Oktober, Sitzungszimmer 5, Rathaus Charlottenburg, 8 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Heute finden folgende Spielabende statt: Mandolinistenklub „Allegro“ 8 Uhr Restaurant Doroth, Piesdorf, Wilmersd. Str. 41, Kreis Mandolinistenvereinigung „Altershof“, Jugendabteilung im Jugendheim Roonstraße (Parade), Mandolinisten- und Gitarrenspieler, welche sich einem Arbeitermandolinistenverein anschließen wollen, sind hier willkommen. Besonders sind die Arbeiterinnen noch eingeladen, ihre Kinder und Schulfreunde zu unseren Jugendabteilungen zu führen. - Reichsverband der Kriegesbeschädigten, Kriegesbeschädigten und Kriegesinvaliden, Ortsgruppe Radebeul, 14. Mittwoch, 20. Oktober, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in den Radebeul-Häusern, Radebeul 20. - Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin, Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, in der Schule Pfandstr. 9 Vortrag über: „Bekämpfung von Lebensreform“. Freitag, 22. Oktober, Poststr. 61, „Dichter des Sozialismus“, Kreis Aussprache, Gäste herzlich willkommen. - Der Reichsverband des Betriebsärztlichen Dienstes (BdA) e. V. Mittwoch, 20. Oktober, 8 Uhr, in Behmanns Festhölle, Marktstr. Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31, öffentliche Versammlung, Thema: „Der Kampf gegen die Riederichsbeschädigung - Gegenmaßnahmen der Riederichsbeschädigung“.

Sport.

Fünf-Tage-Marsch im Lunapark.

Im Lunapark fand ein Fünf-Tage-Marsch statt, für den als Veranstalter der „Professionalsverband deutscher Reichshausierer“ verantwortlich zeichnete. Neun Langstreckengeher und Dauerläufer gingen am Dienstag voriger Woche vom Start. Die offizielle Marschzeit betrug täglich siebzehn Stunden, sie dauerte von morgens 7 Uhr bis nachts 12 Uhr. Am 6. 7 und 8 Uhr abends erfolgten Wertungen nach Sechstage-Marsch. Als Favorit galt der Weltrekordmann im Tausend-Stunden-Gehen Bialoblad, dem es auch gelang, sich an die Spitze zu setzen und diese mit einem guten Vorsprung bis zum Ende zu halten. Der Dauermarsch wurde am Sonntag nachmittag beendet und brachte einen überlegenen Sieg Bialoblads, der in den fünf Tagen 524,518 Kilometer zurücklegte. Den zweiten Platz belegte Matul mit 455,048 Kilometer. Dritter wurde Roberts mit 436,9, dem Klein mit 424,126, Plagki mit 410,468, Rohne-Amerika mit 357,206, Overt mit 336,570 und schließlich Kröger-Hamburg mit 326,9 Kilometer folgten.

Geschäftliches.

Der neue Kodak-Schmalfilm. Die Kodak-Gesellschaft hat unter dem Namen „Ciné-Kodak“ einen neuen Apparat konstruiert und will den Heimkino-Gedanken wieder in Erinnerung bringen. Der Vorteil des Ciné-Kodak-Schmalfilms (16 Millimeter Breite gegen 35 Millimeter Normalfilm) besteht darin, daß die hierzu erforderlichen Aufnahme- und Projektionsapparate bedeutend kleiner und handlicher hergestellt werden können, was sich besonders bei Reise-Apparaten angenehm bemerkbar macht. Das bei hundertfacher Vergrößerung erzielte Bild hat ein Format von 75 x 100 Zentimeter und entspricht in seiner Größe den Ausmaßen eines Wohnraumes. Außerdem hat die Gesellschaft den Film nicht aus Nitrocellulose, sondern aus einem schwer entflammbaren, feine Stichtimmen entwickelnden Material hergestellt, da die Feuergefahr in Wohnräumen natürlich eine noch weit größere ist. Um dem Heim-Kinobesitzer die Arbeit des Filmdrehens zu erparen, hat die Kodak-Gesellschaft einen Film-Verleih mit reichem Auswahl verschiedenartiger Filme eingerichtet. Im Atelier des Photographen Binder, Rurflirstendamm, wurde zuerst ein Amateur-Film, der recht gut gelungen war, dann, aus der Serie der Reih-Filme, ein alter, aber trotzdem sehr amüsanter Chaplin-Film vorgeführt. Nachdem dies häusliche Vergnügen aber immerhin einige hundert Markter kostet, so können die öffentlichen Kinobesitzer vor der „Heimarbeiter-Konkurrenz“ gänzlich unbesorgt sein.

„In der Veredelung zeigt sich der Meister.“ Dieses Wort gilt auch in der Küche bei der Verwendung von Roggis Würze. Denn große kann, wenn sie in kleinen Mengen - also tropfenweise - den Speisen beim Anrichten angefügt wird, entwidelt Roggis Würze ihre volle Wirkung. Dagegen beeinträchtigt naturgemäß ein „Außel“ den Geschmack. Roggis Würze ist eben sehr ausgegibt und deshalb sparsam zu verwenden.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Trocken und zeitweise heiter. Temperaturen wenig verändert, aber sehr kühle Nächte. - Für Deutschland: Allgemein weitere Besserung des Wetters, namentlich im Westen, aber sinkende Temperaturen, vielfach leichte Nachtfröste

Haben Sie eine eigene Meinung?

Dann können wir darauf verzichten Ihnen aufzuzählen, was Sie in jeder zweiten und dritten Zigarettenanzeige bis zum Überdruß lesen müssen. Was wir nur sagen möchten, ist, daß jetzt einer der ersten Tabakfachleute von europäischem Ruf die Mischung und den ganzen Herstellungs-Prozeß der Massary-Zigaretten überwacht. Wer den Wohlduff, den unvergleichlich milden und süßen Geschmack, - wer den anregenden und beruhigenden Einfluß einer liebevoll gefertigten Wertzigarette unmittelbar erleben will, greife zu einer der vier Massary-Marken. Besseres kann in den angeführten Preislagen unmöglich geboten werden!

Urteilen Sie selbst!



- Fritzi Massary 3
- Massary Perle 4
- Massary Delft 5
- Massary Ritter 6

SOZIALISTISCHE KULTUR

Kulturmission des Sozialismus.

Von A. Stein.

Wer die sozialistische Bewegung nur unter dem Gesichtspunkt enger wirtschaftlicher und politischer Interessen betrachtet, verkennt den eigentlichen Charakter dieser größten Volksbewegung aller Zeiten. In Wirklichkeit verfolgt die sozialistische Arbeiterbewegung in allen Ländern das Ziel, nicht nur die politische und wirtschaftliche Unfreiheit aufzuheben, sondern auch den Aufstieg der Massen zur Kultur zu ermöglichen. Nur durch Verbindung des politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse mit dem Kampf um geistige, kulturelle Güter wird jene höhere Einheit der Bewegung hergestellt, die den Sozialismus zum Schöpfer einer neuen Kultur macht.

Von gegnerischer Seite wird oft mit geringschätziger Miene darauf hingewiesen, daß der Sozialismus nichts weiter sei als eine „Messer- und Gabelfrage“, und daß die sozialistische Bewegung sich deshalb durch nichts von irgendeiner anderen Klassen- oder Standesbewegung unterscheidet. Nichts falscher als das. Die sozialistische Arbeiterbewegung betont allerdings in nachdrücklichster Weise die Notwendigkeit des Kampfes um wirtschaftliche und politische Forderungen; sie setzt sich mit aller Macht dafür ein, daß die Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft gebessert und die wirtschaftliche Lage des werktätigen Volkes gehoben werde. Doch alle diese Forderungen und Kämpfe sind nur Mittel zum Zweck: sie sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß eine politisch und wirtschaftlich erstarkte Arbeiterbewegung die Ideale des Sozialismus verwirklicht und den noch immer in den Niederungen des Lebens vegetierenden Arbeitermassen den Weg zu einer höheren Menschheitskultur erschließt.

Diese kulturelle Mission der sozialistischen Bewegung ist kein Phantasiegebilde, kein Wechsel auf die Zukunft. Die ganze Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist vielmehr der schlagendste Beweis dafür, daß nur der organisierte Kampf der Arbeiterklasse den Vereindungsstendenzen des Kapitalismus Einhalt geboten und eine Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft herbeigeführt hat.

Für die bürgerliche Geschichtswissenschaft existiert diese Tatsache nicht. Für sie sind es meist die weisen Maßnahmen der gekrönten und ungekrönten Herrscher, der Gesetzgeber, Beamten usw., die die Hebung der materiellen und kulturellen Lage der Volksmassen bewirkt haben. Die marxistische Geschichtsschreibung reißt den Schleier von dieser verlogenen Darstellung. Sie deckt den Mechanismus der modernen Klassenkämpfe auf und zeigt, wie der organisierte Kampf des Proletariats auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, verbunden mit einer intensiven Selbsttätigkeit der vorgeschrittenen proletarischen Elemente, den besitzenden Klassen eine Position nach der anderen entrisst und die Arbeiterklasse in den Stand setzt, für den ihr gebührenden Einfluß auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu kämpfen. Wenn die Arbeiterklasse jetzt nicht nur um die politische und wirtschaftliche Macht kämpft, sondern sich auch ansieht, das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen zu durchbrechen und eine starke proletarische Kulturbewegung ins Leben zu rufen, so ist das ein weiterer Beweis dafür, wie eng die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats verbunden sind mit der großen, auf die Befreiung des ganzen Menschen gerichteten Mission des Sozialismus.

Es ist geschichtlich verständlich, daß im Verlauf der jahrzehntelangen Kämpfe der Arbeiterklasse die kulturellen Aufgaben oft in den Hintergrund traten. Erst mußte die Arbeiterklasse noch um ihre elementaren sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen kämpfen, erst mußte sie im Verlauf dieser Kämpfe die Grundlagen für ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen legen, ehe sie die ganze Macht ihres geschlossenen Willens daranlegen konnte, eine der politischen und wirtschaftlichen Bewegung gleichwertige Kulturbewegung zu entfesseln. Jetzt ist dieser Zeitpunkt gekommen. Jetzt begnügt sich die Arbeiterschaft nicht, bloß ihre kulturpolitischen Ziele anzumelden und den reaktionären Bestrebungen der bürgerlichen Parteien entgegenzutreten. Darüber hinaus sucht sie vielmehr ihren wachsenden Einfluß in Staat und Gemeinde auszunutzen, um öffentliche Mittel in steigendem Maße für allgemeine Kulturzwecke in Anspruch zu nehmen, gleichzeitig aber auch jene Selbsttätigkeit in ihren eigenen Reihen zu fördern, die allein die Gewähr dafür bietet, daß neben dem politischen und wirtschaftlichen Machtkampfe des Proletariats auch ein selbständiges sozialistisches Kulturstreben sich entfaltet.

Anfänge dafür sind schon vielfach vorhanden. In vielen Schichten der proletarischen Bevölkerung, dem oberflächlichen Beobachter oft nicht sichtbar, zeigt sich ein lebhaftes Streben, trotz der Ungunst der allgemeinen Verhältnisse sich die Schätze der allgemeinen Kultur zu eigen zu machen und sie in den Dienst der aufsteigenden Arbeiterbewegung zu stellen. In zunehmendem Maße dringt der Gedanke in die Massen, daß neben dem politischen und wirtschaftlichen Kampf, der die materiellen Grundlagen für die gesamte Arbeiterbewegung schafft, eine intensive kulturelle Bewegung gepflegt werden muß. Zwei Ziele hat diese Bewegung: Sie muß einerseits die „verdammte kulturelle Bedürfnislosigkeit“ beseitigen, die große Kreise des Proletariats noch heute dazu verurteilt, sich mit den Brocken

vom Tische der bürgerlichen Kultur zu begnügen. Und sie muß andererseits jenen Schichten des Proletariats, die nicht bloß vom Sozialismus sprechen, sondern ihn in seinen Anfängen schaffen, ihn erleben wollen, die Möglichkeit geben, ihr sozialistisches Kulturstreben in die Wirklichkeit umzusetzen.

Für diese Tätigkeit bietet die sozialistische Arbeiterbewegung schon heute zahlreiche Entwicklungsmöglichkeiten. Kinderfreunde, Sozialistische Arbeiterjugend und Jungsozialisten arbeiten an der Formung einer neuen Generation, die vom sozialistischen Gemeinheitswillen, von starkem Tätig-

des Abends beschneidet, die ihm wenige Ferientage verweigert, während der gleichaltrige Sohn des gut situierten Bürgers die reichlich bemessene Freizeit der Schuljahre ungeschmälert behält. Die Arbeiterjugend flieht dem Elend der Wohnungsnot, sie flieht vor der Leere des proletarischen Familienlebens. Die Arbeiterjugend ist auf der Suche nach der neuen Gemeinschaft, die dem einzelnen die Wege öffnet zur freien Entfaltung seiner Kräfte und Fähigkeiten, die ein frohes Schaffen aller für alle, ein freudiges Gestalten der Freizeit ermöglicht.

Nur der Sozialismus kann diese neue Gesellschaft, diese Gemeinschaft der arbeitenden Menschen schaffen. Sein Ziel ist die Befreiung der Arbeitenden aus der Fron der Erwerbsarbeit, die Errichtung einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, die nicht zuletzt der arbeitenden Jugend Licht, Luft und Sonne in ausreichendem Maße gewährt. Für den Sozialismus kämpft allein die Sozialdemokratie. Ihr politisches Wirken ist ein unablässiges Mühen um einen Fortschritt in der Richtung auf die sozialistischen Ziele. Die Partei steht jahraus jahrein im Kampf um die Besserstellung der arbeitenden Menschen, und sie allein hat in den hinter uns liegenden Jahren der Umwälzung die Interessen der arbeitenden Jugend mit Nachdruck vertreten.

Der Sozialdemokratie verdankt die Jugend das Wahlrecht. Die Sozialdemokratie war die unermüdete Fürsprecherin der arbeitenden Jugend in bezug auf ihre sozialpolitischen Forderungen. Die Sozialdemokratie hat seit Jahren die Reform der Berufsausbildung gefordert. Sie hat die Jugendschutzforderungen der sozialistischen Jugendbewegung vertreten, und sie ist heute noch der stärkste Stützpunkt der arbeitenden Jugend im parlamentarischen Kampf um die Gewährung einer ausreichenden Freizeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und Sicherstellung eines ausreichenden Urlaubs. Die Sozialdemokratie hat die Not der erwerbslosen Jugend zu lindern gesucht. Sie hat über diese sozialpolitischen Aufgaben hinaus stets die kulturellen Bestrebungen der Jugend unterstützt.

Der Aufstieg junger, begabter Arbeiter wurde in erster Linie gefördert durch die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten und den Verwaltungsstellen. Die Bildungsarbeit an der Jugend, die Reisesübungen, das Jugendherbergewerk, das Jugendwandern, alle diese Aufgaben, die aus dem Willen der Jugend nach sinnvoller Lebensgestaltung erwachsen, haben bei der Sozialdemokratie stets entschiedene Unterstützung gefunden.

Die Liste ihrer Arbeiten ließe sich weiter verlängern. Aber schon die angeführten Beispiele zeigen, daß die Jugend zur Sozialdemokratie sehen muß, sowohl wegen ihrer Zielsetzung als auch wegen ihrer praktischen politischen Arbeit. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Jugend! Und jeder, der leidet unter dem Druck wirtschaftlicher Not, der hinausstrebt in eine freiere Welt freudigen Schaffens, muß ihre Reihen stärken. Diese Stärkung der Partei ist der größte Dienst, den die Jugend sich selbst und der Arbeiterklasse erweisen kann. Sie allein schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beeinflussung des Staates und der Wirtschaft im Sinne der sozialistischen Ziele.

Der Ruf: Hinein in die Partei! wendet sich aber nicht nur an die breite Masse der Jugend, die heute überhaupt noch keine festen Beziehungen zur sozialistischen Bewegung hat, er gilt auch der Jugend der sozialistischen Jugendbewegung. Diese Jugend ist der Vortrupp der jungen Arbeiterschaft. Sie hat von sich aus den Weg gefunden, der aus der Wirnis des heutigen Arbeiterlebens an die Front des um diese Erlösung kämpfenden Arbeitervolkes führt. Die sozialistische Jugendbewegung ist ein bedeutsamer Faktor in der gesamten Bewegung der Arbeiterschaft, denn sie bringt die Jugend zum Sozialismus, noch ehe die politische Bewegung sie erfolgreich beeinflussen kann. Die sozialistische Jugendbewegung der Nachkriegszeit hat darüber hinaus das besondere Verdienst, neue Wege zur sozialistischen Lebensgestaltung, zu einer sozialistischen Kultur gewiesen zu haben. Das Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugendbewegung hat wichtige Teile der arbeitenden Jugend fester und inniger mit dem Sozialismus verbunden, als es die Arbeit einer politischen Partei in dieser bewegten Zeit hätte tun können. In der Kulturarbeit der Jugendbewegung haben sich neue Formen der Festgestaltung, des Zusammenlebens der Menschen herausgebildet, die wegweisend gewesen sind für die kulturellen Bestrebungen der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung.

Hinein in die Partei! muß darum die Losung für alle Jugendlichen sein, die von der Jugendbewegung aus zur praktischen Mitarbeit im öffentlichen Leben drängen, die es ernst meinen mit der Durchsetzung ihrer sozialistischen Ideale. Für die sozialistische Jugend ist der Ruf der Partei an die Jugend eine ernste Verpflichtung, von der uns kein Vorwand und keine Ausrede befreit. Wo das Parteileben den Ansprüchen der Jugend nicht genügt, gilt es nicht, zu kritisieren, sondern hineinzugehen und zu bessern. Es ist leicht, mit großen Reden zu glänzen, aber schwerer und wichtiger ist es, mit Treue und Hingabe dauernd dem großen Werk zu dienen und in jeder Einzelhandlung sich bestimmen zu lassen von dem Geist sozialistischer Gesinnung, der die sozialistische Jugendbewegung auszeichnet.

Gerade an die Jugend dieses neuen Geistes wendet sich der Ruf der Partei. Folgt sie ihm, dann wird die Partei in ihrer äußeren Stärke wachsen, dann wird sie auch innerlich bereichert und gefestigt die Sache des Sozialismus vertreten können. Die Partei wirbt! Die Jugend hört! Sie tritt ein in die Reihen der Sozialdemokratie, um im politischen Kampf mitzugreifen um die Verwirklichung ihres sozialistischen Ideals.

Es gibt keine breite Heerstraße zur Willkür, und nur jene dürfen erwarten, ihre lichtvollen Gipfel erreichen zu können, die nicht vor der Mühe zurückscheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.

Karl Marx.

Der Höhe zu!

Partei, von Wenigen erdacht,
Aus aller Herzen Not gegründet,
Wie hältst Du tren auf Völkerveracht
Die Fackel deines Rechts entzündet!
Aus Menschheit strömte, was dich schuf
Und was Geschick der Welt entscheidet.
Wo immer Volk in Demut leidet,
Sei erster heiligster Menschheitsruf!

Es kann kein Mut mit schwacher Kraft
Den Kampf um freie Welt gewinnen,
Doch vieler Bündnis löst aus Haft
Und hilft, der engen Not entrinnen.
Wenn viele Hände zornigballt
Dem stum Geißel sich gesellen,
So wird es Strom aus vielen Wellen
Und schwillt zu brausender Gewalt.

Es ist ein ewiges Bewegen,
Was um die Freiheit Hände rühret;
Dem Volk der eignen Ernte Segen,
Und Licht dem Volk, das Feuert schüret!
Wir stehen hoch, wir zwangen Zeiten,
Doch wollen wir noch höher streben,
Wir lassen um der Erds Welten
Den Ruf nach freier Menschheit gehn.
Staus Kochenstüber.

keitsdrang erfüllt ist. Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen suchen die Ideen des Sozialismus in die Schule zu tragen und den Geist des Mutertums, der Unfreiheit, der Dogmengebundenheit von der Jugend fernzuhalten. Arbeitersportler, Arbeiterfänger und Volksbühnen sind bestrebt, ein körperlich gesundes, lebensfrohes Geschlecht zu erziehen und den Sinn für Kunst in die breitesten Kreise der arbeitenden Bevölkerung hineinzutragen. Sozialistische Bildungsausschüsse und gemeinschaftliche Bildungseinrichtungen suchen das geistige Niveau der Arbeiterschaft zu heben und sie mit den nötigen Waffen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf auszurüsten. Neben diesen wichtigsten Organisationen und Gruppen zahlreiche andere, die den mannigfaltigen geistigen, kulturellen und künstlerischen Bestrebungen des Proletariats Rechnung tragen. Ein buntes Bild von Bestrebungen, das heute vielleicht noch etwas chaotisch anmutet, das aber in seiner Gesamtheit von dem starken lebendigen Willen des arbeitenden Volkes Zeugnis ablegt, die engen Mauern, die bisher seinen kulturellen Aufstieg hemmten, zu sprengen und in freier Selbsttätigkeit sich zu Zugang zu den Schätzen der Menschheitskultur zu erobern. Die moderne Arbeiterbewegung ist jetzt am Werke, die eigentliche Kulturmission des Sozialismus zu vollenden, indem sie die Grundlagen für eine proletarische Kultur schafft, die gleichzeitig eine neue Menschheitskultur sein wird.

Partei und Jugend.

Von Erich Ollenhauer.

Der Werberuf der Sozialdemokratischen Partei richtet sich besonders an die Jugend. Die Partei braucht die Jugend, denn die Erreichung ihrer Ziele hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Umfang es ihr gelingt, die junge Generation, die Arbeiterschaft von morgen unter der Fahne des Sozialismus zu sammeln.

Doch die Partei richtet ihren Appell an die Jugend nicht nur in der Erkenntnis der Bedeutung eines starken Nachwuchses für die Zukunft der sozialistischen Bewegung, sondern sie kann zur Jugend vor allem auch aus der Ueberzeugung sprechen, daß die Ziele des Sozialismus gleichlaufen mit den Idealen der breiten Masse der jungen Arbeiterschaft. Die Arbeiterjugend strebt nach Befreiung aus der harten Fron der Erwerbsarbeit. Die Arbeiterjugend strebt heraus aus der Sinnlosigkeit eines Daseins, das junge Menschen neun und zehn Stunden in den Alltag der Arbeit spannt, während hunderttausend Hände paare arbeitsbereiter Männer und Familienmitglieder feiern müssen.

Die Arbeiterjugend wehrt sich gegen die bittere Ungerechtigkeit einer Gesellschaftsordnung, die den vierzehnjährigen Arbeiterjungen in die Maschinenfalle treibt, die ihn die targe Freizeit

Kampf um die Schule.

Von Dr. Richard Bohmann.

Seit den Tagen von Weimar ist die Schule das Objekt politischen Kampfes, politischer Kompromisse geworden. Und das ist das Seltsame: Solange die Schule unbeanstandet als „unpolitisches“ Instrument des Klassenstaates die Jugend zu Nationalismus und Militarismus erzog, so lange gab man sich gar nicht einmal die Mühe, den politischen Zweck der Schule und der Erziehung irgendwie zu drapieren, felerie man Kaiserfeste und Sedan, zwang man Dissidentenkinder in den Religionsunterricht, war die Politik der selbstverständliche Formgeber schulischer Erziehung.

Aber in dem Augenblick, wo der politische Charakter der Schule nach außen hin deutlich in die Erscheinung trat, setzten die Bestrebungen der „Entpolitisierung“ der Schule ein: dem Verbot politischer Betätigung der Jugend, das in erster Linie der sozialistischen Arbeiterjugend galt, folgte die „unpolitische“ Organisation der Elternschaft, die sich als reaktionärer Hemmschuh freier Entwicklung bei allen Elternbeiratswahlen nun schon Jahr um Jahr betätigt. Und was unter dem Schlagwort der Entpolitisierung der Schule an sachlicher und personeller Politik getrieben werden kann, zeigt uns Bayern, zeigt uns die Umstellung der Schulorganisation unter der Regierung des Ordnungsblocks in Thüringen.

Die Sozialdemokratie hat von jeher diese Taktik der Verschleierung bekämpft, hat ihre Ehre darin gesetzt, zu sagen, was ist. Sie hat darum nie ein Hehl daraus gemacht, daß der Kampf um die Schule ein Stück, ein unlösbares Stück des gesamten politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampfes ist und daß es darum zunächst gilt, den politischen Einfluß der reaktionären Gewalten auf die Schule mit politischen Mitteln zu brechen. Sie hat es lange genug mit ansehen müssen, wie unter der Maste pädagogischer oder religiöser „Ersordernisse“ die Jugend, die Kinder des Volkes, die Söhne und Töchter ihrer eigenen Anhänger zu Demut und Knechtsinn, zu Bedürfnislosigkeit und Anerkennung einer ungerechten Wirtschaftsordnung erzogen wurden, wie Monarchie und Kapitalismus, Kriegesord und Armut gleichermaßen als göttliche Institutionen gepriesen und verherrlicht wurden. Sie weiß es, daß — umgekehrt — Erziehung zu Selbstlosigkeit und Gemeinschaftsbewußtsein, zu gegenseitiger Hilfe und Liebe so lange ihren Zweck verfehlt, wie die grausame Wirtschaftsordnung den Menschen zum rücksichtslosen Kampf ums Dasein, zu Selbstsucht und Profitstreben zwingt.

Ja wohl — der Kampf um die Schule ist von dem gesamten politischen Kampf, von dem Kampf um wirtschaftliche Gleichberechtigung nicht zu trennen. Wer so tut, als ob es möglich wäre, der verschleiert die Front, um eine unhaltbar gewordene Position noch bis zu einer ewigen Wendung der politischen Machtverhältnisse zu halten.

Aber es geht um mehr, es geht um unendlich viel mehr als um eine politische Eroberung der Schule. Nirgends sonst fließen die Strömungen, die aus dem Welt einer versunkener oder eben leht versinkenden Kultur in unsere Zeit herüberstürzen, so unübersichtlich und verwirrend mit den Querschnitten der werdenden Kultur durcheinander, wie gerade auf dem Gebiete der Schule.

Der Schulpolitiker, der in klarer Erkenntnis geschichtlicher Notwendigkeiten die Jugend hinaufführen möchte zu Selbstverantwortlichkeit, zu Selbstständigkeit, zu Eigenleben und zu einem Leben in Gemeinschaft, zu Freiheit und Einordnung, steht Feinde ringsum. Wo er Weggenossen zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt gewonnen zu haben glaubt, erblickt er plötzlich rückständigste Gegner auf weltanschaulichem Gebiet — und wo ihn die Freiheit der Weltanschauung mit gemeinsamen Kämpfen zu verbinden scheint, da trennt ihn die soziale Einstellung, die politische Engstirnigkeit.

Vollständig gesprochen: nirgends ist die Koalition von Parteien, die ein kleines Stück politischen Wertes gemeinsam zu wahren gedachten, so schweren Belastungsproben ausgesetzt gewesen, als auf dem Gebiete der Schule. Das gilt nicht nur für Bindungen, wie sie eben die Weimarer Koalition ergab, das gilt auch von dem auf schulpolitischem Gebiet besonders häufig unternommenen Versuch eines Zusammengehens mit den Kommunisten.

Ansätze zum Neuen, ernsthafte Versuche des Neuen gab es und gibt es in den letzten Jahren genug. Was seit der Novemberrevolution an weltlichen Schulen, an Versuchsschulen, an Lebensgemeinschaftsschulen, an Aufbauschulen der verschiedensten Art, an Übergangsmöglichkeiten von der Berufsarbeit zur Hochschule, an Bildungs- und Schulungsstellen geleistet worden ist, wird weit in das Jahrhundert einer grundlegenden Schulreform, an dessen Schwelle wir stehen, hineinleuchten. Die sachliche wie die personelle Politik von Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen und Körperschaften, die den Gedanken einer neuen, auf dem Recht der Jugend, dem Recht der Schaffenden, dem Recht auf das Leben gegründeten Schule mit Bewußtsein in die Tat umzusetzen versuchten, wird nicht in Aeonen untergehen.

Aber — das ist das Drückende — das alles sind doch nur Anfänge, Versuche. Das Gesamtbild der Schulpolitik, das Gesamtbild des deutschen Schulwesens ist für den vorwärtstreibenden Neugebauer unserer Jugendziehung alles andere eher als erfreulich. Die Mächte des Alten, wohl eine Weile in die Verteidigung gedrängt, sind überall wieder zum Angriff vorgegangen. Kein Entwurf zum Reichschulgesetz, keine Neuordnung der Lehrerbildung hat bisher daran einen Deut geändert.

Aber — und das ist das Verheißungsvolle — die Anfänge und Versuche sind da. Und um aus ihnen eine umfassende Schulreform zu gestalten, fehlt nur eines, eine „Kleinigkeit“, die doch das Entscheidende ist: die politische Macht!

Die Sozialdemokratie freut sich des ungestümen Vorwärtstreibens ihrer Anhänger gerade auf dem Gebiete der Kulturpolitik, die doch ihrer ganzen Arbeit schließlich den letzten Sinn gibt. Sie freut sich, daß die Sorge um die Jugend fühlen, Denken und Wollen der Massen so aufwühlt, daß der langsame Fortschritt der Reform unseres Schulwesens allenthalben als unerträglich, als unmöglich empfunden wird. Und sie ruft gerade darum in dieser Zeit des Werdens für die Partei ihre Freunde und Freundinnen, ihre Gesinnungsgenossen und Gesinnungsgenossinnen auf, den Kampf um die Schule eines neuen Geistes und einer neuen Form auf der ganzen Front aufzunehmen.

Werb und kämpft dafür, daß alle, die den Kampf um das Schicksal der Jugend mit uns gemeinsam führen, auch organisatorisch sich in unsere Reihen eingliedern! Werb und kämpft dafür, daß die Partei die politische Macht gewinnt, selbständig über das Schicksal der Jugend, der Erziehung, der Schule zu entscheiden!

Nicht Außenleiter schaffen es, sondern Mitstreiter — nicht die Verzogenheit schafft es, sondern der Wille zur Macht!

Volkstheatern und Arbeiterschaft.

Von Dr. S. Restriepke.

In einer Zeit, da Millionen unter der wirtschaftlichen Krise leiden, in einer Zeit, in der Sport, Film und Radio so viele Ablenkungen bringen, ist es keine leichte Aufgabe, in der arbeitenden Bevölkerung Interesse für Theateraufführungen zu wecken, die nicht nur leichte Unterhaltung und Zerstreuung bringen, sondern innerlich aufwühlend und in alle Tiefen des Lebens hineinführen wollen. Und besonders schwer wird es natürlich, größere Massen zu finden, wenn diese sich gar fest verpflichtet fühlen, so und so viele Vorstellungen in regelmäßigen Zwischenräumen zu besuchen und dafür einen bestimmten festen Beitrag zu entrichten.

Die Volkstheatern aber müssen, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden wollen, in den Mittelpunkt ihrer Veranstaltungen jene Werte

Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Untergrund ab, aber den Sieg verleiht erst die Entschlossenheit und tatkraftige Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie stellen müssen. ... Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr zu beharren zu können.

Prof. Hans Delbrück
über den Kampf gegen die „Vex Heinz“.

Das Maß von Bildung, das sich viele von den deutschen Arbeitern trotz mangelhaftester Schulunterrichts und fast nie abbrechender Nahrungssorgen noch spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet der Eintritt in die Gedankenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt. Sie werden mit einem Male aus ihrer trostlosen geistigen Isolation in ihrem dämpften vegetarischen Dasein emporgeworfen und zum Nachdenken über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gezwungen. Sie erkennen sich selbst als ein Glied an einer großen Kette, ihr Schicksal als die Wirkung von Ursachen, die fast das ganze menschliche Geistesleben beherrschen.

Prof. W. Bacher (Leipzig)
in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“.

stellen, in denen ein großer Künstler die tiefsten Probleme der menschlichen Seele und alle großen Erschütterungen des gesellschaftlichen Seins gestaltet. Und sie müssen von ihren Freunden eine bestimmte Verpflichtung zum Vorstellungsbesuch verlangen, weil nur dann jene Planwirtschaft, jene Regelung des Theaterbesuchs möglich wird, die einerseits eine wesentliche Verbilligung der Teilnahme an den Vorstellungen zuläßt und andererseits diese trotz Verzicht auf sogenannte „Reisler“ finanziell sichert.

Die Volkstheatern wenden sich nicht nur an die Arbeiterschaft; sie wenden sich an alle Kreise des Volkes, die ein unabhängiges, jedemman zu gleichen Bedingungen zugängliches, ohne geschäftliche Absichten arbeitendes Volkstheater wollen und in diesem Theater einen nicht parteipolitisch eingeengten, aller großen Kunst dienenden, aber zugleich damit auch im Sinne einer neuen freigeistlichen Gemeinschaftskultur wirkenden Spielplan verwirklichen sehen möchten.

Indes ist es wohl keine Frage, daß gerade die Arbeiterschaft allen Anlaß hat, die Volkstheaternbewegung zu unterstützen. Denn gerade die Arbeiterschaft wird ja durch das heute herrschende System der Geschäftstheater benachteiligt, zum Teil geradezu vom Besuch der Vorstellungen ausgeschlossen; gerade die Arbeiterschaft wird in ihren kulturellen Forderungen getroffen, wenn die nach geschäftlichen Gesichtspunkten geleiteten Theater ihren Spielplan wesentlich mit Stücken bestreiten, die in ihrer Selbstheit und ihrer konventionellen Behandlung der Dinge jedes tiefere Eindringen in die sozialen Probleme unterbinden, und wenn sie überdies solche Stücke angestrichelt meiden, in denen ein neuer revolutionärer Geist sich gegen die „bestehende Ordnung“ auflehnt. Gerade die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, teilhaftig zu werden all des Großen und Weisen und Seelenkühnen, das in jedem starken und lebendigen Kunstwerk vorhanden ist — selbst wenn sein Dichter in einer Weltanschauung wurzelt, die nicht mit der des modernen Proletariats identisch ist.

Es kommt hinzu, daß die deutsche Volkstheaternbewegung in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gerade aus den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft herauswuchs, und daß ihr wirtschaftliches Ziel, die Ueberwindung einer planlosen anarchischen Theaterwirtschaft durch den Aufbau möglichst aller Theaterunternehmungen auf dem Prinzip der Bedarfsdeckungswirtschaft sie in die Reihe derjenigen Bestrebungen einreihet, die einer gesunden Neuordnung unseres Wirtschaftslebens dienen.

Deshalb gehören die Volkstheaternorganisationen in den Kreis jener Bindungen, die vom Standpunkt des Sozialisten aus wertvoll und wichtig sind. Und deshalb sollten die in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Kräfte sich noch viel mehr, als es heute geschieht, um die Volkstheaterngemeinschaften kümmern, für sie werden und dafür sorgen, daß ihre künstlerische Arbeit nicht immer wieder mit dem Widerstreben jener zu rechnen hat, die auch vom Theater nichts anderes wollen als Vergnügen und Zerstreuung.

Mit Gemutigung kann es erfüllen, wenn trotz aller Schwierigkeiten, wie sie oben bereits angedeutet wurden, die deutsche Volkstheaternbewegung immer weiter erstarkt ist. Gab es bis zur Umwälzung von 1918 neben der großen Berliner Volkstheatern eigentümlich nur noch eine einzige andere Organisation, die es sich zur Aufgabe machte, systematisch an einer innigeren Verbindung zwischen den Massen und dem Theater zu arbeiten, so ist nach 1918 eine immer wachsende Zahl neuer Volkstheaternorganisationen ins Leben getreten. Der Verband der deutschen Volkstheaternvereine, der 1920 von den damals bestehenden 14 oder 15 Vereinen unter Führung Berlins gegründet wurde, zählt heute bereits 250 örtliche Volkstheatern und in ihnen sind weit über 500 000 Menschen vereint. Man bedenke, was das heißt, wenn dergestalt mehr als 500 000 Menschen jährlich je 8., 10. oder 16mal ins Theater geführt werden, und wenn dafür gefordert wird, daß in den Vorstellungen für diese Volkstheaternmitglieder ganz überwiegend künstlerisch wertvolle Stücke zur Aufführung gelangen!

Der Verband seinerseits konnte in den letzten Jahren drei eigene Wandertheatern ins Leben rufen, die nun systematisch

die Volkstheaterngemeinden in kleineren Orten ohne eigene Bühne zu billigen Bedingungen mit künstlerisch wertvollen Darbietungen versorgen. Bei einer Reihe anderer Wandertheatern (wie übrigens auch bei mehreren stehenden Theatern) ist der Verband wenigstens als Gesellschaftler wirtschaftlich beteiligt.

Neuerdings nahm der Volkstheatern-Verband noch zwei weitere Arbeitsgebiete in Angriff: Er trat, in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Stellen, auch den Gewerkschaften, weitreichende Vorbereitungen, um durch Organisation der Kinobesucher eine Grundlage zur Verdrängung schlechter Filme und zur Förderung der Produktion guter Bildstreifen zu schaffen. Außerdem leitete er durch eine Tagung in Friedrichroda, zu der er etwa 50 interessierte Jugendliche und Führer von Jugendorganisationen geladen hatte, eine planmäßige Tätigkeit zur Bekämpfung aller üblen Dilettantenstücke und zur Förderung solcher Jugend-Talente ein, die, wie etwa ein richtig gepflegtes Stegreifspiel, bei aller künstlerischer Anspruchsfähigkeit für die Pflege des Gemeinschaftsgefühls innerhalb von Gruppen gleichgerichteter Menschen, wie auch für die geistige und sprachliche Ausbildung des einzelnen wertvoll sein können. In Verfolg der auf dieser Tagung gegebenen Anregungen wurde eben jetzt eine besondere Beratungsstelle für Talente ins Leben gerufen.

Im erfreulicher Weise gelang es auch, in zunehmendem Maße Einfluß auf die theaterpolitischen Maßnahmen der Behörden zu gewinnen. Vor allen Dingen konnte in Preußen eine ganz enge Verbindung mit der für die gemeinnützige Theaterpflege zuständigen Instanz, dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, hergestellt werden: hier kam es zur Bildung der sogenannten Preussischen Landesbühne, einer gemeinnützigen G. m. b. H., die die Aufgabe hat, unter Einfluß namhafter staatlicher Mittel für eine planwirtschaftliche Regelung des gesamten Theaterwesens und eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Kunstpflege zu wirken.

Freilich: alles kommt darauf an, daß die bereits Gewonnenen immer treuere und zielbewusstere Mitarbeiter werden, und daß immer neue Massen sich anschließen. Die Arbeiterschaft ist dabei zur Führung berufen. Möge sie ihre Pflicht erfüllen!

Die Kunst dem Volke!

Von Dr. Alfred Guttman.

Auf drei Säulen ruht unsere Bewegung, von denen zwei in ihrer Bedeutung bekannt sind: der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse um Befreiung von den Ketten der Abhängigkeit wird schon lange und mit geschlossener Front geführt. Aber in diesem Ringen wurde ein Bedürfnis des Menschen allzuwenig berücksichtigt — das der Seele. Die Kämpfe nahmen vor allem den Intellekt der Massen in Anspruch; Gebühlsbedürfnisse schienen unwesentlich. Und unsere Bildungsarbeit gipfelte in dem Wahlspruch: „Wissen ist Macht“.

Jetzt aber steht auch die dritte Säule, fest untermauert, da: die Kulturarbeit. Neben der Volkstheatern, den Festen und Feiern der Arbeiterschaft, den proletarischen Feiertagen, hat seit einigen Jahrzehnten auch die Kunst der Musik Licht und Freude in proletarischer Herzen gebracht. Zuerst waren es die Männerchöre der Arbeiterfängerbundes, die in ihren Konzerten oder als Mitwirkende bei Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen den Massen künstlerischen Genuß boten. Was aber fehlte, war ein übergeordnetes, von Zielen bestimmtes System. Wahlos, zersplittert und von Zufälligkeiten diktiert, zudem vielfach mit minderwertiger Musik erfüllt, blieben diese volkstümlichen Veranstaltungen lange Zeit hinter dem zurück, was der bürgerlichen Welt in reichstem Maße zur Verfügung stand. Wer über einen gut gespielten Selbsteitel verfügte, konnte sich den Genuß aller großen Chor- und Sinfoniekonzerte, aller Opern und Oratorien, aller berühmten Virtuosen leisten. Gelegentlich — ja, aber nur gelegentlich — wurden auch einmal ein paar hundert Arbeiter gewürdigt, von den bürgerlichen Volkswohlfahrts-Institutionen Eintrittskarten zu großen Konzerten zu erhalten.

Dies wurde völlig anders, als man den Deutschen Arbeiterfängerbund zu organisieren begann, und vor allem, seit man Volkstheatern gründete. Nun begann ein systematischer Aufbau. Durch ihre Spitzenorganisation stellten die Arbeiterfänger die Führung zu den anderen Instanzen unserer Bewegung her. So konnten wir z. B. in Berlin schon vor 14 Jahren den ersten Versuch machen, alle unsere Kulturorganisationen unter Führung unseres damals gegründeten Bezirksbildungsausschusses zu einer Einheit zusammenzufassen und durch eine zuerst soie Zentralisation die einander oft widerstrebenden oder sich gegenseitig unabsichtlich Konkurrenz machenden Gruppen zu geordneter, gemeinsamer produktiver Tätigkeit zusammenschließen. Überall im Reiche schuf dazu die Volkstheaternbewegung etwas völlig Neues. Nun endlich vermittelten Sänger und Sängerrinnen aus der Arbeiterschaft selber den Millionen von Klassengenossen die Kenntnis jener großen Meisterwerke der Musik, die bis dahin nur dem zahlungsfähigen Bürgertum zugänglich waren. Von hier an können wir einen neuen Aufstieg unserer musikalischen Volkskultur datieren. Die Welt der hohen Musik wurde nun allmählich dem Seelenleben des Arbeiters erschlossen. Unerhörliche Quellen ergossen sich in das neue Bett: dem Volke wurden neue Werte gegeben. Aus der Phantasie der größten Meister im Reiche der Musik empfingen die Arbeiter höchste Erhebungen, tiefste Erschütterungen.

Aber wir streben noch weiter! Zielbewußt hatten jahrhundertlang Kirche, Staat und alle anderen Machthaber solche Musik gefördert, die ihre Ideale verherrlichte. Nun sind auch wir am Werk, um Musik zu gewinnen, die der Weltanschauung des Arbeiters gerecht wird. Zahlreiche Versuche und Anregungen des Deutschen Arbeiterfängerbundes zeugen von diesen Bestrebungen. Und trägt nicht alles, so sind wir auf dem rechten Wege, neben den früheren, aus dem Glauben an Gott und das Bewußtsein entstehenden „Kantaten“ nun sehr bald auch die ersten proletarischen Kantaten unser zu nennen, die aus dem Leben des Arbeiters, der Weltanschauung seiner Klasse ihren Stoff und ihre künstlerische Formung entnehmen. Das vom Arbeiterfängerbund angereichte Schönland-Tiefenstück „Frühlings-Mysterium“ ist die erste Frucht dieser Bestrebungen.

Die Kulturbewegung im Arbeiterfängerbund ist auf dem Wege zu neuen Zielen. Sie fühlt sich hierin solidarisch mit allen anderen kulturellen Strömungen in der Arbeiterschaft, die sich längst auf der Tagung in Blankenburg so verheißungsvoll zusammengeschlossen haben.

Von der Aufbereitung und Veredlung der Kohle.

Die Ferngaspläne des Kohlenyndikats.

Nach der Erkenntnis ihrer Nutzbarkeit wurde die Kohle wahllos der verzehrenden Glut des Feuers übergeben. Das geschieht nun längst nicht mehr. Bei der Steinkohle wurde eine Sorteneinteilung nach Gasflamme, Gas-, Fett- und Magerkohle durchgeführt. Dann schloß sich die Errichtung von Separations- und Wäscheanlagen an. Mit der Separierung wird die Größeneinteilung von den größten Stücken bis zur feinsten Staubkohle erreicht. Die Wäsche dient der Bereinigung der Kohle. Durch diese Aufbereitungen wird ihre Nutzbarkeit für alle Zwecke erhöht.

Die Braunkohle ist eine wesentlich jüngere Kohlenart. Sie enthält große Anteile flüchtiger Bestandteile und kann daher im Urzustand nicht als gleichwertig mit der Steinkohle verglichen werden. Die größten Mengen der Braunkohlenproduktion werden zu Briketts verarbeitet. In dieser Verfassung ist sie ein beliebtes und handliches Feuerungsmittel im Hausbrand. Auch Magersteinkohlenstaub wird durch Beigabe von Besch als Bindemittel zu Briketts mit hochwertigem Heizgraden verarbeitet.

Selbst auf dem Gebiete der Kohlenforschung ein Stadium des Fortschritts dem anderen angeschlossen und immer neue Verwendungsmöglichkeiten dabei erkannt wurden, muß der Satz gelten:

„Die Kohle ist nicht nur zum Verbrennen da!“

Zusatz wertvolle Stoffe, die dringend benötigt werden, gehen, wenn die Kohle als Energie- und Wärmeerzeuger nur in ihrem Urzustand verfeuert wird, nutzlos verloren.

Die erste Aufbereitung der Steinkohle für besondere Zwecke wurde mit der trockenen Destillation, mit der Verkokung, begonnen. Die Holzkohle wurde von der Steinkohle in der Form von Koks bei der Eisenverhüttung abgeleitet. Die bei der Holzenergieerzeugung gesammelten Erfahrungen wurden auf die Steinkohle zur Koksgebinde übertrugen. Die Kohle wurde kunstgerecht auf Haufen geschüttet, möglichst luftdicht mit Erde abgeschlossen und zur Entzündung gebracht, wobei dann keine verzehrende Flamme, sondern nur eine gasende Glut entstehen konnte. So wurde die Kohle von dem ihr innewohnenden Gase befreit, also verkokt. Die Gase entströmten ungenutzt. Das Koksabbringen entsprach nicht im engersten dem Kohleneinsatz. Man ging dann auch schon um 1830 herum zum

Bau von Koksöfen,

den sogenannten Bienenkorböfen über. Auch dabei entströmten die Gase noch ungenutzt.

Erst nach 1850 gelang der Bau von Öfen, die einen wertvollen Koks lieferten und das Abgasen der aus der Kohle entströmenden Gase ermöglichten. Daraus wurden dann begehrte Nebenprodukte gewonnen. Im Zellenlauf sind die Kokereianlagen zu höchster technischer Vollkommenheit entwickelt worden. Ihre Rentabilität ist unbestritten, sofern es gelingt, für ein Hauptprodukt, für Koks, ausreichende Verwendung zu finden.

Im Rahmen eines kurzen Aufzuges kann nur mit wenigen Sätzen auf die technische Seite einer Kokereianlage eingegangen werden. Eine Koksöfenbatterie besteht aus 100 schmalen, längsseitig miteinander verbundenen Ofenkammern. Durch den Boden und die Seitenwände gehen die Heizkanäle. Das bei der Kohlenverbrennung entstehende Gas wird abgesaugt und abgekühlt und dann werden ihm die wertvollen chemischen Stoffe entnommen. Falls das dann „gereinigte“ Gas nicht zu anderweitiger Verwendung gelangt, wird es zurückgeführt und zur Erhitzung der Kokereianlagen verwendet. Zur Koksverbereitung sind Temperaturen von mehr als 1000 Grad Celsius erforderlich. Die Zeit, während welcher aus der in die Ofenkammern eingeführten Kohle ein brauchbarer guter Koks wird, ist verschieden lang. Sie dürfte im Mittel 25 Stunden betragen. Sie wird sehr beeinflusst von der Größe der Öfen. Bei schmalen Ofenkammern kann die Garungszeit wesentlich kürzer sein. Sie wird auch u. a. bestimmt von der Feuerfestigkeit und Wärmeleitfähigkeit der Ofenbaumaterialien.

In der Hauptsache wird bei diesem Entgasungsverfahren Koks erzeugt. Eine Tonne gasreicher Kohle bringt 750 bis 800 Kilogramm Koks, 300 bis 350 Kubikmeter Gas und 30 bis 50 Kilogramm Teere, Öle und Chemikalien. Koks wird aber in Deutschland nicht mehr in den Mengen gebraucht wie einst. Einmal ist die Voithinger Eisenindustrie als großer Koksverbraucher aus dem deutschen Staats-

verband geschieden und an ein anderes Land übergegangen. Dieses, Frankreich, hat seine Kokszeugung zur eigenen Bedarfsdeckung sehr erhöhen können. Es führt sogar, sofern die Eigenproduktion nicht ausreichend ist, zur Verkokung geeignete Kohle ein, um sie zu Koks zu verarbeiten. Die Möglichkeit, hochwertige Nebenprodukte dabei zu gewinnen, gibt noch besondere Veranlassung dazu. Die Nebenproduktengewinnung aus der Kohle ist eine Koksabfrage geworden. Ist für dieses Hauptprodukt nicht genügender Absatz, dann ist das Verfahren unwirtschaftlich. Hier wird nach einer Lösung gesucht.

In der letzten Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats wurde beschlossen, eine

Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung

zu gründen. In der ersten Veröffentlichung, die der Beschlussfassung folgte, wurde gesagt, daß der Zweck der Gesellschaft sei, ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der Kohlenverwertung und Kohlenveredelung anzustreben. Zur Verbesserung der Absatzmöglichkeiten sollen in erster Linie feste und schwer verkäufliche Brennstoffe in andere Energiearten umgewandelt werden. Die Gründung der Gesellschaft ist inzwischen erfolgt.

Dem, was nach der Gründung bekannt geworden ist, kann entnommen werden, daß auf

erhöhten Koksverbrauch im Zusammenhang mit der Ferngasversorgung

abgezielt wird. Man beabsichtigt, die bei der Kohlenverkokung entstehenden Gase in Sammelbehältern zu erfassen und durch Fernleitungen größeren Städten und Verbrauchern zuzuführen, anstatt sie wie bisher in großem Ausmaß zur Erhitzung der Kokereien zu benutzen. Hingegen soll ein Teil des entfallenden Koks, man rechnet mit 15 Proz., zur Gewinnung von Schwachgas (Generatorkogas, Wassergas) in Verwendung genommen und dieses zur Erhitzung der Kokereien dienstbar gemacht werden. Die beiden aus den Plänen der Gesellschaft herausgegriffenen Probleme, an deren Durchführung zuerst gedacht ist, stehen und fallen miteinander.

Welche Aussichten ergeben sich nach der eventuellen Durchführung dieser Pläne? Es würden sich in den Städten, die sich der Ferngasversorgung anschließen, eigene Gaserezeugungsanstalten erübrigen und deren Kokszeugung fortfallen. Eine stärkere Koks nachfrage müßte sich als Rückwirkung bei den Bergwerken einstellen. Die städtischen Gasbehälter und Leitungen zu den Kleinverbrauchern würden weiter notwendig sein. Anstatt Kohle wie bisher, würden dann die Städte direkt verwendungsfertiges Gas beziehen.

Es ist versucht worden, das Problem in kurzen Strichen darzustellen, ohne zunächst eigene Schlüsse zu ziehen. Entscheidend wird für den Erfolg der neuen Bestrebungen sein, ob sich der Gasbezug beim Verbraucher verbilligt. Das ist sehr wohl denkbar. Wird es der Fall sein, dann wird die Ferngasversorgung marschieren auch über Bedenken hinweg, die schon verschiedentlich zu hören waren.

Heinrich Höfler.

West- und Süddeutsche Elektroindustrie.

Zu den Abschlüssen des RWG. und Lahmeyer-Konzerns.

Die westdeutsche und süddeutsche Krafterezeugung und Kraftversorgung wächst immer stärker zu einem einheitlichen Reiz zusammen. Die weiße Kohle Bayerns, Württembergs und Badens hat der schwarzen des Ruhr- und Rheingebiets über die Mainlinie bereits die Hand gereicht.

Privatkapitalistische und öffentliche Interessen sind im ganzen Gebiet von Holland bis an die Alpen, von der Saar bis an die Elbe fast unentwurzelt miteinander verflochten und teilweise scharf gegeneinander gestellt. Der private Lahmeyer-Konzern Frankfurt, der zugleich mit Staat und Provinz Hessen sowie der A. G. für Energiewirtschaft-Berlin das Bindeglied zwischen Nord und Süd ist, ist die Brücke des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks in Essen nach Süddeutschland. Dieser zu drei Viertel von Kommunalverbänden, Provinzen und Ländern beherrschte Elektrotrost treibt stärkste Expansionspolitik hand in hand mit privatkapitalistischen Konzernen: sein Auf-

sichtsratsvorsitzender Böglert ist zugleich zweiter Vorsitzender im Lahmeyer-Konzern und erster Vorsitzender in der A. G. für Energiewirtschaft-Berlin; es ist wahrscheinlich, daß das RWG. und die Rheinische A. G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation bald eng zusammengehen werden und daß auch Dr. Silberberg an führender Stelle in den Aufsichtsrat des RWG. einziehen wird. Von Lahmeyer läuft die Verbindung einmal zum RWG-Konzern, dann aber auch zur schweren Ruhrindustrie. Massenhafte Konfliktstoffe sind hinter diesen Finanz- und Personalverflechtungen verborgen. Die bekannte Bevorzugung der Industrie kraftbelleistung durch das RWG. ist dafür ein Anzeichen. Außerdem gibt die Tatsache, daß das RWG. die derzeit größte Wasserverorgungsanlage hat, gerade für die neueste Entwicklung der Kohleerwertung zu denken.

In diesem Umkreis sind die Geschäftsberichte des RWG. und des Lahmeyer-Konzerns zu würdigen. Expansion und schärfster Ausbau des Höchstspannungs- und Verteilungsnetzes sind bei dem RWG. für 1925/1926 charakteristisch. Neue 172 Kilometer 100 000-Voltleistungen wurden in Betrieb genommen und weitere 130 Kilometer sind im Bau. Die Kosten der großen 220 000-Volt-Südleitung fanden Ende Juni bis zum Main, in Kürze wird eine andere Leitung (100 000 Volt) bis Rheinau bei Mannheim in Betrieb genommen. Fortsetzung bis Heilbronn (Großkraftwerk Württemberg) und, nach der vorjährigen Wschaffenburg-Verbindung mit dem Alpen-Bayernwerk, der Zusammenschluß über Großkraftwerk Württemberg und über Badenwert mit den pariserbergischen, oberrheinischen und Schweizer Wasserkraften ist geplant. Es wird dadurch eine verzweigte und außerordentlich leistungsfähige Verbindung des dichtesten Konsumgebietes von Rheinland und Westfalen und des Kohlenstromes mit süddeutschen und alpinen Wasserkraften geschaffen. So heißt es im Geschäftsbericht. Die finanzielle (zugleich Stromabfrage-) Expansion richtet sich in der Hauptsache auf das Ruhr-Mosel-Saargebiet. Folgende Erwerbungen kennzeichnen sie: verschiedene Aktienpakete der Rheinischen Elektrizitäts-A. G. Mannheim mit Licht- und Kraftwerke Moseltal-Verkauf, an die sich mehrere Stromlieferungsverträge des Mosel- und Saargebietes und des Wormser Gebiets knüpfen, das Kraftwerk Bingen, der Rhein-Nahe-Kraftwerks-A. G. Kreuznach und der Oberhein-Idarer Elektrizitäts-A. G. Idar. Pachtverträge mit dem Saartal-Weißbach und der Dreiviertel-Majoritätsauf der Braunschweigischen Kohlenbergwerke-A. G. Helmstedt (zusammen mit Reichs-Elektrizitätswerke A. G.) wurden bei dieser Expansion schon Weibungspunkte mit der preussischen Elektrowirtschaft, die durch den Verkauf von Preußen von Stinnes im RWG. übrigens auch direkten Einfluß hat. Ob hinter dem gemeldeten (kaum aber großen) Verkauf von RWG-Aktien durch die European Shares Co. besondere Absichten verborgen sind, ist schwer zu sagen. Zum mindesten soll keine Aufsichtsratsvertretung vorgesehen sein.

Ueber die Entwicklung des RWG. im letzten Jahr nach folgender statistischer Aufsicht:

	1924/25	1925/26
Nutzbare Stromabgabe	1 099	1 088
Lichtabgabe	62	75
Gesamte Stromabgabe	1 100	1 158
Gesamtleistung der Zentralen	475 000	475 000
Wasserverzehrung		
(Abgabe)	61,58	69,83
Betriebsgewinn	30,00	37,34
Verwaltungslosten und Zinsen	7,26	13,77
Abreibungen	10,71	11,55
Reingewinn	12,08	12,04
Anlagen und Betriebswert	207,51	249,98
Beteiligungen	58,88	69,05
Kapital und Reserven	170,39	170,39
Abreibungsfonds	101,24	111,72
Anleihen (ohne Vorliegeant)	—	41,16
Bilanzsumme	819,18	894,89

Hinter der betrieblichen und finanziellen Expansionspolitik (siehe Beteiligungsliste) tritt die Steigerung der unmittelbaren Betriebsleistung (wohl auch durch Krisenwirkungen) deutlich zurück. Raum verzeichliche Mängel sind bei diesem gemischt-wirtschaftlichen, aber öffentlich beherrschten Werk die Richtspezialisierung der Beteiligungen und der äußerst summarische Charakter der Bilanz- und Gewinnrechnung, die sämtliche Anlagen und sämtliche Unkosten in je einem Posten ausweisen. Der Reingewinn scheint zur Stabilisierung der Dividende errechnet. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr auf die 4,4 Millionen Namenaktien (ganz in öffentlicher Hand mit 220 000 Stimmen) 12 Proz., auf die 135,6 Millionen Stammaktien (1/2 in öffentlicher Hand) 8 Proz.

In dem Bericht des Lahmeyer-Konzerns, der seine 8 prozentige Vorjahrsdividende auf das 18-Millionen-Stammkapital auf 9 Proz. erhöht hat, sind die etwas erweiterten Beteiligungen zwar aufgezählt, aber nicht der Größe nach gekennzeichnet. Für die

Besser in Qualität
aber zum gleichen Preise wie jede andere 53 Cigarette, können Sie auch die nach ägyptischer Art hergestellte Nestor Florina kaufen.

Nestor Florina 53

SIE ERHALTEN FÜR IHR GELD DEN BESTEN GEGENWERT

Nestor Guarulis Famous Cigarettes

FRANKFURT/M.

Birra

Verbindung mit dem ABE. interessieren dabei die Main-Kraftwerke Höchst (mit Bahn-Kraftwerke U.G.), die Lech-Elektrizitätswerke U.G. und das Großkraftwerk Württemberg-Heilbronn. Die Beteiligungen sind nicht wesentlich erhöht; die Erträge daraus scheinbar etwas gesunken. Der Leitungs- und Kraftwerkebau steht bei dieser eigentlichen Holdinggesellschaft stärker im Vordergrund als im Vorjahr. Die Bauabteilung war voll beschäftigt, das Bahn-Kraftwerk bei Gramberg ist in Angriff genommen, ebenso das Vorratsberger Silberwerk, zwei Kraftwerke der Untere Aller-U.G. kamen in Auftrag. Der Bruttogewinn erhöhte sich von 2,93 auf 3,52 Millionen.

Die Steuern, über die wieder sehr geklagt wird, insbesondere wegen der „traffen Ungerechtigkeit“ der Steuerfreiheit kommunaler Betriebe, sanken von 0,48 auf 0,35 Millionen, um mehr als ein Viertel; bei auf 1,26 Millionen erhöhten Unkosten stieg der Reingewinn von 1,61 auf 1,88 Millionen Mark. Das bedeutend erweiterte Geschäft läßt die von 28,67 auf 35,85 Millionen erhöhte Bilanzsumme erkennen.

Ein Wort zur Besteuerung öffentlicher Betriebe! Die durchaus bedauerliche Tatsache, daß neuerdings die reinöffentlichen sogenannten Konkurrenzbetriebe besteuert werden, hat scheinbar den Appetit des Privatkapitals wieder gesteigert. Das Kapital kapriziert sich heute darauf, daß alles, was ihm Konkurrenz macht, besteuert werden muß und daß es einen Anspruch darauf hat, gegen steuerfreie Konkurrenz von Staats- und Gemeindefunktionen geschützt zu werden. Ein solcher Anspruch besteht nicht aus zwei Gründen: einmal sind alle öffentlichen Betriebserträge öffentlicher Ertrag und ersehen zum großen Teil Steuern, die sonst das Privatkapital zu tragen hätte. Jede Besteuerung öffentlicher Betriebe ist also ein Akt der Steuerabwälzung des Privatkapitals. Sodann sollen gemeinwirtschaftliche Betriebe außerhalb der Konkurrenz stehen, das ist ihr Sinn. Ihr gemeinwirtschaftlicher Zweck würde aber von vornherein zerschürt, das gebotene Verhältnis zwischen Gemein- und Privatwirtschaft würde auf den Kopf gestellt, wenn den machtwilligen Bestrebungen des Privatkapitals weiter nachgegeben würde. Das wird die Öffentlichkeit auch für die Elektrowirtschaft nachdrücklich beachten müssen.

Die Krise in der internationalen Silberwirtschaft.

Infolge der bevorstehenden Einführung der Goldwährung in Indien ist das gesamte internationale Silberproblem akut geworden. Schon seit Jahren haben sich die Verhältnisse in der Silberwirtschaft durch die ständige Vergrößerung des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Verbrauch verschlechtert.

Die Ursachen für diese Verschlechterung finden wir einmal in dem Rückgang des industriellen Verbrauches und dann in der fast ständigen Erweiterung der Silberproduktion durch Vergrößerung des Erzabbaues und durch neue Erzfunde. Auch die kritische Lage der deutschen Silberverarbeitenden Industrie spielt eine Rolle. Hat doch diese im Jahre 1913 einen Silberverbrauch von 300 000 Kilo, während man für 1925 höchstens mit 200 000 Kilo rechnen darf. Auch in England und in Frankreich ist der Verbrauch von Silber, speziell für Schmucksachen und Silbergeräte zurückgegangen. Von wesentlicher Bedeutung aber ist der bevorstehende Ausfall des indischen Konsums nach Einführung der Goldwährung. Die indischen Silberreserven haben den Umfang einer Jahresweltproduktion, d. h. 245 Millionen Unzen (1 Unze = 31,106 Gramm). Dieses Quantum Silber würde nun frei werden und dem Markt zugeführt, wodurch natürlich große Erschütterungen bevorstehen. Um zu weitgehende Kurstürzungen zu vermeiden, ist nach dem Programm der britischen Regierung die Auflösung des indischen Silberschatzes auf einen Zeitraum von zehn Jahren fest-

Bezirksbildungsausschuß der SPD. Groß-Berlin.

Volksmusikabend

für die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen

Freitag, den 22. Oktober 1926, abends 7^{1/2} Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Vortragssfolge:
Orchester: Quertüre zu „Egmont“ Beethoven
Prolog Arthur Petzold
Chor: Aufersiebung Ph. Ortmann
Violine: a) aus der Kreuzersonate Beethoven
b) aus der Frühlingssonate Beethoven
Orchester: Andante cantabile aus der 1. Sinfonie Beethoven

Ansprache: Arbeit und Freude Beethoven
Orchester: 5. Sinfonie, 1. Satz Beethoven
Chor: Die Schmelde Ph. Ortmann
Trio: Allegretto aus dem 6. Trio Beethoven
Orchester: 5. Sinfonie, 4. Satz Beethoven

Mitwirkende:
Volkskunstgemeinschaft „Wedding“ (Orchester und Gemischter Chor), Heinrich Witte vom Staatstheater, die Ansprache hält Genossin Minna Todenhagen.
Eintrittspreis 30 Pf.
Karten im Frauensekretariat, Lindenstraße 3, II. Hof II, Zimmer 1.

gelegt. Trotz dieser Maßnahme ist aber der Silbermarkt nicht imstande, diese künstliche Mehrproduktion aufzunehmen und die Folge davon ist ein starker Rückgang der Preise. Der Friedensstand ist bereits unterschritten. Indien und China sind die beiden einzigen Länder, die eine reine Silberwährung haben und auch von China aus machen sich statt wie bisher Käufe starke Abgaben bemerkbar, die im Zusammenhang mit der Spekulation in japanischer Baluta stehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt kürzlich, zur Unterstützung der indischen Silberproduzenten, die einen großen Teil der Weltproduktion repräsentieren, wieder größere Käufe zu einem Satz von 1 Dollar je Unze statt eines Markturkes von etwa 56 amerikanischen Cents vorzunehmen. Es handelt sich hier um Aufkäufe nach dem sogenannten Pittman-Gesetz, wonach die Regierung verpflichtet ist, in diesem Jahr etwa 14 Millionen Unzen Silber zu dem oben angegebenen Preise aufzukaufen. Diese Transaktion hätte vorübergehend den amerikanischen Markt günstig beeinflussen können. Bisher sind aber noch keine Käufe vorgenommen worden.

An eine Hebung des industriellen Verbrauches ist vorläufig auch nicht zu denken und neue Absatzmöglichkeiten haben sich für Silber bisher noch nicht geboten. In der deutschen Filmindustrie spielt zurzeit der Verbrauch von Silber bei der Herstellung von Rohfilm eine große Rolle. Man schätzt den Monatsverbrauch der Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation, der bedeutendsten deutschen Herstellerin von Rohfilm, auf 3000 Kilo. Vor einigen Wochen sind nun Versuche zum Abschluß gekommen, die darauf hingingen, das teure Silber in der Filmproduktion durch billigere Rohstoffe oder Chemikalien zu ersetzen. Diese Versuche sollen einen vollen Erfolg gehabt haben, so daß dem Silbermarkt eine weitere Quelle verstopft wird. Die statistische Lage und die Preisentwicklung ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Weltproduktion in Millionen Unzen	Weltkonsum in Millionen Unzen	Preis in Amerika je Unze (31,1g) in Cents	Preis in Deutschland je kg in Mark
1913	ca. 223	ca. 258	59,30	81,55
1923	287	240	67,673	—
1924	289	259	66,78	91,35
1925	242	258	60,065	94,30

Für 1926 schätzt man die Weltproduktion auf etwa 245 Millionen Unzen und den Konsum auf etwa 230 Millionen Unzen. Feinsilber kostete in Berlin am 1. Januar 1926 95 Mk., am 1. Juli 90,75 Mk. und am 11. Oktober 1926 77,50 Mk. je Kilo.

Aus der Partei.

Martin Kapoldi gestorben. Aus Innsbruck wird uns die erschütternde Trauerkunde, daß Genosse Martin Kapoldi, Stadtrat von Innsbruck und Tiroler Landtagsabgeordneter, gestorben ist. Er hat nur das 46. Lebensjahr erreicht. Kapoldis Namen ist mit dem Erstarken der Sozialdemokratischen Partei in Tirol eng verbunden. Er war jahrzehntelang der Hauptredakteur der Innsbrucker „Volks-Zeitung“ und einer der eifrigsten und erfolgreichsten Agitatoren. Wiederholt haben wir die Freude gehabt, ihn auch bei uns in Berlin zu sehen, so in der ersten Nachkriegszeit, als Tirol in schwerer Ernährungsnot war und sich um Hilfe an die Reichsregierung wendete; der Abordnung gehörte auch Kapoldi an.

Der Zentralvorstand der Schweizerischen Sozialdemokratie war am Sonnabend und Sonntag in Bern versammelt und hat dabei unter anderem mit 19 zu 9 Stimmen beschlossen, sich an einer neu zu gründenden Schweizerischen Organisation für den Frieden und zur Bekämpfung des Militarismus, deren Grundzüge sich nicht durchweg mit dem Programm der Partei decken, nicht zu beteiligen. Dagegen soll die Partei selber die antimilitaristische Propaganda wieder fräftiger entfalten und die Parlamentsfraktion in Zukunft das Militärbudget grundsätzlich ablehnen. Den Parteioptionen soll durch diese Stellungnahme jedoch nicht die Möglichkeit genommen werden, bei Aktionen zur Bekämpfung des Militarismus von Fall zu Fall mit pazifistischen Organisationen zusammenzugehen.

.. wahrhaft stärkend



Das köstliche feinstblättrige Aroma des kerngesunden „echten Kathreiner“ ist anregend und wohltuend für Herz und Nerven. — Der Gehalt macht's!

RUND

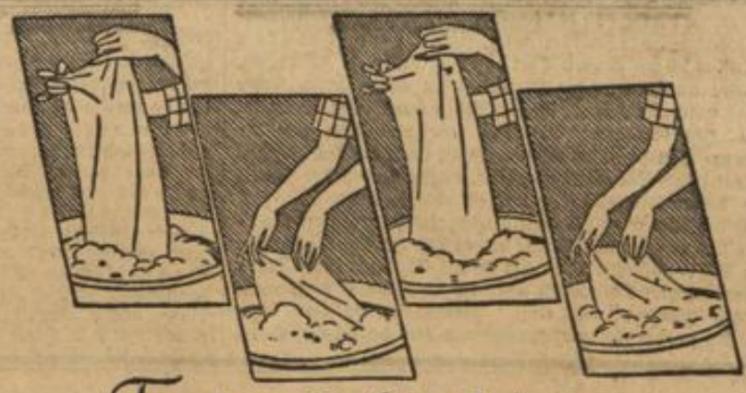
WENESTI-DUKAT

OHNE MUNDSTÜCK

DUKAT

dicker milder besser als jede andere

4 ZIGARETTE



Tauchen Sie feine Leinen im LUX-Bad auf und nieder ohne zu reiben

Die heutigen zarten Leinenstoffe vertragen keine raue Behandlung und scharfe Mittel. Der mild reinigende LUX-Schaum macht jegliches Reiben überflüssig und schützt Ihre Wäsche vor vorzeitiger Abnutzung.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normal-Packung 50 Pfg.



Oefen Herde
Eiserne Oefen · Kacheloefen
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C.25
Alexanderplatz 49

Von der Reise zurück Habe mich als
Dr. Fritz Bodländer Zahn-Arzt Oberbaumstraße 2
Facharzt für Zahnleiden, Schadowstraße 12-13, 2-8. Sprechstunde 4-7. Dr. Schützer.

Blumenspenden jeder Art
Herzlich willkommen!
Paul Golletz
Vocm. Peter Herz.
Marleneustraße 3
Ede Rumplstraße
Kant. Reichpt. 10338.

Sept. 1901.
Hinter Garantie die schönsten
tepp- und Linnen-Decken
suchen Sie bestens ab
Bernhard Strohmayer, Berlin
Wollstraße 72 (Untergrundbahn Friedrichs-
hölzer, Spittelmarkt, Ede Seidelstraße) und
W. Ritschowskyer Platz 2, Ede Trautmannstr.
Reparat. jed. Art. — Muster, Preislisten gratis.

Passion.

Von Albert Feilich.

In einem schmalen Juliabend sahen in einem Erlengebüsch unweit der Straße zwei Liebsteine — der Harrer Franz und die Berger Grete. Ach du lieber Gott, was sich nicht alles gern haben und heiraten will auf dieser Erde! Selbst die Ausgestoßtesten, die Bettelarmen möchten ein warmes Nest bauen.

Ja — die Vögel, die ringsum Halme suchen, die haben es leicht. Denen liegt der Stoff zu ihrem Häuschen frei auf der Straße und für ihren Nestplatz brauchen sie auch nicht zu zahlen.

Die zwei Menschenkinder hatten ärmlichen Sonntagsgaß an und beide waren sie äppig, stark und hübsch. Das war aber auch alles. Der Harrer Franz hatte seine Eltern nie gekannt und war Arbeiter in einer Spinnerei. Die Grete redete am liebsten überhaupt nicht davon, wo sie herkam. Ein kleines Dorf in Steiermark war ihre Heimat. Viel zu essen war nicht da und mit vierzehn Jahren ist sie irgendwo hinausgestoßen worden in die Welt.

Sie war jung, hatte dunkelschillernde Augen und ein Fleisch wie Apfelblüten. So ist eines Tages der Harrer Franz gekommen und hat dem Mädchen mit verlangendem Blick nachgesehen.

Das Unglück war da. — Am Dezember, als Tage herein brachen, so nah und so kalt, daß einem das Herz im Pelze froh, mitten im reißenden Frost rühte ein Mädchen an. Sie hieß Grete und hatte bei der Geburt eine Gehirnverletzung erlitten.

„Es wird ein Kretin werden, ein Trottel,“ das war ihr erster Gedanke, als man das Kind in die Klinik brachte.

Als es Tauzeit gab und Regen und Weststurm, da stand die Berger Grete ohne einen Heller Geld auf der Straße. In der Klinik hatte man ihr das Kind in die Hand gedrückt, das Kind, dessen Vater verstorben war, und von dem sie nicht einmal wußte, ob es je im Leben seiner fünf Sinne mächtig sein werde.

So bettelte sie sich das Fahrgeld auf der Straße zusammen und eines Tages stand sie in der kleinen verqualmten Hütte in Frohnau, in der sie geboren war.

Der alte Stiefvater, ein Witwer, der selber kaum zu essen hatte, war natürlich nicht sehr erfreut, als er da gleich nach zwei Fresser ins Haus bekam. Aber die harten Frühjahrsarbeiten standen vor der Tür und Grete war ein starkes Mädchen. So brummelte er nur und behielt sie. Nachts das Kind in den Schlaf wiegen und tagsüber den Aker umstechen. Raum, daß sie zu den Zeiten, wo sie das Kind stillen mußte, ins Haus laufen konnte.

Solange es mit der Arbeit dringend war, war alles gut. Der Stiefvater versprach sogar, das Kind zu behalten. Grete rumorte aber auch vom Morgenstern an bis in die späte Nacht und schusterte für drei.

Als aber die stillen Tage kamen, da wurde er anderen Sinnes und meinte: „Fort mit dem Fräulein, ich kann ihn nicht brauchen.“

So fuhr die Grete wieder nach Wien. Acht lange Tage lief sie herum und wurde endlich Küchenmädchen in einem Bräuerwirtschause. Die Grete hatte nicht viel Zeit. Es gab da viel, viel zu tun und sie verdiente manchen Schilling von Gästen, die höchstens einmal in die Küche kamen, um ein ehrbares Mädchen zu kneten, wo es sich kneten läßt. Aber was sollte nun mit dem kleinen Grete geschehen? Sie ließ zum Jugendamt; dort untersuchte man das Kind und sagte: „Ja, das Kind muß in ein Spital. Dafür müssen Sie aber dreißig Schilling im Monat zahlen.“

Dem Beamten mußte der verzweifelte Blick des jungen Mädchens aufgefallen sein, denn er meinte begütigend: „Mein Gott, wenn Sie das nicht leisten können, geben Sie es halt bei sich zu Hause irgendwo in Pflege!“ Und man gab ihr einen Zehnjährigen auf den Weg, mit dem sie in ihre Heimat nach Lobein fahren konnte.

Die Grete, das merkt man schon, liebe Leute, ist ein braves Mädchen. Leicht hat sie sich nicht zur Mörderin machen lassen. Sie hat alles Menschenmögliche versucht. Mit dem armen Wurm auf dem Arm ist sie zum Bürgermeister von Lobein gegangen und der hat herumgefragt in der ganzen Gemeinde, ob nicht einer das Kind nehmen will.

Die Bauern haben die Köpfe geschüttelt. Ja, ein größeres, das fleißig mithelfen und das man ausnützen kann, schon. Aber ein Wickelkind? ... Aus Mitleid ließ sie der Bürgermeister im Armenhaus übernachten und gab ihr in der Früh einen Imbiß obendrein. Aber dann mußte sie mit dem Kind auf dem Arm weiter.

Sie ging längs der Mur dahin durch das Gewirr von Weiden und Binsen, stundenlang, stundenlang. So kam sie nach Zellweg, dem großen, reichen Markton, wo sich weithin fruchtbare Niederungen dehnen. Sie steht das blanke Gewässer nach rechts hin im Grünen verschwinden und plötzlich kommt ihr eine Vision. Das Grab ihrer Mutter auf dem Friedhof bei Lind und gleich daneben die Mur. So geht sie mit dem Kind, ohne etwas zu essen, von Zellweg nach Lind. Das sind sieben Stunden Weg. Geht zum Grabe ihrer Mutter und klagt dort ihr Leid. Klagt sie vielleicht auch an, warum sie sie zur Welt gebracht. Aber Tote sind taub gegen Klagen und Anklagen.

Dann geht die Grete wieder zur Mur zurück, zur schönen großen Mur. Stellt sich mit dem Rücken gegen das Wasser, hebt das Bündel in ihren Armen hoch und läßt es nach rückwärts, ohne zu schauen, ins Wasser gleiten. Aber sie hört das Aufplätschen und in ihr bricht etwas. Stumm und ausgebrannt taumelt sie den stundenlangen Weg nach Zellweg zurück, löst mechanisch eine Fahrkarte und kommt nach Wien zurück. Als die Wirtin sie fragt, wo sie das Kind untergebracht hätte, da schreit sie leicht zusammen und sagt dann mit feuchten Augen: „Bei uns zu Hause. O, dem geht's gut. So eine gute Frau hat es genommen.“

Aber unsere Gesellschaftsordnung kümmert sich ja auch um die Kinder. So erkundigt sich das Jugendamt, denn man hat ihr ja das Fahrgeld gegeben und muß wissen, was damit geschehen ist. Und das Jugendamt war nicht so leichtgläubig wie die Wirtin und zitierte Grete in das Amt, wo sie unter vielen Kreuz- und Querfragen verräterisch erbleichte und nach langem Verhör gestand.

In einer Nacht — es mag die fünfzehnte oder sechzehnte ihres Dienstes gewesen sein —, da muß der Schlaf sie überwältigt haben, denn plötzlich hörte sie auffahrend Stimmen, sah einen Lichtschein und wußte, daß sie gefangen war.

Und sie schritt den Weg weiter — ihrem Schicksal entgegen kleine mitleidige und schadenfrohe Menschen begleiteten sie.

Amerikanische Touristen bei den Julus. Der Strom der amerikanischen Touristen, der früher von Afrika nur die übliche Reise-routen Ägypten—Tunis—Marokko zu besuchen pflegte, kommt neuerdings auch nach Südafrika. Mehrere amerikanische Agenturen haben jetzt Bergnütungsreisen nach Kenya und von dort bis ins Innere organisiert, bei denen als Clou ein Besuch in einem Kaffern-tal vorgesehen ist. Die Julus betrachten die weißen Besucher als Götter, nicht wie früher, aus Überlauben, sondern weil sie gute Preise für Korbgeflechte, Stickerien und Töpferarbeiten bekommen.

Wenn zwei das Gleiche tun . . .

Die sächsische Regierung Feigner-Böttcher, in der die Kommunisten Böttcher, Hedert, Brandier sahen, bestrafte am 23. Oktober 1923 den Vergleich mit dem ehemals sächsischen Königshaus vor dem Landtag.



Man sieht wohl den Splitter in des Nachbars Auge, aber nicht den Balken im eigenen.

Anfänge der Berliner Geheimorganisation.

Am 13. Januar 1880 verhaftete die Berliner Polizei in der Gastwirtschaft Schilde, Heinrichsdorfer Str. 2, dreizehn sozialdemokratische Genossen, die an der Spitze der Berliner Bewegung standen. Diese hatten gerade über die Unterstützung der Familien ausgewiesener Genossen beraten, als die Polizei unter Führung des Leutnants Klein in die Versammlung einbrach. Die Polizei glaubte, nach der späteren Anklageschrift des Staatsanwalts, in Erfahrung gebracht zu haben, daß die verhafteten Genossen die Leitung der Parteifragen übernahmen, die Beschaffung von Geldern und die Einführung sozialdemokratischer Schriften, namentlich des Züricher „Sozialdemokrat“, in den Händen hätten und das eigentliche Zentralkomitee der Partei bildeten. Die Genossen Pieschmann, Hellwig, Beck, Hiller, Reumann, Rantch und Jonthe wurden in der Anklageschrift als die Vertreter der sechs Berliner Bezirke bezeichnet. Von den angeklagten Genossen waren politisch besonders tätig: Ewald, Blum und Heiland.

Aus Mangel an schlüssigen Beweisen mußten die Genossen in diesem ersten Geheimbundesprozeß freigesprochen werden, und nur drei Genossen legte die Strafkammer im April 1880 eine Strafe von einer Woche wegen unbefugter Veranstaltung einer Lotterie auf.

Die Berliner Polizei war in der Tat durch Spitzelberichte dem Zentralkomitee der Berliner Sozialdemokratie auf die Spur gekommen. Sie konnte und wollte ihre Spitzel nicht preisgeben, und so mußten denn die angeklagten Genossen freigesprochen werden.

Heute liegen die Fäden der Geheimorganisation der Berliner ganz offen vor unsern Augen. Von dieser Organisation redet klar und deutlich ein im Archiv der Sozialdemokratischen Partei aufbewahrtes Brief aus dem Jahre 1880. Zum Verständnis dieses Briefes müssen wir hier einige Tatsachen vorausschicken. Nach der Verhängung des Ausnahmegesetzes führte der Abgeordnete Hasselmann einen geschäftigen Feldzug gegen Auer, Sebel, Hafencleber. Er betrieb die Gründung von Zeitungen auf eigene Faust und kümmerte sich wenig um Beschlüsse der Parteileitung. Deshalb trat am 9. Juli 1879 in Bichterfeld eine Konferenz zusammen, die namentlich mit Hasselmann scharf abrechnete. Für die „Deutsche Zeitung“ dieses Abgeordneten sollte eine überwachende Zeitungskommission eingesetzt werden. Ferner sollte Hasselmann seine Quartierbereiche gegen die Parteileitung einstellen. Hasselmann versprach die Wünsche und die Beschlüsse der Bichterfelder Konferenz zu befolgen. Doch sehr bald schlug er dieses Versprechen in alle Winde, und er führte seinen geschäftigen Kleinkrieg gegen die Parteileitung mit verdoppeltem Eifer fort.

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie hatte mit brutaler Faust alle Organisationen der Partei niedergeschlagen. Trotzdem fanden sich die Genossen zusammen und schufen sich eine neue organisatorische Verbindung. Vom Jahre 1878—1879 datieren bereits die Anfänge einer geheimen Organisation in Berlin. Diese ist kurz in einem Briefe der Genossen Döring und H. Albrecht an die Parteileitung in Hamburg geschildert. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

Berlin, den 14. September 1879.
Werter Genosse!

Zunächst erlaube ich mir, Ihnen über den Stand und Verlauf der hiesigen Parteiverhältnisse, im engeren Sinne, Bericht zu erstatten. Da über die Konstituierung des hiesigen Komitees im Dezember v. J. irrige, ja böswillige entstellte Angaben telegraphisch worden sind, beanne ich mit deren Richtigstellung.

Richtig ist, daß, nachdem unsere besten Genossen der rohen Gewalt weichen mußten, an eine Organisation nicht zu denken war; es trat daher nur ein kleiner Bruchteil der Genossen aus 6 Wahlkreisen zusammen, aus deren Mitte das Komitee ernannt wurde mit der Aufgabe, zunächst die Unterstützungsfrage zu regeln, die Wahlkreise neu zu organisieren, resp. die alten Verbindungen wieder anzuknüpfen. Das Letztere ist auch jetzt als vollständig durchgeführt zu betrachten. Jeder Stadtbezirk (260) ist durch einen Vertrauensmann vertreten, welche kompetent sind, in allen Fragen, wo die Berliner Genossen ein Urteil abzugeben haben, zu beraten und zu beschließen. Ich muß vorausschicken, daß die Berliner Genossen, und zwar alle den Parteivorstand in Hamburg voll und ganz anerkennen und sich jedem Beschlusse desselben fügen werden. Es ist daher nicht zu befürchten, daß der Riß durch H. (Hasselmann, Red.) Hartnäckigkeit weiter wird, sondern es ist tatsächlich durch das vollständige Ignorieren der Zeitungskommission von Seiten H. die Stimmung eine gute und dürfte H. mit einer Partei in der Partei sein Glück haben.

Grund dieser Organisation (und es wäre wünschenswert, wenn dieselbe Nachahmung finden würde, dann gäbe es z. B. in Hamburg keine Kompetenzfrage in Sachen H.) ist das provisorische Komitee neu gewählt worden mit der Befugnis in allen Parteifragen zu handeln.

Da uns in letzter Zeit die direkte Verbindung mit der Partei abgeschnitten war, so ist Unterzeichner (Döring, Red.) beauftragt,

dieselbe zu vermitteln. Sie haben ja durch Ihr freundliches Entgegenkommen vom 12. d. M. gezeigt, daß Sie unsern Beschluß anerkennen, hoffen wir, daß unser Verkehr durch keine Disharmonie mehr gestört wird, der ewige Zankapfel (gemeint ist offenbar Hasselmann, Red.) wird doch wohl endlich den letzten Akt spielen.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag
Döring, H. Albrecht, Simonstr. 5 H. r. III Tr.

H. Albrecht hat offenbar das Schriftstück Dörings, das einen offiziellen Charakter hatte, beglaubigt.

Seit 1879—1880 existierte also in Berlin eine rührige geheime sozialdemokratische Organisation, die hinter allen größeren politischen Aktionen der Partei regend und richtend stand. P. K.

Die Dauerwurst.

Vor einigen Tagen beging ich meinen Geburtstag. Die Realität meiner Geburt ist authentisch. Persönliche Zweifel, die ich hege, sind aus der mir eigenen Steptis zu erklären.

Meine Eltern sind entzückende Leute. Mein Vater ist außerdem Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Nachdem der segensreiche Fluch der näheren und weiteren Verwandten mir die Wege gebahnt hatte, trat ich als gänzlich abwegiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft in das Geschick meines Onkels ein, der in einer ostpreussischen Großstadt nützliche Merkantilien engros betrieb. Dieser Onkel — eine etwas fett geratene Kombination von Einjährigfreiwilligenbildung und Besitz — war wohl das Musterexemplar jener sympathischen Kategorie gutgenährter Menschen, die das „Berliner Tageblatt“ und allenfalls noch die hohen Feiertage halten. Er erzählte oft und gern vieldeutige Witze, besaß ein barloses, von Energie angenehm durchpflügtes Gesicht und, dies sehr distret, ein smartes Verfahren der doppelten Steuer-Buchführung. Nicht zuletzt war er zweites Vorstandsmitglied des Vereins gegen Verarmung und Hausarbeit. Jeht Tage erfolgreichster Arbeit waren verrichten, als ich fristlos entlassen wurde. Nach Absolvierung mehrerer Sanatorien kam ich gänzlich unter die Räder. Die Familie beweihte mich, nachdem geschickte Rotare den Unseligen bis aufs Hemd entbergt hatten. Eine Anzeige mit Trauerand, die im „Stadt-Anzeiger“ erscheinen sollte, blieb allerdings auf meinen energischen Protest hin in der Schreibmaschine stecken. Kompromißverhandlungen führten zu einem Teilerfolg. Mein Begräbnis fand in aller Eile statt. Inoffiziös wurde ich — symbolisch, versteht sich — neugeboren. Das Wiedergeborene ging heute vor drei Tagen vom Stapel. Nicht reibungslos, sondern mit erstaunlichem Malheur. Vormittags um 8 Uhr klingelte der Briefträger, um ein Päckchen abzugeben. Ich löste die Hülle und fand eine (halbe) Dauerwurst (Qualität III). In dieser (halben) Dauerwurst baumelte folgender Zettel:

H. C. Meyer
Inh.: Franz Behrend
Kassierant
Frankfurt a. M.

Ich bin Republikaner. Der Brief, den ich an meine Familie richtete, besaß folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr! Sie haben die (Dauer-) Wurst angefangen. Essen Sie sie ruhig weiter. Im übrigen mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sendungen an mich künftighin entsprechendes Rückporto beizulegen ist.

Hochachtungsvoll ergebenst
gsg.

Mein Vater hat daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die jüngere Schwester findet meine Bonmots entzückend. Der ostpreussische Onkel will mich umbringen. Die Anzeige mit Trauerand ist inzwischen erschienen.

kuka.

Ehbare Erde. Erdbesser findet man fast in allen Erdteilen, und zwar stets da, wo die Erde irgendeine besondere Zusammensetzung aufweist, wie z. B. die sogenannte Infusorienerde, die sowohl in Schweden, Lappland und Finnland, als auch in Böhmen, Ungarn, Mexiko und Kalifornien und mehreren anderen Ländern der Erde vorkommt. Diese vielfach auch „Bergmehl“ genannte ebare Erde wird in manchen Ländern sogar verkauft, so in Sardinien und Toskana, wo man auf den Märkten das Bergmehl zu kaufen bekommt, ferner in den Basaren Persiens, in denen besonders eine weiße und fertige Tonerde, deren Verkauf man allerdings offiziell verbietet, sehr gesucht ist. Im Sudan ist die ebare Erde eine so beliebte Speise, daß es Regier geben soll, die täglich mehrere Pfund dieser Erde verzehren.

Englands größter Steuerzahler. Der Maharadscha Dhiraja von Burdwan, der als einer der indischen Delegierten an der britischen Reichskonferenz teilnimmt, gilt als der größte Steuerzahler des britischen Reiches. Er zahlt ungefähr 300 000 Pfund jährlich; auf seinen Gütern leben beinahe 1 000 000 Einwohner.

Bade-Einrichtungen
Segen 12 Monats-Raten
P. RADDATZ & CO.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republik
7 1/2 Uhr: Mad. Butterfly
Schauspielhaus
8 Uhr: Napoleon
Schiller-Theater
8 Uhr: Peer Gynt

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol
Residenz-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Eintritt Jugendliche verboten

Thalia-Theater
8 Uhr: Der Biberpelz
Regie: Berth. Viertel
Theater des Westens
Der Zug nach d. Westen

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr:
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE

Apollo-Theater
Riesen-Weltstadt-Programm mit
Breifbarth Florian Peiermann
14 erstkl. Attraktionen
Wieder Freudenpreis
0,75, 1.-, 1,50, 2.-, 2,50, 3.- M. usw.
Anfang 8 Uhr

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 Uhr u. Sonntag
nachm. 3 Uhr (an
ermäßigten Preisen)

Ellie-Sänger
und das
Russ. Damen-
Gesangs-
Quartett Popoff

Deutsches Theater
Norden 10334-38
Lichte Aufführungen
8 Uhr

Peripherie
v. F. Langer, Regie:
Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-38
1/2 Uhr

Der gefällige Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr

Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt

SCALA
Kurfürst 6456
8 Uhr
Varieté-Neuheiten

Deutsches Kunst-Theater
8 1/2 Uhr:
Das große Abenteuer
Dend. Felsberg
Mittw. u. Sbd. 3 1/2 Uhr:
Das kleine Abenteuer
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Der frühe Wintern
Lassing-Theater
u. U. Mensch und Uebermensch

Th. a. Karlsruhener
8 Uhr:
Es geht schon besser
Dauernd: Argentina

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
Die Herzogin v. Elba
Sbd. 3 1/2 Uhr:
Schneewittchen

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
Schliche Arbeit

Volksbühne
Theater an Köpenicker Platz, 17. am Schiffbauerdamm
8 Uhr: **Eysistrata**
Morgen 8 Uhr: **Eysistrata**
Täglich 8 Uhr:
Das Grabmal
des unbekannt
Soldaten.

Romische Oper
Der große Opernserfolg
Täglich
Adrienne
mit Sarah, Wessely, Wirt, Blass
Boettcher, Hell. - Sonntag nachm. 3 U.
„Die Fledermaus“ in erster Besetzung
Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U. an

Wallner-Theater Täglich
8 Uhr
Gastspiel Hermine Körner mit Ensemble:
Die Marionetten der Zarin
Herm. Körner
Sonnt. nachm. 3 U.: Hasemanns Töchter

Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb“ 8
Part. 1-5 M. Sozial E. M. Verwek, anst. d. Ugl. 5371

Trianon-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
„Dirnentragödie“

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Gräfin Tippmamsell
Gutscheil 1-4 Pers. Bei Vorz. der
Annonce Faust. nur 1,00 Mk., Sessel 1,50

Winter-Variete-Garten
Friedenspreise • Rauchen gestattet
Sonntags 3³⁰ Ermäßigte Preise!

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Labstr. 74/75

URANIA
Monatshefte für
Naturerkenntnis und
Gesellschaftslehre
Gratis-Prospekte durch d. Annahmest.
und die Botenfrauen des „Vorwärts“

Nach kurzem, schwerem Kranksein
verstarb am Sonnabend, den 16. Ok-
tober, mittags, mein lieber, guter Mann,
unser guter, treusorgender Vater, Groß-
vater, Bruder, Schwager, Onkel und
Freund, der Gastwirt
Paul Obiglio
im 57. Lebensjahre, tief und schmerz-
lich betrauert von den Seinen, welche
um stille Teilnahme bitten.
Im Namen der trauernden Familie
**Martha Obiglio, geb. Raack,
Hilde Hörren, geb. Obiglio,
Paul Hörren,
Hans Hörren.**
Einäschung Donnerstag, 21. Ok-
tober, nachmitt. 5 Uhr, Gerichtstr. 37.

Dankagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden meines lieben
Vaters
Felix Mierzwa
sagen wir allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem sowie der Jda. Jäger & Platen
im Siedlungs- und deren Belegloft
unsern herzlichsten Dank.
Berta Mierzwa
nebst Kindern, Eltern und Geschwistern

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Menschenfreunde
Mittw. nachm. 4 Uhr
Gr. Kindervorstellung
Schneewittchen

Haller-Revue
An u. aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf ausverkauft.

Circus Busch
Tgl. 7 1/2 Uhr 2x3-4-7 Uhr
Circus-Sensation u.
Paula Wrangel
Schluss d. Gastspiels
unwiderruflich
31. Oktober
Philharmonie
8 Uhr: Wagner-Abd.
d. Philharmon. Orch.
Dirig: Prof. Pröwer

Reichshallen-Theater
8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stellinger Sänger
Neysel/Brillon etc.
Nachmittags halbe Preise,
volles Programm!

Rennen zu Hoppegarten
Dienstag, den 19. Oktbr.
nachmittags 1 Uhr

Mal- u. Zeichen-Bedarf
L. Juergens
Alexanderplatz

Bekleidungsstücke, Wasche usw.
Benig getragene Kasoaliergarnituren
von Millionen Herren, Herren Anzüge,
Tafelkleidung, Valetos, Anzüge, Smoking,
Schwade, Gehweghosen, in neuer
Garberober, Meister Weg Jochen
Kocherstr. 56, 1. Etage, Refen-
holer Platz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Berichtigung
An der Kottb. für die obenstehende General-
versammlung am 6. Dezember vom Son-
tag nach 8 Uhr:
Die Wahlerversammlungen müssen
in der Zeit vom 15. bis 27. November
abgehalten werden.

Mutter, sieh mal!
Kostproben gratis! - Ausschank vom Faß!
Neu eingeführt
aus Griechenland erstklassige 500erweine
200000 Liter zum Einführungspreis
Kottb. s. d. Trauben-Dezertwein, rot, ca. 17%
Liter 1,10

Wichtig! Betriebsräte Wachtung!
Die Betriebsräte-Beiträge Nr. 21 III
erschienen und kann gegen Vertagung der
Ergänzungssitzung des Betriebsrats-
schmattes für das Jahr 1928 in unserem
Bureau, Zimmer 5 oder nach 4 Uhr im
Zimmer 4, entgegengenommen werden.

**Mechaniker, Optiker, Uhrmacher,
Eiher und Eiherinnen!**
Mittwoch, den 20. Oktober, abends
7 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewer-
schaftshauses, Engelstr. 24/25

Branchenversammlung
Tagesordnung: 1. Die Wirtschaft-
stille und die Stellung der Gewerkschaften.
Referent: Kollege Glatz. 2. Die Stellung
d. Branchenanlagen.
Mitgliedsbuch mit einem der obigen
Berufe versehen, legitimiert.
Wicht! aller Kollegen und Kolleginnen ist
es, an dieser Versammlung teilzunehmen.

**Mittwoch, den 20. Oktober, nachm.
5 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Ver-
bandshauses, Cinnienstraße 63/65**

Verammlung
aller Schnittarbeiter, Stanzler,
Presser, Knopfaber und
Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Vortrag, Ref.:
Kollege Glatz. 2. Branchenanlagen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Bühnenbeitrag wird ermahnt.
Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtanfrage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Der echte Sport
verlangt heutzutage den ganzen Mann! Nicht nur
jeder Muskel muß flink und geschmeidig sein, auch
die Atmungsorgane müssen gepflegt und ständig
vor Staub und Heiserkeit geschützt werden.

Ein Hochgenuss
Ist es daher für jeden Sportsmann, öfters einige
WYBERT-Tabletten im Munde zu haben, um sich da-
mit fortwährend frisch und leistungsfähig zu erhalten.
WYBERT-Tabletten löschen den Durst, erfrischen
Kehle und Mund, schützen vor Erkältung u. wirken des-
infizierend auf die Schleimhäute der Atmungsorgane.

Eine Schachtel WYBERT enthält über 400 Tabletten.

Wygibel
1 Mark
In Apotheken
u. Drogerien

Verkäufe
Fahrräder, Schubkarren, Einzelräder,
Wagen, Federn, Globus, Dresdener-
Kasse 55, Kottb. 127 88.

Kaufgesuche
Rehgebisse, Silberladen, Rinn, Blei,
Quadranten, Goldschmelze, Christianst.,
Rosenfeldertr. 77/78, Ecke Prudenstr.

Unterricht
Technische Privatschule Dr. Werner,
Rechenmaschinen, Berlin, Rosenthal-
str. 2, Raupenbau, Elektrotechnik,
Bodbau, Abwässerung, Tageser-
kenntnis.

Geldverkehr
Blanchette, Buchführung, Sonst.,
Dorikolok, Wilmersdorf.

Vermietungen
Mietgesuche
Einbest. such. feineres, ruhiges Zimmer
am 1. November in Charlotten-
burg. Angebot mit Preis an Michel-
sen, Ankerstr. 2, Gartenhaus.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Gefügte Näherinnen
i. Kunstseidentrikot-u. Reformschlüpfer
sucht
Korsettfabrik W. & G. Neumann
Berlin, Elisabethstr. 28/29.

Musikinstrumente
Pianos, Harmoniums, Teilzahlung,
Scherr, Chausseest. 106.

Fahrräder
Gelegenheit, leicht transportier-
bare Fahrräder 45,-, 55,-, 66,- West-
Rafapreis, Brandenburgstr. 4.

Möbel
Kübel-Hochel, Oranienstr. 58 (Mort-
sch), Refektorien, Kuchentisch, Kuchentisch
niedrige Preise für einfache und elegante
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzim-
mer, Küchen, Bücherschränke, Schreib-
tische, Puffen, Kissen, runde Tische
Staubzüge, Ankleideschränke, alle Größen,
Sofas, Ruhebetten, Eventuell
Kohlnasserlieferung.

**Chaiselongues, Metallbetten, Auflege-
matratzen, Bettmatratzen, Wälder,
Strohbettenstr. 10/11, Spezial-
geschäft.**

**Chaiselongues, Metallbetten, Auflege-
matratzen, Bettmatratzen, Wälder,
Strohbettenstr. 10/11, Spezial-
geschäft.**

Wir suchen für bald
Stüchtige Verkäuferinnen
unverheiratet, die in Detail-Geschäften bereits
tätig waren, für:
**Wirtschaftsartikel, Glas u. Porzellan,
Strumpfwaren, Leinen- und
Baumwollwaren, Lederwaren.**
Vorstellung von 11-12 Uhr vormittags
Kaufhaus des Westens S. m. b. H.
Berlin W, Tauentzienstrasse 21-24.

M. Kempinski & Co.
WEINSTUBEN • FEINKOST
* Weinhandlung *
Kellereien und Kellerhäuser in den Weinbaugebieten
Leipziger-Strasse 25 * Kurfürstendamm 27